

“RECHTS” sind doch die anderen!?

Eine Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen und ein aktueller Überblick über die Neonazi-Szene und die Neue Rechte in Chemnitz

Impressum

Herausgeber:
DGB Region Südwestsachsen
Jägerstraße 5-7
09111 Chemnitz
www.suedwestsachsen.dgb.de

V.i.s.d.P.: Ralf Hron
Druck durch Druckerei Dämmig, Chemnitz

Chemnitz, Dezember 2014



Dieses Werk wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung:

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.

Keine kommerzielle Nutzung:

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung:

Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Um einen Missbrauch zu vermeiden, muss bei Veröffentlichungen der Publikation oder ganzer Abschnitte durch Dritte die Zustimmung des DGB Region Südwestsachsen eingeholt werden.



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Impressum	3
Vorwort	8
Einleitung	9
1 Begriffsklärung	11
1.1 Der Rechtsextremismusbegriff	11
1.2 Alternative Begriffe	13
<i>Autoritarismus</i>	13
<i>Chauvinismus und Sozialdarwinismus</i>	14
<i>Homophobie</i>	14
<i>Faschismus</i>	14
<i>Nationalismus und Ethnopluralismus</i>	15
<i>Rassismus</i>	15
<i>Antisemitismus</i>	16
<i>Antiziganismus</i>	16
<i>Antimuslimischer Rassismus</i>	16
2 Rassismus im Alltag und auf institutioneller Ebene	18
2.1 Alltagsrassismus und menschenverachtende Einstellungen	18
<i>Öffentliche Diskurse als Reproduktionsort gruppenbezogener Menschenverachtung</i>	23
<i>Die politische Kultur als Reproduktionsfaktor gruppenbezogener Menschenverachtung</i>	25
2.2 Institutioneller Rassismus	26
<i>Das deutsche Asylverfahren und die europäische Politik</i>	27
<i>Das Asylbewerberleistungsgesetz</i>	29
<i>Sachleistungsprinzip Verpflegung</i>	30
<i>Unterbringung</i>	30
<i>Medizinische Versorgung</i>	31
<i>Residenzpflicht</i>	32
<i>Arbeit und Bildung für Asylsuchende und Geduldete</i>	32

3 Organisierte Neonazis und die Neue Rechte in Chemnitz	34
3.1 Nationale Sozialisten Chemnitz (NSC)	35
<i>Gründung der NSC</i>	35
<i>Freies Netz</i>	36
<i>Verbot</i>	36
<i>Beschlagnahmen</i>	36
<i>NSC und NSU – Verdächtige Zusammenhänge</i>	37
<i>Publikationen</i>	37
<i>Treffpunkte</i>	38
<i>Die NSC als Verbindung unterschiedlicher NS-Ausrichtungen</i>	39
<i>Konspiration in der Chefetage</i>	39
<i>Rekrutierung aus dem Fußballumfeld</i>	40
<i>Verhältnis zur NPD</i>	41
<i>Nähe zu anderen rechten Gruppierungen</i>	42
<i>Der NSU in Chemnitz</i>	43
3.2 Vertriebs- und Musikszene	44
<i>PC Records</i>	44
<i>Backstreet Noise</i>	45
<i>Waffen Army Shoes</i>	45
<i>Tønsberg</i>	46
<i>Rascal/The Clash</i>	47
<i>Tacheles/Brandhunters Store</i>	47
3.3 Rechtsrockbands	47
<i>Blitzkrieg</i>	47
<i>Sturmkrieger</i>	48
<i>Heiliges Reich</i>	48
<i>Barny</i>	48
3.4 NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands	49
<i>Verpasster Wiedereinzug in Sachsen</i>	50
<i>Personalengpässe bei der NPD in Chemnitz</i>	51
<i>Aktivitäten der NPD in Chemnitz</i>	53
3.5 Neue Rechte	53
<i>Neue Rechte in Chemnitz</i>	55
<i>Chemnitz wehrt sich</i>	56
3.6 PRO CHEMNITZ	57
<i>Robert Andres – Kohlmanns Mann in der Szene</i>	58
<i>Sozial- und Familienpolitik</i>	59
<i>Sicherheit und Ordnung</i>	59
3.7 AfD – Alternative für Deutschland	59
<i>Die AfD in Sachsen</i>	60
<i>AfD Chemnitz</i>	60
3.8 Reichsbürger und neue Montagsdemos in Chemnitz	60

4 Rechte Aktivitäten in Chemnitz	62
4.1 Rechte Straf- und Gewalttaten in Chemnitz	62
4.2 Rechte Ereignisse in Chemnitz	63
<i>Der 5. März</i>	63
<i>Demos, Vorträge, Tanz und Wandern</i>	65
5 Was tun gegen Rassismus und Nazis? – Selbst aktiv werden!	69
<i>AGluA (AG In- und Ausländer e. V.)</i>	69
<i>AGJF Sachsen e. V. (Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V.)</i>	69
<i>AJZ e. V. (Alternatives Jugendzentrum e. V.)</i>	69
<i>Arbeitsgruppe „Chemnitzer Friedenstag“ und Bürgerinitiative Aktion C</i>	70
<i>Bündnis Chemnitz-Nazifrei – Chemnitzer Bündnis für Frieden und Toleranz – Kein Platz für Nazis!</i>	70
<i>Bürgerinitiative Mitte gegen Rechts</i>	70
<i>Courage Chemnitz – Ein Projekt der DGB Jugend Chemnitz im NDC</i>	70
<i>different people e. V.</i>	70
<i>Kulturbüro Sachsen e. V. – Mobiles Beratungsteam</i>	71
<i>LAP (Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz)</i>	71
<i>Opferberatung, RAA Sachsen e. V.</i>	71
<i>SFR (Sächsischer Flüchtlingsrat e. V.)</i>	71
<i>save me</i>	72
<i>Stay Rebel</i>	72
Fazit und Ausblick	73
Literatur	75

Ärgernis

Wendet euch
nicht ab
sondern schauet
ihr braven Bürger
den jungen Neonazis
die in eurem Staat
von neuem den Glauben
an den alten Irrsinn
gelernt haben
tief in die Augen
Ihr schaut nicht
genau genug hin
wenn ihr in diesen blauen
oder braunen
oder auch grauen Augen
nicht
einen Augenblick lang
euer eigenes
Spiegelbild seht.

Erich Fried

Vorwort

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich seit vielen Jahren im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazis. Unser Ziel ist eine demokratische, offene, tolerante und menschliche Gesellschaft.

Dieses Engagement ist für die Gewerkschaften auch eine Konsequenz aus der eigenen Geschichte. Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis und die Inhaftierung, Verschleppung und Tötung vieler GewerkschafterInnen im Nationalsozialismus ist für uns Mahnung und Antrieb zugleich. Ebenso resultiert daraus das uns eigene Prinzip der politischen Einheitsgewerkschaft und dem damit verbundenen Anspruch Heimat für alle ArbeitnehmerInnen zu sein.

Neben öffentlichen Kundgebungen, Demonstrationen und Erklärungen gegen Aktionen von Neonazis, liegt uns besonders viel an einer Aufklärung über ihre Strukturen. Denn spätestens seit der Entdeckung der rechten Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) muss jeder und jedem klar sein, dass diese Strukturen sehr wohl in der Lage sind, terroristische Organisationen aufzubauen. Aus diesem Anliegen heraus entstand diese Broschüre, welche bereits in der zweiten Fassung vorliegt. Sie liefert eine solide Grundlage für die Arbeit von Bündnissen und Initiativen, aber auch für lokale EntscheidungsträgerInnen, Verwaltungen und pädagogische MultiplikatorInnen, die in Chemnitz gegen Neonazis aktiv sind.

Aktuelle Ereignisse, wie zum Beispiel Demonstrationen gegen Asylsuchende und Flüchtlinge, zeigen uns jedoch, dass Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus oder andere Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen gesellschaftlich weit verbreitet sind. Dieser Verbreitung etwas entgegenzusetzen, widmet sich ein großer Teil der Broschüre. Denn der Kampf für eine demokratische und solidarische Gesellschaft beginnt nicht erst mit dem Kampf gegen Neonazis, sondern er beginnt in der Schule, am Arbeitsplatz, im Alltag und im ganz normalen Leben der Menschen miteinander. So soll die Broschüre und die zugehörige Internetseite einen Beitrag dazu leisten, dass aktive Menschen informiert sind und das Rüstzeug für ihr Engagement erhalten.

Dieses Engagement bleibt für Gewerkschaften eine Daueraufgabe. Eine Aufgabe, die nicht nur mit Demonstrationen und Reden bewältigt werden kann. Vielmehr wird es darauf ankommen, Demokratie, Toleranz und Solidarität täglich zu leben, um möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, dass eine Gesellschaft, die auf diesen Idealen aufgebaut ist, die lebenswertere Gesellschaft ist.



Regionales Gewerkschaftsbüro
Deutscher Gewerkschaftsbund

Einleitung

Im Auftrag des *DGB Region Südwestsachsen* und gefördert über das Bundesprogramm *TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN* fand sich für die zweite Auflage der Situationsanalyse *Rechts sind doch die Anderen!?* über die rechte Szene in Chemnitz eine teilweise neue Gruppe von AutorInnen zusammen. Ziel war es, drei Jahre nach der Erstauflage die mitunter weitreichenden Veränderungen sowohl in Bezug auf die Situation von Flüchtlingen und den institutionalen Rassismus als auch in der rechten und neonazistischen Szene der Stadt aufzuzeigen und einen Vergleich anstellen zu können.

Bereits beim Verfassen der Erstauflage wurde klar, dass das ursprüngliche Vorhaben, eine Situationsanalyse der rechten Szene in der Stadt zu erstellen, nicht losgelöst von der vermeintlich unbescholtenen Mitte der Gesellschaft betrachtet werden kann. Das ist bis heute unverändert. Immer noch werden menschenverachtende Einstellungen als Problem des „extremen“ Randes gesehen. Damit gelten Ressentiments weiterhin nicht als Problem der Mitte der Gesellschaft.

Überdies verschleiert die auf sächsische Politikwissenschaftler zurückzuführende und in der Landespolitik einflussreiche sogenannte Extremismustheorie zum einen die Analyse eines nazistischen und rassistischen Normalzustandes, zum anderen diffamiert und behindert sie – in Gestalt der in Sachsen weiterhin existenten Extremismusklausel – zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement, das sich für eine freie, tolerante Gesellschaft einzusetzen versucht. Nicht zuletzt muss auf die institutionalisierte rassistische Gesetzgebung und die daraus resultierenden teilweise unhaltbaren Zustände hingewiesen werden, die MigrantInnen und Flüchtlingen das Leben in Sachsen erschweren.

Die institutionalisierte Politik Sachsens ist durch die langjährige Alleinregierung der CDU geprägt und somit wenig offen für eine kritisch-lebendige, emanzipierte und partizipative Streit- und Gestaltungskultur (vgl. Berek 2011, S. 49). Auswirkungen der nationalistischen und neonazistischen Szene in einer Stadt wie Chemnitz können nicht erfasst werden, ohne die Gesellschaft als Ganzes in den Blick zu nehmen. Anspruch der AutorInnen blieb es daher, den Blick auch auf menschenverachtende, rassistische Einstellungen und Handlungen über die rechte Szene und die Stadt Chemnitz hinaus zu lenken und einen Beitrag zur kritischen Diskussion über „Rechtsextremismus“ und seine Erscheinungsformen in Deutschland beizutragen.

Die aktuelle Debatte zum Thema Asyl, die Unterscheidung in „nützliche“ und „nutzlose“ MigrantInnen und die derzeitigen Massendemonstrationen rund um die Pegida-Bewegung sind nur einige Beispiele für die Brisanz dieses Themas und zeigen die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Betrachtung der Zusammenhänge.

Es fällt immer wieder auf, dass gerade das Bundesland Sachsen anfällig für all das ist, was mit rechten und menschenverachtenden Einstellungen zusammenhängt. Warum das so ist, lässt sich in einer zeitlich wie auch regional beschränkten Situationsanalyse nicht klären – wir können nur einen Beitrag dazu leisten, dass dies zum Thema wird und eine Diskussion anhand von Fakten anstatt von Vorurteilen geführt wird.

Für die organisierte rechte und neonazistische Szene stellen menschenverachtende Tendenzen in der Bevölkerung einen Nährboden und Anknüpfungspunkt zur Verbreitung ihrer Ideologie dar. In Sachsen ist die NPD, auch nachdem sie nicht mehr im Landtag sitzt, noch in allen Kreistagen vertreten. Im Jahr 2013 haben nach Angaben des Verfassungsschutzes 2.500 Personen den „extrem“ rechten Strukturen angehört, davon waren 830 Personen in Kameradschaften und in losen Strukturen wie den Freien Kräften organisiert. Ihre Zahlen sind in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen, dafür finden rassistische Demonstrationen seit Langem wieder zahlreiche TeilnehmerInnen aus dem Bürgertum.

Ermuntert durch Bestsellerautoren wie Thilo Sarrazin oder Akif Piriñci ist es mittlerweile zur Normalität geworden, dass früher als „rechtsextrem“ abgestempelte Aufmärsche heute auch von „besorgten Bürgern“ frequentiert werden. Ein menschenverachtendes Einstellungspotenzial in der Bevölkerung führt nicht nur zu rassistischen Mobilisierungserfolgen. Menschen, die nicht ins Weltbild von Neonazis passen oder sich gegen rassistische und neonazistische Haltungen wehren, werden in Sachsen fast täglich angegriffen.

Als Hauptschwerpunkte neonazistischer Aktivitäten und Gewalt in Sachsen gelten die Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz, in denen auch die rechten parteipolitischen und Freien Kräfte auf gut funktionierende Strukturen zugreifen können. Neben den seit Jahren in Chemnitz aktiven Parteien NPD und PRO CHEMNITZ bekam der Stadtrat mit der Alternative für Deutschland (AfD) Zuwachs. Die Partei vertritt neben häufig neoliberalen Positionen auch teils rechtspopulistische Thesen, die aktuell in der Bevölkerung besonders anknüpfungsfähig sind. Alle drei Parteien zusammen erhielten bei der Stadtratswahl 2014 13,3 % der Stimmen, wobei PRO CHEMNITZ und AfD mit jeweils 5,6 % nahezu gleichauf lagen.

Nicht zuletzt wollen wir auf die institutionalisierte rassistische Gesetzgebung und die daraus resultierenden, teilweise unhaltbaren Zustände hinweisen, die MigrantInnen und Flüchtlingen das Leben in Sachsen erschweren. Obwohl ihr Bevölkerungsanteil gerade einmal 3 % ausmacht (davon nur 0,1 % MuslimInnen), sind die ablehnenden Einstellungen gegenüber diesen Menschen innerhalb der sächsischen Bevölkerung hoch. Obwohl der Bevölkerungsanteil von MigrantInnen gerade einmal 3 % ausmacht (davon nur 0,1 % MuslimInnen), sind die ablehnenden Einstellungen gegenüber diesen Menschen innerhalb der sächsischen Bevölkerung hoch. Auch hinsichtlich der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften (ELP) ist Sachsen Schlusslicht. Zwar haben schwule und lesbische Paare seit 2001 die Möglichkeit, eine ELP einzugehen, und die damit verbundenen Pflichten wurden mit denen einer Ehe gleichgestellt, doch für die Rechte gilt diese Gleichstellung bis heute nicht (vgl. Initiative 2=2 o. J.).

Der vorliegende Text gliedert sich in zwei große Teile: Im ersten widmen wir uns in Kapitel 1 der Diskussion um den Rechtsextremismusbegriff und versuchen darzulegen, warum dieser Begriff und die ihm zugrundeliegende Extremismustheorie untauglich, wenn nicht gar kontraproduktiv ist, das Phänomen der menschenverachtenden Ideologien und ihrer Praxen zu erfassen und zu verstehen. Anschließend stellen wir alternative Begriffe vor, die unserer Meinung nach besser geeignet sind, diese Ideologien zu erklären. In Kapitel 2 ziehen wir verschiedene Studien heran, um die Vorstellung von Rassismus und Nationalismus als „extreme“ Positionen zu verwerfen und sie als alltägliches und institutionalisiertes Gesellschaftsproblem zu kennzeichnen.

Der zweite Teil setzt sich in den Kapiteln 3 bis 5 mit den organisierten Neonazis und der Neuen Rechten in Chemnitz auseinander. Unser Blick richtet sich dabei auf die Strukturen, Ideologien und die Gewalt, die von Rechts ausgeht. Im 6. und letzten Kapitel beschließen wir die Analyse mit der Vorstellung einiger wichtiger Chemnitzer Initiativen, Vereine und Organisationen, die sich gegen Neonazis und rassistische Bestrebungen einerseits und für die Rechte und Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und dem Aufbau demokratischer Strukturen andererseits einsetzen.

1 Begriffsklärung

Das Erfassen und Verstehen gesellschaftlicher Phänomene und Problemlagen erfordert Überlegungen, mit welchen Begriffen und Konzepten diese beschrieben werden können und welche historischen und aktuellen gesellschaftlichen Kontexte und Ideologien ihnen zugrunde liegen. Daher versuchen wir zunächst zu erläutern, was unter „Rechtsextremismus“ verstanden wird und warum wir den Begriff kritisieren und als ungeeignet erachten, menschenverachtendes Denken und Handeln in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Ausmaßen in der Gesellschaft hinreichend zu erfassen. Die daran anschließende Begriffsklärung kann weder einem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit noch auf Vollständigkeit gerecht werden. Ihr Ziel soll vielmehr sein, menschenverachtende Ideologien erschließen zu helfen, um die allgemein als „rechtsextrem“ bezeichneten Einstellungen, Handlungen und Strukturen genau benennen und einordnen zu können.

1.1 Der Rechtsextremismusbegriff

1974 wurde der Begriff *Rechtsradikalismus* von den Behörden des Verfassungsschutzes durch den Begriff *Rechtsextremismus* ersetzt (vgl. Decker et al. 2010, S. 10ff.).¹ Seither wird er in den Berichten des Verfassungsschutzes gebraucht, um eine durch bestimmte Personen bzw. Personengruppen ausgehende Bedrohung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen. Die heute wohl bekanntesten Befürworter des Extremismusbegriffs und der einhergehenden Extremismustheorie sind die Wissenschaftler Eckhard Jesse und Uwe Backes (vgl. Decker et al. 2010).

Mit dem mittlerweile „eingebürgerten“ Extremismusbegriff wird ein Monopol auf die Bedeutung des Begriffs *Demokratie* seitens des Staates erhoben: Die „demokratische Mitte“ wird durch ausgemachte „extremistische Ränder“ – gleichermaßen von Links wie von Rechts – bedroht.² In der Konsequenz können damit einzelne Akteure sowie Parteien oder anders organisierte politische Zusammenschlüsse als „extremistisch“, d. h. demokratiefeindlich eingestuft und gegebenenfalls staatlich verfolgt werden. Die „demokratische Mitte“ gilt dabei als der Repräsentant der idealen, unfehlbaren Demokratie. In der politischen Praxis zeigt sich, wie die Gleichsetzung von Links und Rechts zur Grundlage politischen Handelns der Regierung wird. So werden seit 2010 Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene umgesetzt, die die „extremistischen Ränder“ mithilfe von Förderprogrammen und öffentlichen Geldern gleichermaßen zu bekämpfen versuchen.³ Fundamentale Unterschiede zwischen antifaschistischem und demokratieförderndem Denken und Handeln einerseits und neonazistischen, demokratiefeindlichen Bestrebungen andererseits werden ignoriert und stattdessen mit dem „Kampf gegen Linksextremismus“ ein neues Bedrohungsszenario vom Staat konstruiert. Dies zeugt nicht nur von einer ideologischen, realitätsleugnenden und verharmlosenden Haltung gegenüber rassistischen und faschistischen Aktivitäten und Morden,⁴ sondern entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Mit der Unterschrift unter die sogenannte Extremismusklausel, eingeführt im Oktober 2010 von der damaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), sollten sich staatlich geförderte Initiativen zum Grundgesetz bekennen und gleichsam die Verantwortung für ihre PartnerInnen und UnterstützerInnen übernehmen (vgl. Bochentin 2011). Damit schuf der ideo-

1 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den historischen Hintergründen der Begriffsentstehung unternimmt u. a. Wippermann 2010b.

2 Auf weitere konstruierte Bedrohungsgestalten wie den „Islamismus“ kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

3 Vgl. dazu ein Interview mit Kristina Schröder (Löwenstein 2010).

4 Über die Anzahl von Morden, die einen „rechtsextremen“ Hintergrund haben, besteht keine Einigkeit. Während die Polizeiliche Kriminalstatistik seit 1990 47 Todesopfer zählt (Stand 2009, vgl. Deutscher Bundestag 2009), geht die Amadeu-Antonio-Stiftung von 182 Tötungsdelikten aus (Stand 2011, vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2011). Die Schwankungen sind strukturell bedingt: Ob ein Mord offiziell als „rechtsextrem“ motiviert gezählt wird, entscheiden die zuständigen Landeskriminalämter und nicht die Motivation der Täter oder ein Gerichtsurteil. Ein Vergleich der Daten wird zudem dadurch erschwert, dass die Kriterien zur Erfassung von Taten mit „rechtsextremen“ Hintergrund in den letzten Jahren mehrfach geändert wurden.

logische Kampfbegriff des „Extremismus“ ein Misstrauen sowohl gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren als auch unter ihnen. Nachdem das Dresdner Verwaltungsgericht die Klausel 2012 für rechtswidrig erklärte, wurde sie auf Bundesebene wieder abgeschafft. In Sachsen existiert sie allerdings bis heute. *SPD* und *CDU* haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, künftig auf die bisherige Form der Demokratieerklärung verzichten zu wollen (vgl. *CDU Sachsen/SPD Sachsen 2014*, S. 75). Seit Einführung der Klausel gab es vehement Kritik seitens verschiedener Akteure, die in ihr einen „empfindlichen Eingriff in die Handlungsfreiheit zivilgesellschaftlicher Initiativen“ sehen (*Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung, BAGD, 2011*).⁵ Die *BAGD* begründet ihre Kritik in deutlichen Worten:

Eine aktive und breite demokratische Initiativlandschaft ist ein unabdingbarer Bestandteil für die Entwicklung einer demokratischen Kultur. Zivilgesellschaftliche Arbeit besitzt eine notwendige Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber staatlichem Handeln. Wer den Handlungsspielraum von nicht-staatlichen Initiativen einengt und zivilgesellschaftliches Engagement unter Verdacht stellt, betreibt einen anhaltenden Demokratieabbau. Demokratie schöpft ihr Potential zur Weiterentwicklung aus ihrer Kritik- und damit Veränderungsfähigkeit. Ein rein staatsfixiertes Demokratieverständnis, was die Beteiligung der Bürger_innen auf Wahlen beschränkt, kann keine gestalterische Kraft entwickeln. (BAGD 2011)

Solchen umstrittenen politischen Entscheidungen zuträglich ist auch die Problematik, dass die (Politik-)Wissenschaft und die politische Extremismusforschung keine einheitliche Definition von „Extremismus“ bzw. „Rechtsextremismus“ bereithält, die die Gesamtheit und Vielschichtigkeit des Phänomens hinsichtlich Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen von Menschen und Gruppen erfassen könnte. Ohne an dieser Stelle auf den historischen Wandel des Begriffs und seine unterschiedlichen Bedeutungen und Verwendungsweisen in den letzten dreißig Jahren näher eingehen zu können, stellen wir an dieser Stelle zumindest eine Definition vor, auf die sich viele ForscherInnen der Sozialwissenschaften beziehen. „Rechtsextremismus“ ist demnach

[...] die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die von einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen; die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen, den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. (Stöss 2007, S. 24)

„Rechtsextremismus“ wird mit dieser Definition zwar nicht – im Unterschied zu vorherigen Definitionsversuchen – als „geschlossene Bedrohungsgestalt simplifiziert und stilisiert“ (Neugebauer 2008) und der Begriff hat sich sowohl in den Sozialwissenschaften als auch im öffentlichen Sprachgebrauch etabliert. Dennoch kritisieren ihn verschiedene Seiten und streben die Suche und Verwendung alternativer Begriffe an.⁶ So werde mit dem Extremismusmodell eine „Trennung [der Gesellschaft] behauptet [...], wo keine ist“ (Butterwegge 2002, S. 19) und daran festzuhalten diene vielmehr der Aufrechterhaltung rechtskonservativer Werte und der Verharmlosung des Phänomens. So betonen die

⁵ Weitere Kritik aus Sachsen und Chemnitz an der Extremismusklausel kommen u. a. vom Kulturbüro Sachsen e. V. und dem Netzwerk für Demokratie und Courage.

⁶ Wolfgang Wippermann weist den Extremismusbegriff als eine Erfindung des Verfassungsschutzes zurück, da er im wissenschaftlichen Sinn und als Rechtsbegriff unbrauchbar sei (vgl. Wippermann 2010c). Der Sammelband *Ordnung.Macht.Extremismus* von 2011 widmet sich ausführlich der kritischen Betrachtung des Extremismusmodells. In seinen Beiträgen wird deutlich, dass die Vorstellung von einer Bedrohung der Demokratie durch „extremistische“ Ränder wissenschaftlich nicht haltbar ist (vgl. *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 2011*).

AutorInnen der alle zwei Jahre herausgegebenen *Mitte-Studien*, es sei allgemeiner Konsens, dass „rechtsextreme“ Einstellungen nicht nur am Rand der Gesellschaft, sondern auch in deren Mitte anzutreffen sind, es sich hierbei also weder nur um ein Neonazi- oder spezifisches Jugend-/Gewaltproblem, noch um ein Phänomen der ostdeutschen Bundesländer handelt. Stattdessen sei es in allen „Bevölkerungsschichten, Generationen und Regionen“ vorzufinden (vgl. Decker et al. 2010, S. 5). In Kapitel 2 werden wir anhand einiger Studien auf diese Feststellung zurückkommen.

Mit Blick auf die bisherigen Darlegungen ziehen wir die Konsequenz, den Begriff *Rechtsextremismus* nicht zu verwenden bzw. in Anführungszeichen zu setzen. Der Begriff ist nicht nur normativ aufgeladen und wissenschaftlich umstritten, sondern er verschiebt das komplexe und gesamtgesellschaftliche Problem der Menschenverachtung und Menschenfeindlichkeit und die damit notwendige Verantwortungsübernahme aller an die Ränder der Gesellschaft. Ziel-führender und wichtiger ist es dagegen, nach den konkreten Einstellungen und Verhaltensweisen zu fragen sowie nach den Inhalten und Zusammenhängen der Ideologien, auf denen sie gründen, und sie im konkreten Fall zu benennen – genauso wie die (organisierten) AnhängerInnen und BefürworterInnen der nationalsozialistischen und rassistischen Ideologie als das zu bezeichnen sind, was sie sind: Neonazis und RassistInnen.⁷

1.2 Alternative Begriffe

Bei den nachfolgenden Begriffsklärungen handelt es sich um eine Auswahl, die wir für die Beschreibung eines menschenfeindlichen, antidemokratischen und unfreien Denkens und Handelns für wesentlich erachten. Dabei sollen die einzelnen Phänomene nicht als starr voneinander abgegrenzt verstanden werden, sondern als Versatzstücke von Ideologien, deren Grenzen fließend sind, die sich gegenseitig bedingen und zusammengenommen das Ausmaß eines vielschichtigen und komplexen Phänomens abbilden.

Autoritarismus

Autoritarismus auf der persönlichen Ebene meint die Haltung, Autoritäten bedingungslos zu gehorchen und sich ihnen zu unterwerfen. In einem autoritaristischen Weltbild haben alle Menschen ihren Platz in einer strikten sozialen Hierarchie einzunehmen und die vorherrschenden Normen, Regeln und Gesetze der gesellschaftlichen Ordnung widerspruchlos zu befolgen. Personen, die aus dieser Hierarchie herausfallen, indem sie von der Norm bewusst oder unbewusst abweichen oder die ihnen überstehenden Autoritäten infrage stellen, müssen mit Sanktionen rechnen. Um die gesellschaftliche Ordnung (wieder-)herzustellen, werden von den Autoritäten auch aggressive und gewalttätige Handlungen gegen die AbweichlerInnen als vermeintlich legitimes Mittel angewandt.

Auf der politischen Ebene ist mit Autoritarismus u. a. der positive Bezug auf und die Favorisierung von autoritären, diktatorischen Regimes gemeint bzw. der Wunsch nach einer politischen Führung der „starken Hand“ oder einer „Law-and-Order“-Politik.

⁷ Die bisher bekanntesten Studien erforschen „Rechtsextremismus“ auf der Ebene der Einstellungen innerhalb der Bevölkerung. Zu den Ideologiefragmenten nach Decker et al. 2010 gehören an dieser Stelle: Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer Diktatur und Sozialdarwinismus. Heitmeyer legt den Fokus in seiner Studie auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, d. h. ob gegen schwächere Gruppen eine ablehnende/ausgrenzende Haltung eingenommen wird. Er fragt danach, ob und wie die einzelnen Einstellungen (Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Sexismus, Homophobie sowie Etablierten-vorrechte) miteinander zusammenhängen (vgl. Heitmeyer 2007).

Chauvinismus und Sozialdarwinismus

Chauvinismus wird „als eine Form übersteigerten Nationalgefühls mit gleichzeitiger Fremdadwertung“ verstanden (vgl. Decker et al. 2010). Damit verbunden ist der Wunsch nach einer „starken Nation“, deren Interessen auch im Ausland konsequent vertreten werden und die gegenüber anderen Nationen eine Vormachtstellung einnehmen soll.

Auch zwischenmenschliche Einstellungen und Verhaltensmuster können durch ein solches Überlegenheitsgefühl geprägt sein, etwa wenn sich Menschen aus einer höheren Gesellschaftsschicht abfällig oder feindlich gegenüber sozial marginalisierten Personen (z. B. Harz-IV-EmpfängerInnen, Obdachlosen) äußern oder diese diskriminieren. Dieses oft als „Wohlstandschauvinismus“ bezeichnete Phänomen tritt vor allem bei Menschen(-gruppen) hervor, die befürchten, dass sie ihren eigenen Wohlstand, Einfluss oder ihre Macht mit anderen, „Fremden“ teilen müssen. In gesteigerter Form wird der gesellschaftlichen Position des Individuums oder einer spezifischen Gruppe absoluter Vorrang eingeräumt und die Vorstellung einer solidarischen und sozial gerechten Gemeinschaft zurückgewiesen.

Der sogenannte Sozialdarwinismus knüpft daran an. Dabei handelt es sich um die fehlerhafte Übertragung von biologischen Prinzipien aus der Evolutionstheorie Charles Darwins auf die Gesellschaft (vgl. ebd., S. 23). Nach dieser Theorie, so die BefürworterInnen, könnten Menschen nach ihrem Wert für die Gesellschaft (z. B. physische und psychische Stärke, Intelligenz) in wertvolle und wertlose Mitglieder eingeteilt werden.

Homophobie

Hierbei handelt es sich um eine irrationale feindliche Einstellung gegenüber Menschen, die nicht heterosexuell, sondern homosexuell, bisexuell oder transident (also mit einer Geschlechtsidentität abweichend vom biologischen Geschlecht) leben.

Faschismus

Als faschistisch wird eine ideologische Strömung bezeichnet, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in mehreren Ländern Europas aufkam und bis heute existiert (vgl. Wippermann 1984). Bei allen länderspezifischen Unterschieden teilen FaschistInnen eine Reihe grundlegender Ansichten.

Ideologisch sind faschistische Organisationen durch ihre extrem nationalistischen und rassistischen Einstellungen gekennzeichnet. Darüber hinaus teilen sie einen Hass gegen Minderheiten. Unterschiedlich sind die jeweiligen Bevölkerungsgruppen, gegen die sich der Hass oft so weit richtet, dass sie zu FeindInnen des eigenen – zumeist weißen – Volkes erklärt werden: People of Color⁸ (Rassismus), Juden und Jüdinnen (Antisemitismus), Sinti und Roma (Antiziganismus), MuslimInnen (antimuslimischer Rassismus), Homosexuelle (Homophobie), sozial Schwache (Sozialdarwinismus) usw. FaschistInnen betonen Männlichkeit, Jugend und das Recht des Stärkeren. Damit einher geht die Bejahung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Charakteristisch für faschistische Politik ist ein kompromissloser Vernichtungswille gegenüber den politischen GegnerInnen sowie den zu FeindInnen erklärten Minderheiten. Politische Verfolgung und Terror sind die wichtigsten Mittel faschistischer Politik.

Faschistische Gruppierungen befürworten in der Regel das Führerprinzip. Sie sind streng hierarchisch organisiert und verfügen häufig über bewaffnete, zumindest gewalttätige Organisationen.

Heutzutage besteht in Deutschland eine Arbeitsteilung zwischen den offiziellen faschistischen Organisationen wie der *NPD*, die im Rahmen der parlamentarischen Demokratie um Wählerstimmen und staatliche Zuschüsse kämpft,

⁸ „Als Begriff bezieht sich ‚People of Color‘ auf alle rassifizierte Menschen, die in unterschiedlichen Anteilen über afrikanische, asiatische, lateinamerikanische, arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte oder Hintergründe verfügen. Er verbindet diejenigen, die durch die weiße Dominanzkultur marginalisiert sowie durch die Gewalt kolonialer Tradierungen und Präsenzen kollektiv abgewertet werden [...]. Der Begriff ‚People of Color‘ ist in Deutschland bisher nicht etabliert. Daher werden die mit diesem Begriff verbundenen theoretischen und politischen Kontexte in den hiesigen akademischen wie anti-rassistischen Diskursen bislang unzureichend diskutiert.“ (Ha 2009)

und den inoffiziellen Organisationen wie den Kameradschaften, die auf lokaler Ebene agieren und durch Terror gegen erklärte FeindInnen sogenannte „national befreite Zonen“ zu schaffen versuchen.

Nationalismus und Ethnopluralismus

Der Nationalismus ist eine aus der Nation abgeleitete Ideologie. Ihren Kern bildet eine Vorstellung von Nation als Schicksalsgemeinschaft, die ihren Mitgliedern innerhalb einer feindlichen Umwelt Schutz bietet und deshalb auch selbst schutzbedürftig sei. NationalistInnen verstehen die Nation als eine Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamen vor allem kulturellen Merkmalen wie Sprache, Traditionen, Sitten und Gebräuchen. Während im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Nation häufig mittels einer behaupteten gemeinsamen Abstammung ihrer Mitglieder begründet wurde (siehe Rassismus), wird heutzutage, insbesondere von der sogenannten Neuen Rechten (siehe Kapitel 3.5), eine prinzipiell unverlierbare „nationale Identität“ postuliert, die jeden Menschen als Mitglied einer bestimmten Nation ausweist.

Im Weltbild der NationalistInnen stehen alle Nationen und die dazugehörigen Menschen in permanenter und prinzipiell unaufhebbarer Konkurrenz zueinander – wobei die Nation nicht nur durch äußere, sondern auch durch innere „FeindInnen“ bedroht wird. Diese Zuschreibung kann auf all jene Menschen zutreffen, die ihre „nationale Pflicht“ nicht erfüllen und z. B. dem Kampf gegen die jeweils anderen Nationen (vermeintlich) schaden.

Besonderes Augenmerk legen NationalistInnen auf die offizielle Geschichte ihrer Nation. So werden herausragende Leistungen, die dem eigenen Kollektiv zugeschrieben werden, besonders betont, während „dunkle“ oder als schmachvoll empfundene Kapitel der Nationalgeschichte oft abgeschwächt oder gleich abgestritten werden. Dieses Bemühen zeigt sich beispielsweise dann, wenn deutsche NationalistInnen historische Fakten wie den Holocaust leugnen.

Nationalistisches Denken ist heute eng mit der Ideologie des Ethnopluralismus verbunden. Dessen VertreterInnen sprechen den unterschiedlichen Völkern nicht mehr offen das Existenzrecht ab oder fordern deren Vernichtung, sondern bestehen auf einer klaren Abgrenzung untereinander, damit die jeweils eigene Kultur bewahrt würde. Vordergründig entsteht bei dieser Spielart des Nationalismus der Eindruck, dass alle Kulturen und die mit ihr verbundenen Menschen ein gleichberechtigtes Existenzrecht hätten. Angesichts der kompromisslosen „Verteidigung“ einer vermeintlich genuinen, spezifischen „Volkskultur“ handelt es sich allerdings wiederum um eine rassistische Forderung, die in der Praxis Ausgrenzung und Vertreibung bedeutet.

Rassismus

Auch die Ideologie des Rassismus sieht die Welt als Kampfplatz unterschiedlicher Großkollektive. Sie teilt die Menschheit in bestimmte Gruppen, indem der Einzelne anhand äußerlicher Merkmale gedanklich einer (oder mehreren) „Rasse(n)“ zugeordnet und diesen bestimmte charakterliche Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben werden (Rassifizierung). Während bereits diese Denkart als irrational zu verwerfen ist, kann überdies die Wissenschaft längst belegen, dass physisch homogene, von einander klar unterscheidbare Gruppen gar nicht existieren: Die genetischen Unterschiede zwischen den behaupteten menschlichen „Rassen“ sind bei Weitem geringer als die zwischen Mitgliedern ein und derselben vermeintlichen „Rasse“ (vgl. u. a. Kattmann 1999).

Obwohl ein konsistentes rassistisches Weltbild kaum im heutigen gesellschaftlichen Diskurs öffentlich vertreten wird – nicht zuletzt aufgrund drohender gesellschaftlicher Sanktionen –, ist rassistisches Denken dennoch weit verbreitet. Rassismus äußert sich in der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ungleichbehandlung von Menschen, in tradierten Klischees und in Überlegenheitsgefühlen bis hin zum Hass großer Teile der Bevölkerung gegenüber anders aussehenden und anders denkenden Menschen oder Menschengruppen. Nach dem *People of Color*-Ansatz sind davon all die Menschen betroffen, die nicht der zumeist weißen Dominanzkultur angehören. In den heutigen rassistischen Denkmustern werden homogene Gruppen nicht mehr nur noch aufgrund biologischer, äußerlicher Merkmale konstru-

iert, sondern aufgrund nationaler, sozialer, kultureller und religiöser Zugehörigkeiten.

Auch wenn Faschismus und Nationalismus fast immer in Verbindung mit Rassismus auftreten, gilt dies umgekehrt nicht. Rassismus ist in der Mehrheitsgesellschaft stark verbreitet.

Die folgenden Begriffe sollen rassistisches Denken spezifizieren, insofern es jeweils auf eine bestimmte Gruppe von Menschen ausgerichtet ist und als Phänomen gesellschaftlich und historisch unterschiedlich stark in Erscheinung tritt. Auch wenn die dahinter liegenden Motivationen jeweils religiös, politisch-ideologisch, wirtschaftlich oder kulturell verschieden begründet sind oder sogar konträr zueinander stehen, ist der gemeinsame Nenner doch immer wieder in der Ablehnung, Anfeindung, Kriminalisierung, Ausgrenzung bis hin zur Vernichtung einer bestimmten Gruppe von Menschen zu finden.

Antisemitismus

Als Antisemitismus wird die feindliche Einstellung gegenüber Juden und Jüdinnen bezeichnet, die oftmals mit diversen Verschwörungstheorien über die angebliche finanzielle und politische Macht „der Juden“ begründet wird. Diese Ideologie geht in der Regel mit der Vorstellung einher, weltpolitische Probleme seien auf die Schuld Einzelner zurückzuführen. Anders als bei der Diskriminierung vermeintlich minderwertiger Menschen beruht der Antisemitismus auf der Vorstellung, Juden seien gesellschaftlich höher gestellt. Da Antisemitismus im aktuellen öffentlichen Diskurs in Deutschland nicht geduldet wird, beschränken sich AntisemitInnen häufig auf eine pauschale Kritik am Staat Israel oder am „jüdisch kontrollierten“ Finanzkapitalismus.⁹

Antiziganismus

Hierunter ist die feindliche Einstellung gegenüber Sinti und Roma zu verstehen, die sowohl in Deutschland – wenn auch subtiler als in anderen, vor allem südeuropäischen Ländern – wieder verstärkt im Alltag auftritt. In der antiziganistischen Denkweise werden Armut und Kriminalität ethnisiert. Den „Zigeunern“ wird vorgeworfen, sie seien schmutzig, kriminell und unfähig, sich den Regeln und kulturellen Lebensweisen der Mehrheitskultur anzupassen und daher selbst Schuld an ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung. Antiziganismen werden bis heute u. a. in Musiktexten oder Bildern mit tradierten Vorstellungen vom umherziehenden „Zigeuner“ ohne festen Wohnsitz lebendig gehalten. Als besonders schwerwiegendes Problem des Antiziganismus gilt die strukturelle Ausgrenzung, die die Betroffenen aufgrund fehlender Papiere zu politisch rechtlosen Menschen macht.¹⁰

Antimuslimischer Rassismus

Als antimuslimischer Rassismus wird die stereotype, negative und feindliche Einstellung gegenüber MuslimInnen bezeichnet. Als von der Mehrheitsgesellschaft konstruierte homogene Gruppe sehen sie sich mit einer strukturellen Diskriminierung sowie einer gesellschaftlichen Ausgrenzung konfrontiert.

Als Abgrenzungskriterium dient hier nicht die Nation, sondern die Religionszugehörigkeit (bzw. damit verbundene äußerliche Merkmale wie Kopftuch oder Bart). Als Kritik am Islam getarnt, hat sich diese Ideologie vor allem seit dem 11. September 2001 – zusätzlich befördert durch die mediale Berichterstattung – innerhalb der westlichen Welt stark ausgebreitet. Sie umfasst im Wesentlichen zwei Aspekte: Zum einen schreibt dieser Rassismus MuslimInnen pauschal äußerst irrationale, fundamentalistische, autoritäre sowie frauen- und homosexuellenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen zu. Zum anderen verbindet sich diese Negativzuschreibung mit einer diffusen Angst in weiten Teilen

⁹ Es ist jedoch zu einfach, hier im Umkehrschluss alle KritikerInnen der Staats- und Regierungspolitik Israels als AntisemitInnen zu bezeichnen.

¹⁰ Weitere Informationen in: Verlag Der Rechte Rand 2010a bzw. End et al. 2009.

der Bevölkerung vor „den“ MuslimInnen, die sogar vor Selbstmordattentaten nicht zurückschrecken. VertreterInnen dieser Ideologie unterstellen MuslimInnen einen gemeinsamen Willen, z. B. Deutschland zu „islamisieren“. Genau dies unterstellen auch die *Pegida*-DemonstrantInnen, die gegen eine angebliche „Islamisierung des Abendlandes“ auf die Straße gehen.

Im nun folgenden Kapitel zeigen wir anhand ausgewählter Studien, dass menschenverachtendes Denken überall in der Gesellschaft zu finden ist und daher nicht nur „rechtsextremen“ Rändern zugeordnet werden kann. Darüber hinaus beleuchten wir den institutionellen Rassismus in Deutschland und Europa als eine vor allem für Flüchtlinge schwerwiegende Form der Ausgrenzung und Unmenschlichkeit.

2 Rassismus im Alltag und auf institutioneller Ebene

Neonazis und ihre Strukturen entstehen nicht entkoppelt von der Gesellschaft. Die Einstellungen vieler Menschen sind geprägt von homophobem, nationalistischem, rassistischem, antisemitischem, sozialdarwinistischem und sexistischem Denken. Diese Einstellungen lassen sich am besten unter dem Oberbegriff der *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zusammenfassen. Er beschreibt die ablehnende Haltung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Personengruppen, die „anders“ sind. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Alltagskultur äußert sich durch einen Konsens, welcher alles, was nicht in das Bild der Mehrheitsgesellschaft passt, ausgrenzt und mehr oder weniger bekämpft. Die jüngere Entwicklung zeigt, dass sich Feindbilder schnell verändern können. Aktuelle öffentliche Diskurse prägen rassistisches Denken; sie schaffen dabei neue Ängste und Vorurteile. Neue Feindbilder bedeuten dabei keine generelle Abnahme rassistischer Ideologien, sondern lediglich die veränderte Haltung gegenüber einer als „fremd“ oder „anders“ wahrgenommenen Gruppe von Menschen.

Legitimation und Bestärkung erhalten solche Einstellungen durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in öffentlichen Diskursen oder durch rassistische Gesetze und ihre Umsetzung. Im Folgenden wollen wir zunächst belegen, dass solche Einstellungen in der Gesellschaft vorhanden sind.

2.1 Alltagsrassismus und menschenverachtende Einstellungen

Eine Studie des *Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz des Freistaates Sachsen (SSVFS)* untersuchte im Jahr 2009 Orientierungsmuster junger Menschen in Sachsen (vgl. Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz 2010, S. 164–170). Insgesamt wurden 1.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 26 Jahren zu unterschiedlichen Bereichen befragt. Der für uns relevante Teil der Studie bezieht sich ausschließlich auf die Meinung der Jugendlichen über das Zusammenleben von Deutschen und BürgerInnen anderer Kulturkreise. Die Auswertung der Studie zeigt besorgniserregende Ergebnisse. Auf die Frage, ob Deutschland für weitere Zuwanderung offen sein soll, antworteten nur 10 % der Teilnehmenden zustimmend, 39 % jedoch ablehnend. Zudem meinten 30 % der Jugendlichen, dass ein weiterer Zuzug von „Ausländern“¹ für Deutschland nicht mehr verkraftbar sei. Weitere 39 % stimmten dieser Aussage zumindest noch teilweise zu und nur 20 % lehnten diese Aussage ab. Bei einer weiteren Frage sollten die Teilnehmenden entscheiden, ob der „Ausländeranteil“ in Deutschland zu hoch sei. 32 % der Befragten stimmten dieser Aussage völlig zu und 33 % stimmten teilweise zu. Nur 23 % der Jugendlichen meinten, dass dieser Anteil in Deutschland nicht zu hoch sei. Die Studie zeigt also fraglos eine gegenüber „Ausländern“ stark ablehnende Haltung bei den sächsischen Jugendlichen.

Eine weitere Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)* belegt, dass Rassismus und menschenverachtendes Denken nicht nur ein Problem bei jungen Menschen darstellt. Die Studie *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* untersuchte „rechtsextreme“ Einstellungen in einer Langzeitstudie seit 2002. Die AutorInnen betrachten politischen „Extremismus“ nicht reduziert auf die sogenannten Ränder der Gesellschaft, sondern untersuchen menschenverachtende Einstellungen bei Menschen unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeit.² Befragt wurden deutsche Staatsangehörige aus verschiedenen Altersgruppen, mit unterschiedlichen Schulabschlüssen, Berufstätigkeit, Einkommen, Geschlecht usw. Die Einstellungen wurden anhand sechs verschiedener Dimensionen abgeleitet: die „Befürwortung rechtsgerichteter Diktaturen“, „Chauvinismus“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“ und die „Verharmlosung des Nationalsozialismus“. Die Studie kam zu folgenden Ergebnissen: 6,7 % aller

1 Den Begriff *Ausländer* lehnen wir ab, da er nicht nur Menschen einer pauschalen Kategorie unterordnet und nicht zwischen Herkunft oder Status differenziert und sie als Individuen begreift, sondern auch rassistisches Denken (re)produziert, indem Menschen als „die Anderen“, „die Fremden“, die nicht zu „uns“ gehören, ausgegrenzt werden.

2 Auch wenn Decker et al. (2014) den Extremismusbegriff anwenden, machen sie dies zumindest nicht unreflektiert. Am Anfang ihrer Untersuchungen diskutieren sie die Problematiken und Kontroversen des Begriffs.

Abb. 1: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur

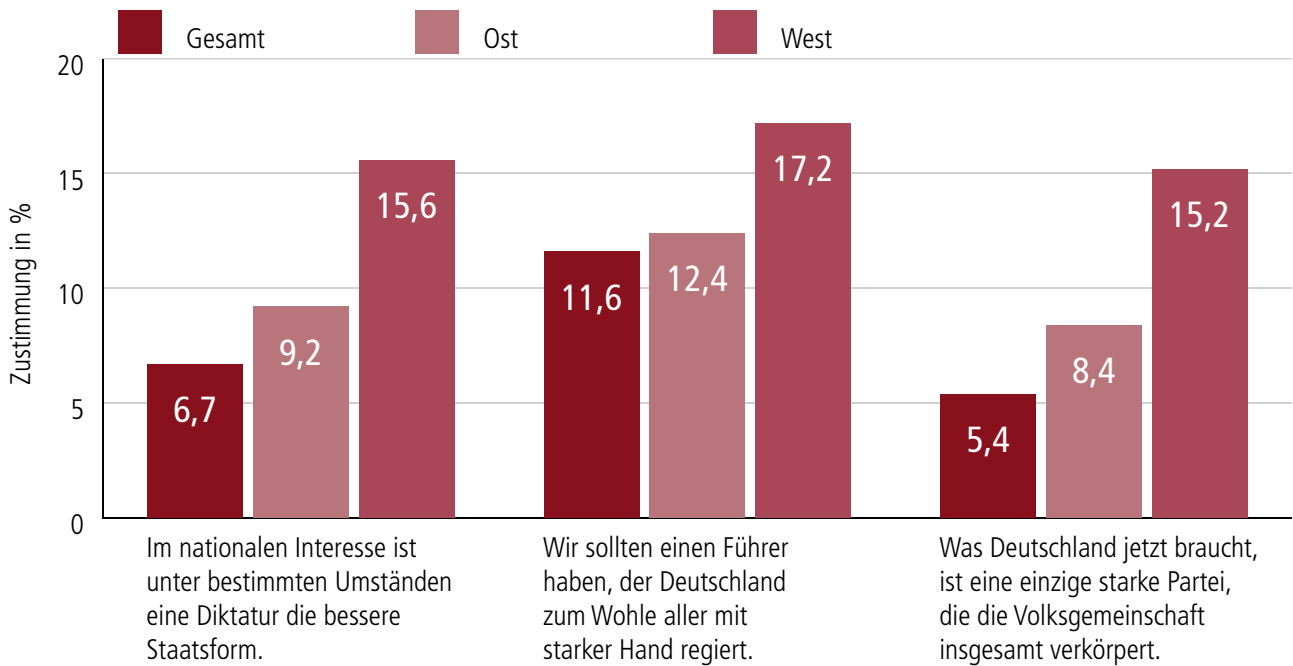
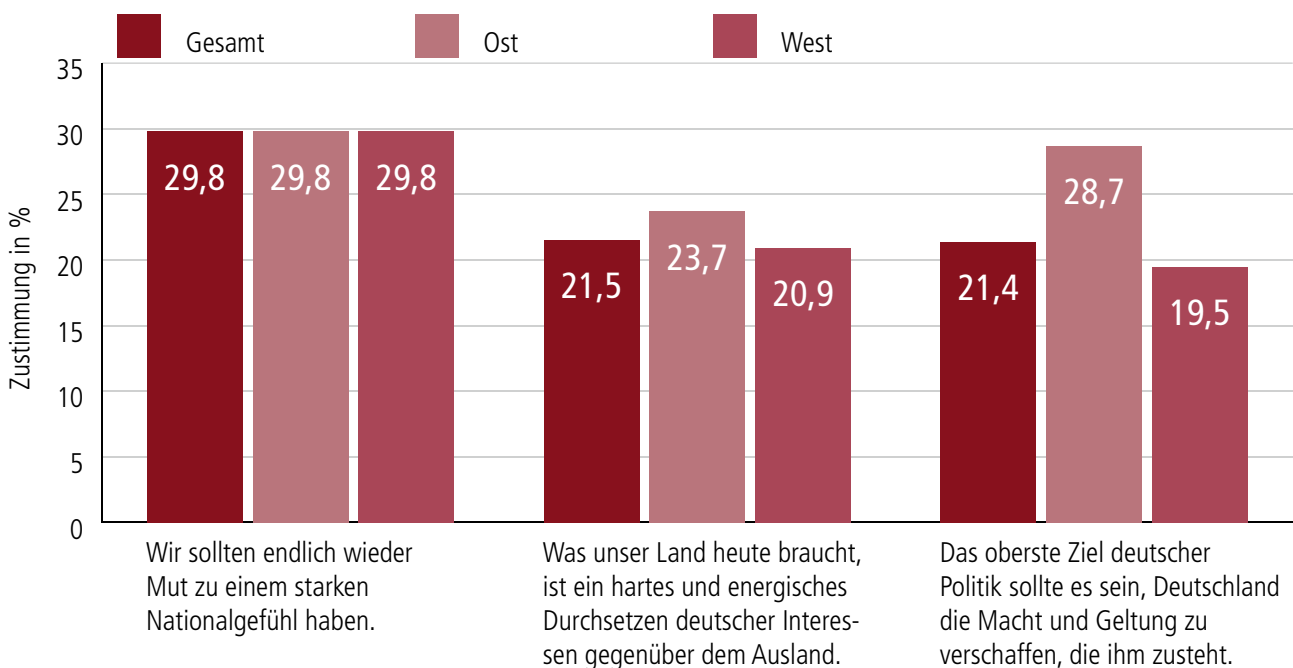


Abb. 2: Chauvinismus 2014



Befragten hielten die Diktatur unter Umständen für die bessere Staatsform, in Ostdeutschland war der Anteil jedoch mit 11,6 % mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (vgl. Abb. 1).

Einen „starken Führer“ wünschten sich im Schnitt 9,2 % der Befragten, in Ostdeutschland (12,4 %) ebenfalls etwas mehr als in Westdeutschland (8,4 %). Die dominierende Vorherrschaft einer „den ganzen Volkskörper“ repräsentierenden Partei befürworteten im gesamtdeutschen Schnitt 5,6 %, der Anteil ostdeutscher Probanden (17,2 %) war wiederum etwas höher als der westdeutscher Befragter (15,2 %).

Bei Fragen, die auf Chauvinismus hinweisen, ergaben sich im gesamtdeutschen Schnitt Werte zwischen 29,8 % und 21,4 % (vgl. Abb. 2). Interessant ist, dass die Abweichung zwischen West und Ost gerade in diesem generell niedrig ausfällt. Lediglich bei der Frage, ob die starke Durchsetzung nationaler Interessen gegenüber dem Ausland als oberstes Ziel deutscher Politik betrachtet werden sollte, stimmten mit 28,7 % deutlich mehr ostdeutsche Befragte als westdeutsche (19,5 %) zu.

Auf hohem Niveau lag auch die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen. Im Schnitt stimmten zwischen 24,1 % und 27,5 % „ausländerfeindlichen“ Thesen zu (vgl. Abb. 3). Rund 10 % der Befragten unterstützten antisemitische Aussagen, wobei sich hier tendenziell etwas mehr westdeutsche TeilnehmerInnen antisemitisch äußerten (vgl. Abb. 4). Ebenso zeigten sich eher westdeutsche TeilnehmerInnen verharmlosend gegenüber dem Nationalsozialismus (vgl. Abb. 5). Im Bereich Sozialdarwinismus überwiegt dagegen die Zustimmung bei ostdeutschen Befragten (vgl. Abb. 6).

Abb. 3: Ausländerfeindlichkeit 2014

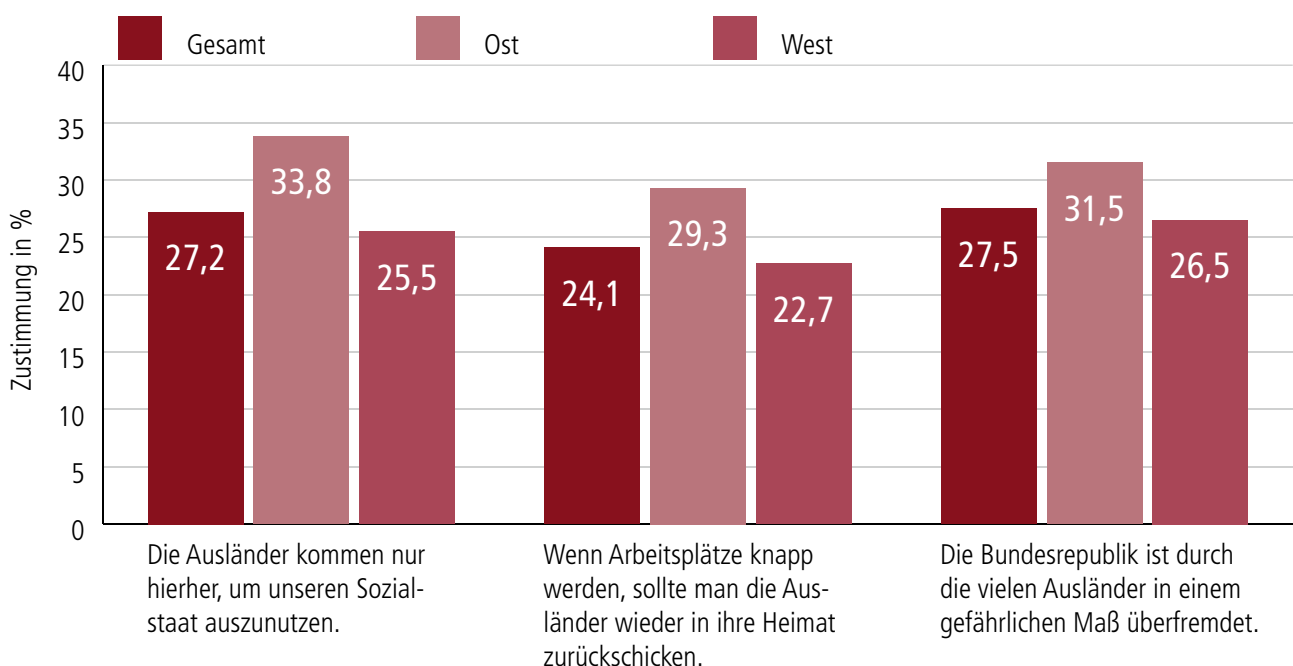


Abb. 4: Antisemitismus 2014

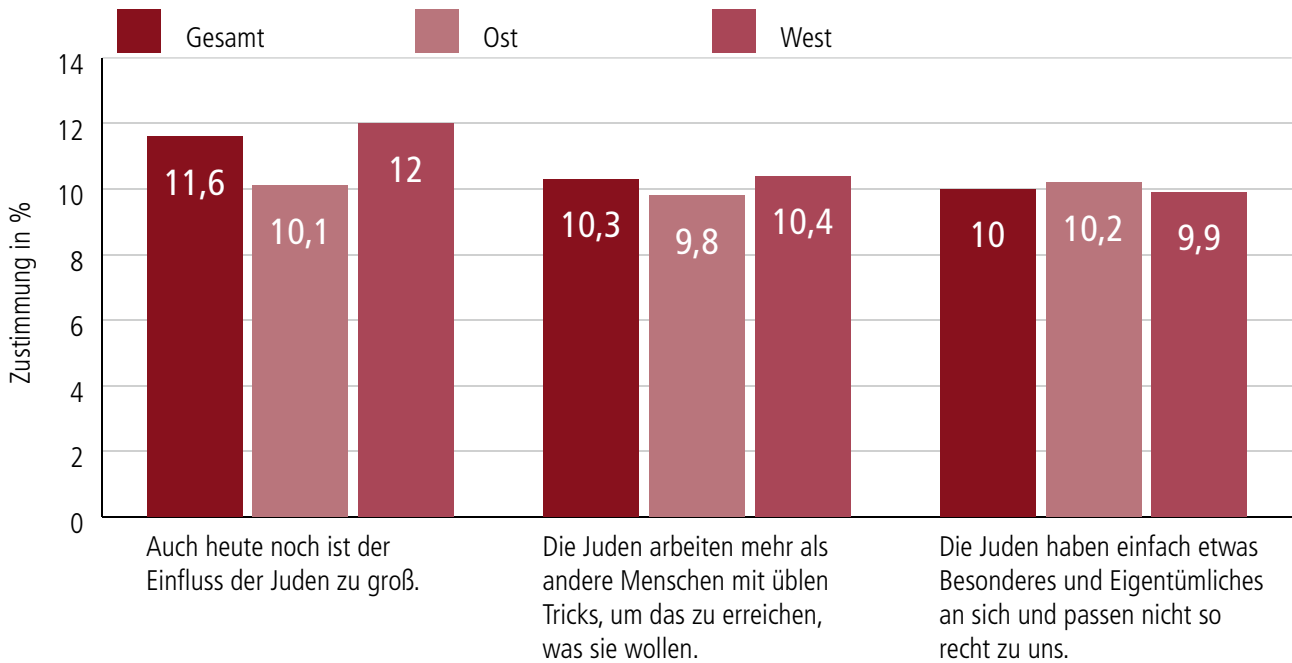


Abb. 5: Verharmlosung Nationalsozialismus 2014

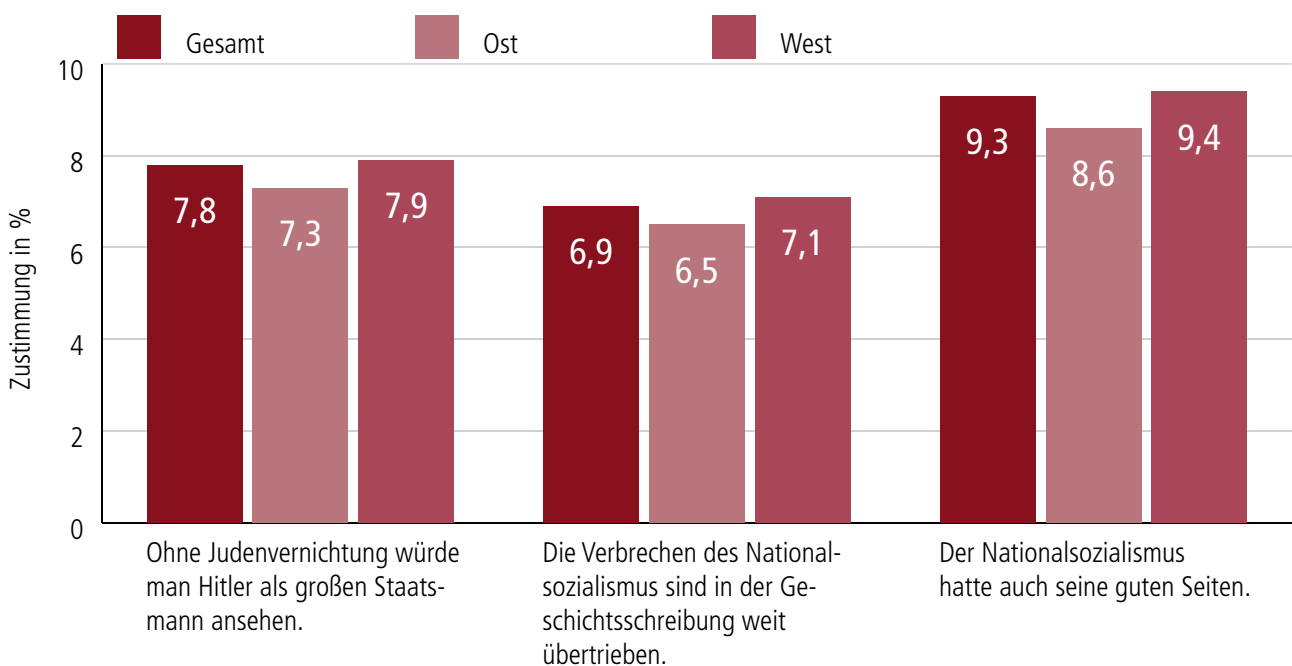
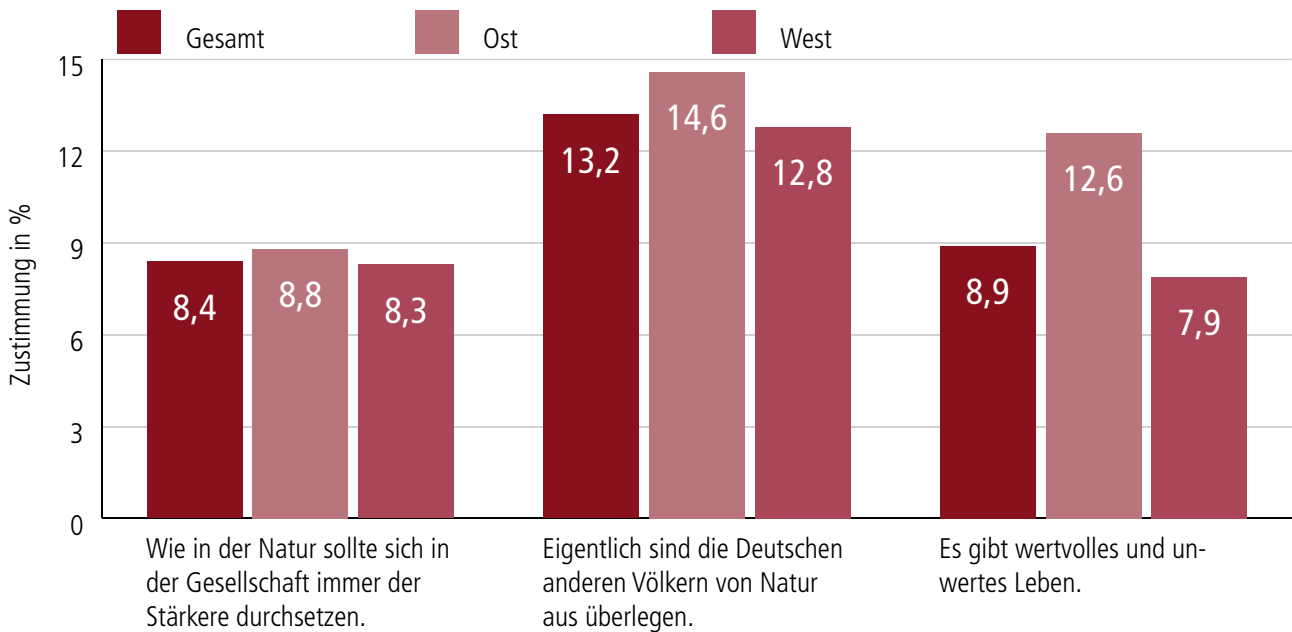


Abb. 6: Sozialdarwinismus 2014



Insgesamt stellten die AutorInnen der Studie bei 5,6 % der Probanden ein geschlossenes „rechtsextrêmes“ Weltbild fest. Die positive Seite der Studie liegt im Rückgang dieser Einstellungen: 2002 lag der Gesamtwert „geschlossen Rechtsextrém“ im gesamtdeutschen Schnitt noch bei 9,7 %. Eine negative Entwicklung ist jedoch beim gesellschaftlichen Bild von MuslimInnen, Sinti und Roma sowie Asylsuchenden feststellbar. Antiziganismus und antimuslimischer Rassismus sind entgegen anderer Trends in den letzten Jahren angestiegen. Jeder dritte Deutsche würde demnach MuslimInnen die Einwanderung nach Deutschland verbieten, 42,7 % fühlen sich von Überfremdung bedroht (vgl. Decker et al. 2014a, S. 48ff.).

Ein ähnliches Bild liefert der *Thüringenmonitor*. Die empirische Studie zur politischen Kultur in Thüringen ermittelt u. a. die Einstellung der Befragten zu „rechtsextrémén“ Einstellungen. Auffällig ist dabei, dass 2013 42 % der Befragten der Aussage zustimmten, die Bundesrepublik wäre „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (Best et al. 2013, S. 102). Über 40 % äußerten sich nationalistisch, 65 % stimmten der Aussage zu, MuslimInnen in Deutschland würden überhöhte Erwartungen haben. Nur eine Minderheit von 41 % glaubte, die in Deutschland lebenden MuslimInnen würden die Werte des Grundgesetzes teilen (vgl. ebd.).

Regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland spielen auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR noch eine Rolle. Das Vorurteil über den „Rechtsextrémismus“ als ausschließlich ostdeutsches Problem ist allerdings in doppelter Hinsicht falsch: Zum einen fasst der Begriff die Problemlage nicht ausreichend. Es handelt sich wie oben beschrieben um ein Problem der politischen Mitte, nicht der Ränder der Gesellschaft. Zum anderen sind auch in Westdeutschland regionale Unterschiede auszumachen. Die von den AutorInnen der *Mitte-Studie* erarbeitete Sondererfassung „extremistischer“ Einstellungen in Bayern zeigt dies deutlich (Decker et al. 2014b). Die Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur lag in Bayern zwar „nur“ bei 6,4 % und 0,2 % weniger als in Ostdeutschland (vgl. ebd. S. 9). Allerdings stimmten 33,1 % der bayerischen Befragten fremdenfeindlichen Positionen zu – dies sind knapp 3 % mehr als bei den ostdeutschen Befragten (vgl. ebd.). Besonders deutlich ist der Unterschied beim Antisemitismus:

Hier stimmten 12,6 % der bayerischen Probanden entsprechenden Aussagen zu und nur 6,1 % der Ostdeutschen (vgl. ebd.). Die höchste Zustimmung zu Statements mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lag auch in Bayern beim antimuslimischen Rassismus. So halten 62,8 % der Befragten die islamische Welt für rückständig (vgl. ebd. S. 13).

Öffentliche Diskurse als Reproduktionsort gruppenbezogener Menschenverachtung

Die veränderten Feindbilder, von antisemitischen hin zu antimuslimischen und antiziganistischen Mustern, lässt den Schluss zu, dass sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kern erhalten hat. Doch woher kommen die rassistischen Vorurteile in der deutschen Mehrheitsgesellschaft?

Um diese Frage zu beantworten, muss im Bezug auf den Rassismus ein Wandel verdeutlicht werden: Rassismus ist heute nicht notwendigerweise mit Vorurteilen über die biologische Rasse verbunden. Die eigenen Vorurteile werden vielmehr mit der vermeintlichen Rückständigkeit der fremden Kultur begründet (vgl. Decker et al. 2014a, S. 48). Deutlich wird dies beim rassistischen Denken über Sinti und Roma ebenso wie beim antimuslimischen Rassismus. Die negativen Zuschreibungen von Gruppenmerkmalen werden mit der Kultur oder den sozialen Verhaltensweisen verbunden. Dies erleichtert zudem die Austauschbarkeit der Feindbilder.

Zum tendenziellen Erstarken des antimuslimischen Rassismus tragen die medial inszenierten, sachlich stark verkürzten Diskurse über MuslimInnen oder „den Islam“ bei. So warnten die Titel großer deutscher Zeitschriften bereits vor einigen Jahren vor einer „neuen Bedrohung“ der westlichen Gesellschaft durch den Islam und konstruierten „die“ MuslimInnen als „Gegenwelt“.³ Das Medienspektakel um den ehemaligen SPD-Politiker und Mitglied des Bundesbankvorstandes Thilo Sarrazin ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie rechtsideologische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Aussagen von den Medien hofiert werden. Kritische Analysen über diese rassistische Menschenhetze oder die Sichtweisen der davon betroffenen Individuen oder Gruppen werden in den Massenmedien kaum oder gar nicht berücksichtigt.⁴

Der antimuslimische Rassismus ist vornehmlich kulturalistisch angelegt. Die Fremdwahrnehmung der durch den Islam beeinflussten Kultur als minderwertig vermischt sich jedoch nicht immer offensichtlich mit biologistischen Vorurteilen über die „orientalische Rasse“. Mitunter kann antimuslimischer Rassismus durchaus auch im Gewand des Antirassismus oder des Feminismus erscheinen. Die unterschiedlichen Facetten antimuslimischen Rassismus machen deutlich, dass die Grenzen zwischen „rechts“, „links“ und „Mitte“ verschwimmen.

Das in öffentlichen Diskursen gezeichnete Bild über den „Islam“⁵ wird oft verbunden mit der Angst vor fundamentalistischen Erscheinungsformen. Das Magazin *FOCUS* vom 2. November 2014 widmete der Bedrohung durch den Islam sein Cover⁶.

Abb. 7: FOCUS-Cover: Die dunkle Seite des Islam



3 So z. B. die Titelblätter von *FOCUS* 48/2004 und *DER SPIEGEL* 13/2007.

4 Spetsmann-Kunkel (2007) analysierte ausführlich dieses Titelblatt und die Berichterstattung des *SPIEGELS*. Eine empirische Untersuchung, die sich kritisch mit Sarrazins Thesen auseinandersetzt und sie größtenteils widerlegt, liefert Foroutan (2010).

5 Ungeachtet der Tatsache, dass der Koran als Schrift aller Muslime gilt, sind die verschiedenen konfessionellen Unterschiede zu bedeutend, um sie schlicht zu ignorieren.

6 *FOCUS* 45/2014, Titelblatt.

Auffällig dabei ist vor allem der Untertitel: *Acht unbequeme Wahrheiten über die muslimische Religion*. Das Titelblatt verbindet islamistischen Fundamentalismus monokausal mit der Religion Islam. Soziale und politische Ursachen für die Entstehung fundamentalistischer Strömungen werden ausgeklammert.

Die diffuse Angst vor dem Islam ist wiederum verbunden mit dem öffentlich geführten Diskurs über den „konservativen Islam“ oder den „Islamismus“. Antimuslimisch-rassistische Diskurse knüpfen unmittelbar an die Diskurse der sogenannten Islamkritik, welche eben keine generelle Religionskritik darstellt. So entbrannte etwa 2010 eine teils heftige Debatte nach der Aussage des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland. Viele konservative Politiker, Journalisten und selbsternannte Experten forcierten dabei eine Grenzziehung zwischen den angeblich christlich-aufgeklärten Werten des Abendlandes und der beschworenen rückständigen Werteordnung der islamischen Welt. Attia schreibt dazu:

[...] der öffentliche Diskurs über Islam und Muslim_innen zeichnet ein überwiegend negatives Bild von ihnen: Muslim_innen stehen im Verdacht, von Grund auf sexistisch, antisemitisch, homophob, kriminell, gewalttätig oder potentielle Terrorist_innen zu sein. (Attia et al. 2014, S. 5)

Vorgeworfen wird „dem“ Islam zum Beispiel eine ausgeprägte patriarchale, heteronormative Unterdrückung oder ein islami(sti)scher Antisemitismus. Die Reduktion auf „den“ Islam und seine Kultur lässt jedoch keine weitergehende Untersuchung zu, was etwa Ursachen für patriarchale Strukturen sein könnten. Vielmehr wird eine Grenzziehung zwischen „Gut“ und „Böse“ vorgenommen, um das eigene Kollektiv positiv über das Fremde zu erheben. Zudem äußert sich die Kritik in Form von sozialchauvinistischen und klassizistischen Argumentationsmustern, so etwa die angeblich generelle Bildungsferne, die Transferabhängigkeit und die pauschal angenommene Nähe von MuslimInnen zur Unterschicht. Diese Vorurteile machen eine tiefergehende Analyse über gesellschaftliche Ursachen von Missständen unmöglich. Die Islamkritik zeigt sich oftmals auch nicht als generelle Religionskritik: Gerade die Debatte um das Kopftuch im öffentlichen Raum macht die angeblich zu befreiende (muslimische) Frau wiederum zum Opfer diskriminierender Praktiken. Während christliche Symbole keineswegs aus staatlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Raum verbannt werden, erfahren kopftuchtragende Frauen Beschimpfungen und gesellschaftliche Ausgrenzung (vgl. Attia et al. 2014, S. 25ff.)

Ein Zusammenhang zwischen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und aktuellen medialen Diskursen ist auch in anderen Bereichen sichtbar. Die im Auftrag der Bundesregierung angelegte Untersuchung *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma* aus dem Jahr 2014 zeigt den situativen Charakter des heutigen Antiziganismus. Laut Angaben der Studie war die Berichterstattung über Sinti und Roma vornehmlich bei den Themen „Integrationsprobleme“, „Diskriminierung“ oder „Kriminalität“ angesiedelt. Das medial gezeichnete Bild präsentiert damit die Personengruppe als gesellschaftlich schädlich. Selbst wenn sich kein klar charakterisierbares Feindbild des „Zigeuners“ in der deutschen Mehrheitsbevölkerung ausmachen lässt, so ist die Ablehnung und Missachtung gegenüber Sinti und Roma doch erstaunlich hoch. Die Studie zeigte zum einen ein hohes Maß an Desinteresse seitens der deutschen Gesellschaft. Aktuelle Berichte über Sinti und Roma wurden von der Mehrheit der Befragten nicht wahrgenommen. 74 % gaben an, dass sie dieser Thematik keine Bedeutung beimessen. Zum anderen machte die Untersuchung die Unwissenheit über Sinti und Roma deutlich. Daraus ergab sich eine gewisse Diffusität, ein großer Anteil der Befragten gab widersprüchliche Antworten. Während die Mehrheit zwar negative Vorurteile hatte, nicht aber eine generelle Abwertung der Gruppe vornahm, fiel eine Minderheitengruppe besonders auf: 7 bis 8 % der Befragten zeigten eine deutliche Aversion gegen Sinti und Roma. Sie gaben rund doppelt so häufig an, Sinti oder Roma äußerlich zu erkennen, etwa 10 % hatten die negative Berichterstattung verfolgt. In der Folge zeigte sich u. a. eine negative Einstellung gegenüber der Erinnerungskultur von Sinti und Roma als Opfer des Nationalsozialismus (vgl. Antidiskrimi-

nierungsstelle des Bundes 2014).

Auch die AutorInnen der Mitte-Studie erklären den Anstieg der Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma mit der öffentlichen Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Migration bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger. Im Fall der Feindlichkeit gegenüber Asylsuchenden führte der Anstieg der Asylanträge in Deutschland zu öffentlichen Diskursen über die Motive von Geflüchteten. Es ist wohl auch kein Zufall, dass sich das medial behandelte Thema „Asylbetrug“ als Ablehnung gegenüber Asylsuchenden äußert. Die Studie stellte fest, dass drei Viertel aller Befragten einen großzügigeren Umgang mit dem Asylrecht ablehnen (vgl. Decker 2014a, S. 50).

Die politische Kultur als Reproduktionsfaktor gruppenbezogener Menschenverachtung

Bei dem Versuch, menschenverachtende Einstellungen zu ergründen, wird – auch in Rückbezug auf Kapitel 1.1 – ersichtlich, dass der Fokus auf ausschließlich „rechtsextremen“ Strukturen liegt und mit Blick auf die Extremismustheorie eine eingehendere Analyse über die Ursachen des Phänomens verhindert bzw. ihr sogar konträr entgegensteht. Unsere bisherigen Ausführungen zeigen vielmehr, dass die Ursachenanalyse eng mit der Frage nach den sozial, politisch und ökonomisch ungleichen Machtverhältnissen in der Gesellschaft verbunden ist. Zugleich sind Ursachen in der individuellen Entwicklung angelegt. Die AutorInnen der *Mitte-Studie* gehen davon aus, dass neben Existenz- und Abstiegsängsten auch ein autoritärer Erziehungsstil und antidemokratische Vorbilder in der Kindheit prägend sind.

Im vorangegangenen Abschnitt haben wir gezeigt, dass es bei gruppenbezogenen menschenverachtenden Einstellungen zwar zwischen Ost- und Westdeutschland Unterschiede gibt. Die ideologischen Vorstellungen, die hinter diesen Einstellungen stehen, sind jedoch ähnlich. Diese Vorstellungen werden zumeist in der Mehrheitsgesellschaft nicht hinterfragt oder sie werden toleriert. Sie sind damit Teil der politischen Kultur. Auch die *Mitte-Studie* bestätigt: Die Zustimmung zu „rechtsextremen“ Thesen findet sich bei AnhängerInnen verschiedener Parteien. Befragte mit diesen Einstellung wählen überwiegend die großen Volksparteien *CDU/CSU* (21,4 %) und *SPD* (24,6 %). Der Anteil an NichtwählerInnen liegt bei 23 %, nur 6,3 % wählen *AfD* oder andere rechte Parteien. Niemand aus dieser Gruppe gab an, die *Grünen* oder die *Piratenpartei* zu wählen und 7,1 % würden *Die Linke* wählen.

Neofaschistische Positionen gehen mit gruppenbezogener Menschenverachtung einher. Dennoch sollte daraus nicht geschlussfolgert werden, dass nur bekennende RassistInnen rassistisch denken. Vielmehr können NeofaschistInnen auf dem in der gesellschaftlichen Mitte angelegten Rassismus aufbauen. Die Alltagsdimension von Rassismus wird bei einer Reduzierung auf „extreme“ Positionen ausgeblendet (Shooman 2011).

Es ist wichtig zu erkennen, dass Zuschreibungen jeder Art oft sozial konstruiert sind und als Abgrenzungsmechanismen einer Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten oder marginalisierten Gruppen dienen. In diesen Prozessen werden Identitäten zumeist nicht freiwillig gewählt, sondern von außen bestimmt. Shooman drückt dies folgendermaßen aus:

Die Einstellungen von Menschen gegenüber Gruppen basieren nicht auf individuellen Vorlieben und Abneigungen, vielmehr handelt es sich bei der Frage, welche Gruppen als ‚fremd‘ wahrgenommen werden, um einen aktiven Konstruktionsprozess, in dessen Rahmen bestimmte Bilder und Stereotype produziert werden und als soziales Wissen kursieren. Wie solche Diskurse entstehen und gesellschaftlich wirksam werden, hat viel mit Macht- und Dominanzverhältnissen in einer Gesellschaft zu tun. (Shooman 2011)

Eine Studie des *Beratungsnetzwerk Hessen* mit dem Titel *Das ist Vielen gar nicht bewusst* von 2009 beobachtete in der Region Schwalm-Eder-Kreis einen „Rechtsextremismus“, der Teil der Alltagskultur einzelner Städte und Dörfer ist. Die Erfahrungen der Befragten über die Situation in Vereinen oder auf Volksfesten weisen auf das Phänomen der „No-Go-Areas“ hin, d. h. auf einen alltäglichen Zustand, in dem aufgrund von Angst vor gewaltbereiten „Rechts-

extremisten“ und deren Repressionen bestimmte Orte gemieden oder Beleidigungen und Angriffe weder öffentlich thematisiert noch angezeigt werden (vgl. Neuman et al. 2009, S. 31ff.). Die Neonazis dort würden das öffentliche Leben jedoch nicht – wie oft angenommen – „unterwandern“, sondern seien „vielerorts scheinbar integriert“ (vgl. ebd., S. 32). Zwar beschreiben die AutorInnen das Phänomen als ein jugendspezifisches, ziehen aber den Schluss, dass die Ursachen als vielschichtig zu betrachten sind und die familiäre Umgebung sowie die politische Kultur, in der die Jugendlichen aufwachsen, einen prägenden Einfluss haben. Neben Erziehungsstilen wird der für den ländlichen Raum charakteristische Strukturkonservatismus genannt, den sich die *NPD* zunutze mache (vgl. ebd., S. 37ff.). Bezeichnend für einen solch starren Konservatismus sind die Relativierung und Verherrlichung des Nationalsozialismus, Sozialneid und das Fehlen einer Kultur, die offen ist und tolerant gegenüber neuen, alternativen und andersartigen Entwicklungen oder Einstellungen (vgl. ebd., S. 38f.). Die Studie folgert, dass Rassismus nicht in einem luftleeren Raum entsteht, sondern bereits einen Nährboden vorfindet, auf dem (organisierte) Neonazis leichtes Spiel haben, junge Menschen für ihre Freizeitaktivitäten (etwa Musikveranstaltungen, Sport oder Vereinsarbeit) zu gewinnen. Aus den häufig berichteten negativen Erfahrungen der befragten Personen im Umgang mit rassistischen Einstellungen oder Gewalttaten in der Öffentlichkeit, in Politik und Polizeibehörden schließen wir, dass Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie wirksame Reaktionen und Diskussionen zwingend notwendig sind, um der Tendenz der Leugnung, Verharmlosung und Entpolitisierung des Neonazismus und Rassismus entgegenzuwirken.

In einer anderen Studie aus einer wohlhabenden Region Baden-Württembergs aus dem Jahr 2007 wurde ebenfalls herausgearbeitet, dass „rechtsextreme“ Einstellungen nicht in einem direkten Zusammenhang mit einer sozial schwachen Position oder der ökonomisch marginalisierten Situation eines Menschen stehen muss.⁷ Nach den Erkenntnissen der ForscherInnen war die gesamte von ihnen beobachtete lokale „politische Kultur“ von einer „rechtsgerichteten Stimmung“ und fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungen geprägt (vgl. Held et al. 2007, S. 144). In dieser politischen Kultur finden „rechte“ Akteure Anerkennung und sind in das Gemeinschaftsleben gut integriert. Die WissenschaftlerInnen erläutern ihre Erkenntnisse beispielhaft am Ausschluss bzw. an der Abschiebung straffällig gewordener „Ausländer“. Hier sehen sie einen fließenden Übergang von den als „rechtsextrem“ verorteten Einstellungen hin zu denen der sogenannten Gesellschaftsmitte (vgl. ebd. S. 140). Die nationalistisch konnotierte Forderung „Kriminelle Ausländer raus!“ erhalte ihre legitime Begründung mit der deutschen Gesetzgebung, d. h. mit dem „Ausländer-“ und Asylrecht. Während Straftaten bei deutschen TäterInnen einmalig mit Geldbußen oder Gefängnis sanktioniert werden, bestraft die Justiz Nichtdeutsche für kriminelle Taten zusätzlich mit der Verwehrung eines festen Aufenthaltstitels oder Abschiebung. Die ForscherInnen werten diese Tatsache als ein „Zwei-Klassen-Strafrecht“ mit einer im Kern rassistischen Rechtsprechung (vgl. ebd.).

Die Losung „Kriminelle Ausländer raus!“ ist damit nicht mehr nur eine Forderung der konstruierten „rechten“ Ränder der Gesellschaft, sondern ein wichtiger Anknüpfungspunkt für den gesellschaftlich dominanten, sich demokratisch wissenden Diskurs. Im folgenden Kapitel gehen wir näher auf das Problem des institutionellen Rassismus ein.

2.2 Institutioneller Rassismus

Asylbewerber sind aus Kostengründen und sozialen Gesichtspunkten heraus ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünften mit Aufenthaltsbeschränkungen auf diesen Bereich unterzubringen, möglichst in den Außenbereich der Stadt. Der Standard dieser Unterkünfte hat sich auf das notwendigste zu beschränken. Keine Auszah-

⁷ Dies bedeutet nicht, dass die sozial schwache Position von Menschen und ihre ökonomisch schwierige Lage generell als Ursache ausgeschlossen werden kann (viele Studien haben dies bestätigt). Doch die Studie von Held et al. liefert einen wichtigen Anhaltspunkt dafür, dass die Ursachen nicht eindimensional und kausal erklärbar, sondern als komplex und vielschichtig zu verstehen sind.

lung von Bargeld an Asylbewerber, sondern nur Zuweisung von Sachleistungen. (Aus dem Wahlprogramm der Republikaner von 1996, zitiert nach Selders 2009)

Seit den 1990er Jahren hat sich der Umgang mit dem Thema Einwanderung verändert. War früher die Angst der deutschen Mehrheitsbevölkerung vor dem Arbeitsplatzverlust durch „die Ausländer“ auch für die Tagespolitik prägend, so erscheint der heutige Umgang pragmatischer. Der positive Nutzen von Migration für die deutsche Wirtschaft wird mehr und mehr erkannt. Der gegen Asylsuchende gerichtete Rassismus tritt heute eher als Nützlichkeitsrassismus in Erscheinung: Im Gegensatz zur Einreise wirtschaftlich benötigter „ausländischer“ Fachkräfte wird die Anwesenheit von Schutzsuchenden als unnützlich empfunden. Während die schwarz-rote Bundesregierung längst an praktikablen Lösungen für die bis 2030 fehlenden 5,2 Millionen Fachkräfte arbeitet (vgl. Pape 2014), äußert insbesondere die bayerische CSU Vorbehalte gegen die Einreise von „Armutsmigranten“. Ungeachtet der Tatsache, dass auch letztere eigentlich volkswirtschaftlich „nützlich“ sind (vgl. Brücker 2013), muss diese Differenzierung abgelehnt werden: Der Nützlichkeitsrassismus stellt einen Angriff auf die Grundidee des Asylrechts dar. In Artikel 16a des Grundgesetzes wird der Umstand der politischen Verfolgung als Bedingung für Asyl bezeichnet, nicht die Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft.

Bedeutend sowohl für den gesellschaftlichen Umgang, als auch für die Situation von Asylsuchenden ist zunächst einmal die Entwicklung von Fluchtbewegung nach Deutschland. 1995 betrug die Zahl der bundesweiten Erstanträge auf Asyl noch 127.937. Von 1995 bis 2007 war ein starkes Absinken von Erstanträgen auf 19.164 zu verzeichnen. In den letzten Jahren lässt sich trotz der europäischen Abschottungspolitik eine verstärkte Zuwanderung feststellen. Seit dem Tiefpunkt 2007 stieg die Zahl der Anträge kontinuierlich und lag 2013 bei ca. 109.580. Auch im Jahr 2014 war eine nochmalige Steigerung zu verzeichnen, insgesamt 155.427 Erstanträge wurden gestellt (Statista 2015). Im Jahr 2013 wurden in Sachsen etwa 5.800 Anträge gestellt. Auch für 2014 ist eine Steigerung der Asylanträge in Sachsen prognostiziert, inklusive Folgeanträgen soll sich die Zahl dann auf 10.300 erhöhen (vgl. Landesdirektion Sachsen 2014). Die anhaltenden Konflikte in der europäischen Nachbarschaft belasten das deutsche Asylsystem, sie belasten allerdings vornehmlich die Geflüchteten selbst. Überfüllte Unterkünfte bedeuten Stress für die oft aus Kriegsgebieten stammenden Menschen. Die Überfüllung ist zudem nicht einfach nur ein unglücklicher Zufall. Tatsächlich führten Fehlplanungen und die illusorische Hoffnung auf einen Rückgang der Zahlen zu einer geradezu sträflichen Vernachlässigung des Ausbaus der Kapazitäten (vgl. Bartsch et al. 2014).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Asylsuchende ist verbunden mit Fremdenfeindlichkeit oder stereotypen Auffassung über kulturelle Herkunft oder konfessionelle Orientierung. Asylsuchende sind von Rassismus zumeist mehrfach betroffen: Einem syrischen Kriegsflüchtling schlägt antimuslimischer Rassismus ebenso entgegen wie generelle Fremdenfeindlichkeit. Zudem werden immer wieder Fälle bekannt, in denen Sicherheitskräfte in Flüchtlingsunterkünften gewalttätig gegen BewohnerInnen vorgehen.⁸ Die Welle an „Bürgerprotesten“ gegen geplante oder bestehende Unterkünfte, wie seit 2013 in der Erzgebirgsstadt Schneeberg, stehen für die eine Seite rassistischer Diskriminierung. Andererseits sehen sich Asylsuchende bereits mit dem im Asylsystem angelegten institutionellen Rassismus konfrontiert. Wie sich die gesetzlich legitimierte und behördlich organisierte Ungleichbehandlung von Menschen mit Fluchthintergrund darstellt, beschreiben wir im Folgenden anhand einiger ausgewählter Schwerpunkte.

Das deutsche Asylverfahren und die europäische Politik

Das deutsche Asylverfahren ist ein komplizierter Prozess, der selbst für Menschen mit sehr guten Deutschkenntnissen

⁸ Die 2014 bekanntgewordenen Gewaltexzesse in Nordrhein-Westfalen sind vielleicht nicht die Regel, wohl aber Symptom systemischer Mängel. Die Dunkelziffer solcher Vorfälle ist vermutlich deutlich höher. Es fehlen bundeseinheitliche Standards und entsprechende Kontrollen bei der Unterbringung. Außerdem führt die Sparsamkeit von Behörden zu Dumpingpreisen – nicht nur beim Sicherheitspersonal, sondern auch bei der Ausstattung (vgl. Bartsch et al. 2014).

nur schwer nachzuvollziehen ist. Ein Flüchtling, nicht nur weil er zumeist vorerst kein Deutsch spricht, ist deshalb in der Regel auf einen kostenpflichtigen Anwalt angewiesen, da er andernfalls – und gänzlich unabhängig von seinen Fluchtgründen – kaum eine Chance hat, einen positiven Asylbescheid zu erlangen. Theoretisch kann ein Flüchtling in Deutschland dann Asyl erhalten, wenn es ihm gelingt nachzuweisen, dass er in seinem Heimatland politischer oder geschlechtsspezifischer Verfolgung ausgesetzt ist. Hungersnöte, Kriege und Naturkatastrophen sind in Deutschland keine anerkannten Asylgründe. Für letztere Fälle kann ein (zeitweiliges) Abschiebeverbot erwirkt werden, wenn die Antragstellenden in ihrem Heimatland der Gefahr von Freiheit, Leib und Leben ausgesetzt wären.

Die Flüchtlinge, die es dennoch schaffen, fallen unter die *Dublin-III-Verordnung* der EU. Diese gibt vor, dass der Mitgliedsstaat, in welchem ein Flüchtling erstmals europäisches Territorium betritt, für das weitere Asylverfahren zuständig ist. Der Reiseweg des Flüchtlings spielt für die Bestimmung der Zuständigkeit daher eine zentrale Rolle, der eigentliche Fluchtgrund verliert an Bedeutung. Aufgrund der *Dublin-III-Verordnung* kommt es zudem zu einer Verschiebung der Verantwortung von den europäischen Kernländern hin zu den Mitgliedstaaten an der europäischen Außengrenze. Die meisten Flüchtlinge, die nach Europa kommen, gelangen über den Seeweg nach Spanien, Italien, Malta oder Griechenland. Auch über die neuen Mitgliedstaaten an den östlichen Außengrenzen erreichen Flüchtlinge Europa. Da die Bedingungen für Asylsuchende in diesen Ländern oft noch schlechter als in Deutschland sind, besteht ein nachvollziehbares Interesse an der Weiterreise nach Mitteleuropa. Auch familiäre Gegebenheiten können ein Grund für die Weiterreise sein, z. B. wenn sich Familienmitglieder bereits in einem europäischen Land aufhalten.

Wenn nachgewiesen wird, dass ein Flüchtling ein innereuropäisches Land über einen sogenannten sicheren Drittstaat erreicht hat, darf er in diesen Drittstaat abgeschoben werden. Damit entziehen sich die Kernländer der EU (auch und vor allem Deutschland) nicht nur ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Menschenrechte, sondern verweigern sich auch einer gemeinsamen politischen Lösung in Europa. Der Druck, der sich auf die EU-Außenstaaten erhöht, führt zu einer Verschärfung der Flüchtlingsabwehrmaßnahmen, denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas ausgesetzt sind (vgl. Pelzer 2008).

Trotz der europäischen Abschottungspolitik hat sich die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge in den letzten Jahren wieder stark erhöht. Nach Angaben des *Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR)* wurden im ersten Halbjahr 2014 in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union 216.300 Asylanträge gestellt – rund 23 % mehr als im selben Zeitraum im Jahr 2013 (UNHCR 2014b). Die Gründe für den Anstieg liegen auf der Hand: Anhaltende militärische Auseinandersetzung und Bürgerkriege wie in Afghanistan und Syrien führen zu enormen Migrationsbewegungen. Die in Europa ankommenden Flüchtlinge sind jedoch nur ein Bruchteil im Vergleich zu den in der Ursprungsregion verbliebenen. Bis Ende 2013 waren weltweit 51 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Nur wenige gelangten in die wirtschaftlich reichen Zentren: 86 % der vertriebenen Menschen verblieben in Entwicklungsländern. In Relation zur ortsansässigen Bevölkerung ist der Anteil an Geflüchteten im Libanon am größten. Dort kamen 2013 auf 1.000 Einwohner 178 geflüchtete Personen (UNHCR 2014a). Zum Vergleich: In Deutschland kamen im selben Jahr auf 1.000 Einwohner etwa 1,5 Geflüchtete (PRO ASYL 2013).

Aus der Drittstaatenregelung resultiert die ungleiche Verteilung von Flüchtlingen in Europa. Wir möchten betonen, dass die Einstufung der Drittstaaten als sicher nicht zwangsläufig bedeutet, dass keine individuelle Verfolgung aus politischen Gründen dort stattfinden kann. Wer aus einem als sicher eingestuften Land nach Deutschland flieht, muss seine politische Verfolgung nachweisen können. Wie wohl auf den ersten Blick ersichtlich – und augenscheinlich vom Gesetzgeber einkalkuliert –, ist eine derartige Beweissicherung in der Praxis nicht möglich. Der Umstand vor politischer Verfolgung geflohen zu sein, erschwert oder verhindert gar die Möglichkeit der Beweissicherung. Wer flieht, hat in der Regel keine Zeit, Beweise für die politische Verfolgung mitzunehmen. Nach Angaben von *PRO ASYL*, einer Organisation, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzt, wurden 2013

nur 38,5 % der Fälle abgelehnt. 36,7 % der Anträge wurden allerdings gar nicht erst inhaltlich geprüft, etwa weil gemäß der *Dublin-III-Verordnung* eine Rückführung in ein als sicher eingestuftes Land möglich war. Auf Grundlage des Grundgesetzes wird gerade einmal 1,1 % der Geflüchteten Asyl gewährt. Der Rest erhält einen Schutzstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention (12,4 %) oder subsidiären Schutz (11,4 %). Nicht jeder abgelehnte Asylantrag bedeutet, dass die Betroffenen Deutschland verlassen müssen. Wenn sie nicht reisefähig sind, kein Pass für eine Rückkehr vorliegt oder die Situation im Herkunftsland eine Rückreise nicht zulässt, erhalten sie eine sogenannte Duldung bis die Abschiebung möglich ist. Dieser Status bleibt oft über Jahre unverändert (vgl. PRO ASYL 2006). Menschen, die sich in einem laufenden Asylverfahren befinden oder geduldet sind, leben in Deutschland oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Immer wieder berichten Flüchtlinge von erniedrigender Behandlung und rassistischen Bemerkungen bei den Ausländerbehörden und anderen Ämtern.⁹

Neben diesen restriktiven Verfahren auf fassbarer gesetzlicher Basis findet institutioneller Rassismus auch auf weniger klaren Grundlagen statt. Wir wollen die Rolle der europäischen Grenzschutzagentur *Frontex* hervorheben, welche im Graubereich zwischen staatlicher und supranationaler Kompetenzebene arbeitet. So ist die Agentur als Instrument der Abschottungspolitik der Mittelmeeranrainerstaaten zumindest indirekt an der Verhinderung von Einreise beteiligt. Teilweise kommt es dabei zu sogenannten „pushbacks“, also Rückführungen von einreisewilligen Flüchtlingen, ohne dass diese die Möglichkeit erhalten, einen Asylantrag zu stellen. Bekannt werden immer nur Einzelfälle, wie etwa in Malta 2013 (vgl. Dalli 2013). Diese klar als illegal zu bezeichnenden Handlungen wurden direkt von staatlichen Stellen ausgeführt. Auffallend ist zudem, dass die Mitgliedstaaten der EU völlig unzureichend auf die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer reagieren. Die Folge sind unzählige in Seenot geratene Boote (UNHCR 2014c). Statt eine staatliche Seenotrettung zu organisieren, wurden sogar Versuche unternommen, hilfeleistende Fischer wegen Beihilfe zur illegalen Einreise anzuklagen (vgl. Kopp 2011, S. 95ff.).

Der restriktive Umgang mit Geflüchteten verlässt zunehmend die Basis rechtsstaatlicher Errungenschaften. Sowohl die Abschottungspolitik der EU als auch ihrer Mitgliedstaaten toleriert Verletzungen des internationalen Seerechts, des Völkerrechts sowie der im europäischen Recht verankerten Menschenrechtscharta.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

Das *Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)* der Bundesrepublik Deutschland regelt die Höhe und Form von Leistungen, die „hilfebedürftigen“ Asylsuchenden, Geduldeten sowie vollziehbar zur Ausreise verpflichteten „Ausländern“ zusteht.¹⁰ Es trat im Jahr 1993 in Kraft. Das Gesetz definiert eine Personengruppe, die keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen darf, sondern reduzierte Leistungen nach diesem Gesetz beziehen muss. Im Juni 2012 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das Gesetz in Teilen verfassungswidrig sei. Die finanzielle Benachteiligung von Asylsuchenden gegenüber SozialhilfeempfängerInnen hatte zu menschenunwürdigen Verhältnissen geführt. Trotz Preissteigerungen war seit 1993 keine Anpassung der Leistungssätze vorgenommen worden. Die prinzipielle Rechtfertigung dieser Benachteiligung mit dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen wurde abgelehnt (Bundesverfassungsgericht 18. Juli 2012).

Der Fortschritt durch dieses Urteil ist offenkundig: Die Menschenwürde und das damit verbundene Existenzminimum eines Menschen muss auch für Nichtdeutsche gelten. Nach Angaben von *PRO ASYL* erhielten vor dem Urteilsspruch erwachsene Asylsuchende und Geduldete bis zu 38 % geringere Leistungen als es die Regelbedarfssätze des *SGB III/XII* vorgeben. Bei Kindern fielen die Regelsätze sogar bis zu 47 % niedriger aus (vgl. Classen 2011, S. 50).

2014 wurde die Höhe der Leistungen angehoben. Dennoch steht das Gesetz weiterhin in der Kritik. Kirchen, Wohlfahrtsverbände und *PRO ASYL* verurteilen die noch immer bestehende Praxis, Sachleistungen statt Geld auszugeben oder die Tatsache, dass die Leistung für Asylsuchenden weiterhin unter dem Sozialhilfeniveau liegt. Dahingehend

⁹ Verschiedene Flüchtlinge haben uns solche Erlebnisse geschildert, einige Situationen haben wir selbst miterlebt.

¹⁰ Die finanzielle Abhängigkeit ergibt sich automatisch aufgrund der fehlenden Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete.

bewertet *PRO ASYL* den Gesetzesentwurf als dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts widersprechend (PRO ASYL 2014).

Sachleistungsprinzip Verpflegung

Nach Angaben der Bundesregierung sollen Asylsuchende künftig 352,00 Euro erhalten, durchschnittlich 127,00 Euro mehr als vor dem Urteil. Dieser Summe liegt nun eine Berechnung ähnlich der von Hartz IV zugrunde. Prinzipiell hat sich das Festhalten am Sachleistungsprinzip etwa in Form von Gemeinschaftsverpflegung in den Sammelunterkünften nicht geändert. Für Asylsuchende, die außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen leben, können künftig diese Leistungen auch in Bargeld ausgegeben werden. Ob dieser Betrag in Bargeld oder Sachleistungen gewährt wird, liegt noch immer in der Entscheidung des Landkreises. Nicht ausgeschlossen werden damit die in der Vergangenheit möglichen Varianten der Sachleistungsgewährung: Essenspakete, Magazinverpflegung, Warengutscheine für bestimmte Läden, Chipkartensystem, Kantinenverpflegung usw. Jede Variante birgt jedoch eine Reihe von Nachteilen.

In der Vergangenheit waren die Essenspakete oft mangelhaft. Das wenige frische Obst oder Gemüse war nicht selten in einem ungenießbaren Zustand. Außerdem wurden bei der Zusammenstellung der Pakete keine Essensunverträglichkeiten sowie kulturelle oder religiöse Bedürfnisse berücksichtigt. Auch bei der Verpflegung durch einen kleinen Laden (Magazin), der in der Unterkunft für Asylsuchende liegt, hat man nur eine geringe Nahrungsauswahl und muss die übersteuerten Preise hinnehmen.¹¹ Diskriminierung findet ebenso über das System der Warengutscheine oder Chipkarten statt. Asylsuchende können mit diesen Gutscheinen nur in wenigen, festgelegten Geschäften einkaufen. Die Auszahlung von Restgeld ist nicht möglich, und ungenutztes Guthaben verfällt am Ende des Monats. Sogenannte Luxusgüter wie Tabak und Alkohol kann man mit diesen Gutscheinen nicht kaufen.

Der „Asylkompromiss“ vom Oktober 2014 sieht vor, dass der gesetzliche Vorrang von Sachleistungen gegenüber Geldleistungen wegfällt (Bundesregierung 2014). Im Gesetzesentwurf ist festgehalten, dass durch den Übergang vom Sachleistungsprinzip zum Geldleistungsprinzip keine Mehrkosten zu erwarten sind. Damit bestätigt die Bundesregierung, was die Kritiker der Praxis schon lange wussten: Die Versorgung durch das Sachleistungsprinzip ist mit einem zusätzlichen Verwaltungs- und Organisationsaufwand und damit mit Kosten verbunden, die durch Bargeldauszahlung vermieden werden können. In Sachsen hatte sich bereits im Zuge der Kreisgebietsreform 2008 und durch vermehrten Druck der Öffentlichkeit ein Wandel vollzogen.

Unterbringung

In Fragen der Unterbringung schreibt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Ministeriums des Inneren vor, dass der individuelle Wohn- und Schlafbereich nicht weniger als 6 Quadratmeter umfassen und in einem Raum nicht mehr als 5 Personen untergebracht werden. Ebenso soll nach Geschlechtern getrennt werden – kulturelle, religiöse oder konfessionelle Konflikte sollen durch entsprechende Trennungen vermieden werden. Fakt ist aber, dass diese „Soll“-Bestimmungen derart weich formuliert sind, dass bei Überfüllung der Unterkünfte diese Vorgaben schnell gebrochen werden. (Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2009)

Die derzeitige Situation gewährleistet keinen Schutz der Intimsphäre, der Gesundheit und des Wohls der Menschen. Unterschiedliche Lebensrhythmen sowie kulturelle, politische und religiöse Differenzen erschweren den BewohnerInnen das Zusammenleben. Eine langfristige Unterbringung in diesen Unterkünften führt mitunter sogar zu psychischen Krankheiten.¹²

¹¹ Viele der Mängel sind auch darauf zurückzuführen, dass die Landkreise die Sachleistungsversorgung häufig an private Betreiber abgeben, deren Handeln sich naturgemäß vorrangig am Profit orientiert. Dasselbe Problem betrifft die Unterbringung – in privater Hand sind sie auffällig häufiger in einem miserablen Zustand als von den Landkreisen selbst betriebene.

¹² Flüchtlinge, die über mehrere Jahre in Mehrbettzimmern leben müssen, sind keine Seltenheit.

Da die Unterkünfte oft in sehr abgelegenen Gegenden liegen, sind die Wege bis zum nächsten Supermarkt oder zur nächsten Behörde weit. Dies ist eine finanzielle Belastung und führt außerdem zur Ausgrenzung aus der Gesellschaft.

Während sich die Situation in den Unterbringungen im Kompetenzbereich des Landes Sachsen noch einigermaßen erträglich zeigt, ist die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Chemnitz problematisch. Die Einrichtung war in den letzten Jahren teilweise so stark überlastet, dass Geflüchtete in Zelten oder Containern untergebracht werden mussten. AnwohnerInnen wie auch Geflüchtete berichten gerade bei dieser Unterkunft von häufigen Problemen. Kriminalität und teils aggressive Auseinandersetzungen gehören zur täglichen Realität in der überfüllten Unterkunft. Frust über die mangelhafte Lebenssituation, unzureichende Unterhaltungsangebote, die fehlende Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen usw. führt zu vielfältigen negativen Reaktionen. Der dadurch entstehende Eindruck auf AnwohnerInnen bestätigt wiederum deren rassistische Vorurteile.

Die Nachbarschaft äußert ihren Unmut und ist gefährlich empfänglich geworden für rechtspopulistische und neonazistische Aktivitäten gegen die Unterkunft. Auch wenn eine Pogromstimmung wie Anfang der 1990er Jahre bislang ausgeblieben ist, zeigt sich in eine aggressive Atmosphäre – nicht nur in Sachsen. 2014 gab es in Deutschland 260 registrierte rechte Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte, wie aus der von *PROASYL* und der *Amadeu Antonio Stiftung* geschaffenen Chronik hervorgeht. Es gab 89 Sachbeschädigungen an Unterkünften und 34 Brandanschläge (Mut gegen rechte Gewalt 2014).

Medizinische Versorgung

Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren. Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist. (§ 4 AsylbLG)

Das *AsylbLG* regelt auch die medizinische Versorgung. Asylsuchende sind nicht gesetzlich krankenversichert, die medizinische Versorgung wird durch das Sozialamt gewährleistet. Bevor ein Flüchtling zum Arzt gehen darf, benötigt er oder sie vom Sozialamt einen Krankenschein. Das bedeutet zum einen, dass Erkrankte erst den oft weiten und teuren Weg zur Behörde auf sich und nicht selten eine Wartezeit (von zum Teil Wochen oder gar Monaten) in Kauf nehmen müssen, bis der Gang zum Arzt genehmigt wird. Zum anderen liegt es in der Hand der dort angestellten MitarbeiterInnen, ob sie den Krankenschein überhaupt ausstellen oder nicht. Nicht medizinisches Fachpersonal, sondern VerwaltungsbeamtlInnen entscheiden hier über den Zustand des oder der Erkrankten, wobei sie eine medizinische Versorgung auch nur bei bestimmten Voraussetzungen gewähren dürfen – vor allem bei akuten Erkrankungen und Schmerzen. Bei chronischen Erkrankungen besteht kein genereller Leistungsanspruch. Des Weiteren dürfen zwar Leistungen zur Genesung, Besserung oder Linderung von Krankheiten sowie bei Schwangerschaft und Geburt beansprucht werden, doch weisen die gesetzlichen Formulierungen einen großen Spielraum in der Entscheidungsbefugnis der Behörden auf, der nicht selten dazu führt, dass den Betroffenen die Behandlung verwehrt bleibt (vgl. § 4 AsylbLG).¹³

Der Gang zum Zahnarzt ist auch für Mitglieder einer gesetzlichen Krankenversicherung sicherlich nicht unbedingt angenehm. Für Geflüchtete bedeutete er unter Umständen jedoch einen langwierigen Kampf um Zahnersatz. In den meisten Fällen wird der schmerzende Zahn kurzerhand gezogen.

¹³ Ein Symptom dieser Umstände sind auch die sich in den letzten Jahren verstärkt herausbildenden Medinetze, in denen ÄrztInnen und MedizinstudentInnen versuchen, die staatlichen Versäumnisse aufzufangen und Flüchtlingen und MigrantInnen eine medizinische Mindestversorgung zu gewährleisten (vgl. z. B. Medinetz Dresden e. V. o. J.).

Residenzpflicht

Eine weitere gesetzliche Regelung, in der institutioneller Rassismus sichtbar wird, ist die Residenzpflicht. Diese verbietet den Asylsuchenden, sich außerhalb des von der zuständigen Ausländerbehörde festgelegten Bereichs zu bewegen. In Sachsen ist die Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden auf die ehemaligen Bezirksgebiete beschränkt. Menschen mit Duldung können sich in der Regel zumindest im ganzen Bundesland frei bewegen. Mit dem im Herbst 2014 geschaffenen Kompromiss zwischen schwarz-roter Bundesregierung und dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmar ist die Residenzpflicht auf die ersten drei Monate begrenzt. Bei einem Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz oder bei einer drohenden Abschiebung kann die Residenzpflicht jedoch individuell wieder eingeführt werden.

Konkret bedeutet Residenzpflicht: Für das Verlassen des festgelegten Bereichs muss im Vorfeld schriftlich eine Genehmigung beantragt und erteilt werden. Diese Verlassenserlaubnis (in Form eines Urlaubsscheins) wird von den Behörden jedoch häufig abgelehnt; Gründe müssen dafür nicht angeführt werden. Das einmalige Verlassen des Landkreises ohne amtliche Genehmigung gilt als Ordnungswidrigkeit und wird mit einem Bußgeld geahndet. Der wiederholte Verstoß gegen die Residenzpflicht hat Straftatbestand und zieht eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder eine entsprechend hohe Geldstrafe nach sich. Genau genommen handelt es sich hierbei um ein Sonderstrafrecht für Flüchtlinge. Europaweit einmalig findet diese Regelung nur in Deutschland Anwendung. Die Residenzpflicht ist eine massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Spontane Besuche von Freunden, Familien oder der Ausflug in eine andere Stadt sind auf legalem Weg nicht möglich.

Arbeit und Bildung für Asylsuchende und Geduldete

„Arbeit zuerst für Deutsche!“ Dieser rechtspopulistische Satz prägte über Jahrzehnte hinweg die deutsche Asylpolitik. Inzwischen ist eine gewisse Abkehr von der Ausschluss- und Diskriminierungspraxis feststellbar. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde vornehmlich wegen des Fachkräftemangels erleichtert. Statt einem Arbeitsverbot von neun Monaten gilt heute nur noch ein dreimonatiges Arbeitsverbot. Die Vorrangprüfung, das heißt die Prüfung ob „bevorrechtigte ArbeitnehmerInnen“ für die Stelle zu finden sind, soll nach einer Aufenthaltszeit von 15 Monaten wegfallen (vgl. Bundesregierung 2014)

Auch wenn diese Entwicklung für die Betroffenen selbst positiv ist, kommt dadurch leider dennoch der Nützlichkeitsrassismus zum Vorschein. Nach drei Jahren wird erneut entschieden, ob der erleichterte Zugang zum Arbeitsmarkt für ArbeitnehmerInnen erhalten bleibt. Bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation wird die Diskriminierung von Asylsuchenden wieder eingeführt. Auch in der Vergangenheit hat es bereits Änderungen gegeben, um den Arbeitsmarktzugang zu erleichtern oder zu erschweren. Im Kern handelt es sich bei dem 2014 getroffenen Kompromiss um keine prinzipielle Abkehr von der altbekannten Praxis. Wirklich aufgehoben ist „Arbeit zuerst für Deutsche“ also noch nicht.

Und auch im Bildungsbereich werden Flüchtlinge in Deutschland benachteiligt. Ein Recht auf Sprachkurse besteht nicht, und so werden diese allenfalls von gemeinnützigen Initiativen angeboten, die nur einen Bruchteil des Bedarfs abdecken können. Fast schon zynisch mutet es da an, dass Behörden und Gesetzgeber immer wieder die fehlende sprachliche Integration von Asylsuchenden und Geduldeten bemängeln.

Nicht in allen Bundesländern besteht für asylsuchende oder geduldete Kinder und Jugendliche ein Anspruch auf einen Schulplatz. Wird eine Beschulung von Flüchtlingen allerdings verzögert oder gar ganz unterlassen, sind die Bildungschancen dieser Menschen erheblich reduziert, und ihnen ist eine wesentliche Chance zur Partizipation am und Integration in den gesellschaftlichen Alltag genommen. Auch die bei jugendlichen Flüchtlingen geringe Aussicht auf einen Ausbildungsplatz ist eine Folge ihrer umfassenden Marginalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Institutioneller Rassismus ist sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene ein massives Problem. Da er

per Gesetz legitimiert ist, wird er nur selten hinterfragt. Der Kampf gegen Rassismus darf sich daher nicht nur auf die Einstellungen und Handlungen der deutschen Bevölkerung und auf die Zerschlagung von Neonazistrukturen begrenzen, sondern muss darüber hinaus einerseits den Fokus auf die kritische Analyse der deutschen und europäischen Gesetzgebung legen und andererseits die direkte Unterstützung, Solidarität und den Schutz von Flüchtlingen anstreben.

3 Organisierte Neonazis und die Neue Rechte in Chemnitz

Wie wir anhand der Studien im vorangegangenen Kapitel gezeigt haben, lassen sich weder die genaue Entstehung noch die Ursachen des Phänomens „Rechtsextremismus“ wissenschaftlich hinreichend erklären. Vor allem hinsichtlich der Einflussfaktoren für die in der breiten Gesellschaft vorhandenen Einstellungen sind die Untersuchungsergebnisse divers. Weitestgehende Einigkeit herrscht indes darüber, dass gesellschaftlich als „salonfähig“ geltende Einstellungen eine unterstützende (oder eben verhindernde) Wirkung auf die Bildung und Etablierung organisierter, neonazistischer Strukturen haben. Dies deckt sich auch mit den Erfahrungen des *Kulturbüro Sachsens e. V.*, nach denen

[...] die Stärke oder Schwäche neonazistischer Strukturen [...] eng verknüpft [ist] mit dem Vorhandensein einer funktionierenden demokratischen Bürger- und Zivilgesellschaft: Neonazis sind dort besonders stark verankert, wo Demokrat_Innen schwach sind und den Neonazis nur wenig widersprochen wird. (Nattke 2011, S. 59)

Abb. 8: Strukturelle Ebenen eines menschen- und demokratiefeindlichen Phänomens.



Abbildung 8¹ veranschaulicht diesen Sachverhalt: So verweist das Einstellungs- und Wählerpotential in einer Gesellschaft zum einen auf ihren Grad an Menschen- und Demokratiefeindlichkeit (bzw. an „rechtsextremen“ Gesinnungen), zum anderen bildet es das Fundament, von der aus sich sowohl die Ideologien als auch die Organisationsstrukturen verdichten. Erst auf Basis der untersten, gesamtgesellschaftlichen Ebene kann sich demnach ein subkulturelles Milieu herausbilden und verfestigen. Die Spitze dieser strukturellen Ebenen bilden Neonazis in Kameradschaften, Organisationen und Parteien. Um das Funktionieren der Neonaziszene und das Umfeld der Neuen Rechten zu verstehen, ist es wichtig, ihre Organisationen und Beziehungen zueinander sowie die sich ähnelnden Strategien zu dokumentieren

¹ Quelle: Kulturbüro Sachsen e. V. (o. J.; Originaltitel der Grafik: „Strukturelle Ebenen des Rechtsextremismus“. Einer Veränderung des Titels für den vorliegenden Text hat der Verein zugestimmt.)

und zu analysieren. Dies hilft, die Verbindungen zu anderen Städten, Gemeinden, Gruppierungen und über die Grenzen Deutschlands hinweg zu erkennen. Zudem ist es unerlässlich, um die personelle wie organisatorische Stärke der Neonaziszene und der Neuen Rechten und damit ihre Wirkung auf die Gesellschaft einschätzen und gegebenenfalls intervenieren zu können. Nach einem kurzen Blick auf Sachsen widmen wir uns deshalb in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich den Entwicklungen in Chemnitz und Umgebung. Dabei werden wir uns an den oberen drei Ebenen der Abbildung 6 orientieren, also konkret auf die Organisationsformen und Themenschwerpunkte der Neonazis sowie der Neuen Rechte eingehen.

Sachsen gilt als eine der Hochburgen der neonazistischen Szene Deutschlands (vgl. Bringt 2009, S. 163). Diese Tatsache wurde, ebenso wie die belegten Zahlen über den großen Anteil rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung, lange Zeit ignoriert (vgl. Nattke 2011). Die kontinuierliche Entwicklung der organisierten Neonazis und der Neuen Rechten, die nicht erst mit der Wiedervereinigung begann, zeigt sich sowohl in den drei großen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz als auch in ländlichen Regionen wie dem Landkreis Leipziger Land, Nordsachsen oder Mittelsachsen. Die Aktivitäten der Neonazis konzentrieren sich dabei auf Konzerte, Demonstrationen und gewalttätige Übergriffe auf Andersdenkende und MigrantInnen (223 im Jahr 2013).² Von den im Jahr 2013 vom Verfassungsschutz gezählten 2.500 organisierten rechten Personen werden ca. 980 den Kameradschaften und Freien Kräften zugeordnet (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014). Diese zumeist jugend-subkulturellen Strukturen, deren AnhängerInnen sich zunehmend lose organisieren und politisieren, nehmen im Vergleich zur NPD und der JN (Junge Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD) eine immer stärkere Bedeutung ein. Inwieweit sich diese Entwicklung auch typisch für Chemnitz zeigt, ist ein Aspekt der nun folgenden Analyse der Chemnitzer Verhältnisse.

3.1 Nationale Sozialisten Chemnitz (NSC)

Unter Kameradschaften und *Freien Kräften* sind Gruppen und Personen zu verstehen, die in nichtparteilichen Zusammenhängen nach einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus streben. Bis ins Jahr 2008 gab es in Chemnitz sieben aktive Kameradschaften und lose Personenzusammenschlüsse aus der Szene der *Freien Kräfte*. Die Bedeutung der einzelnen Chemnitzer Kameradschaften lässt sich anhand ihrer Aktivitäten beurteilen. Zu den Gruppen, die nicht öffentlichkeitswirksam aktiv sind, gehören die *Schutzstaffel Chemnitz*, die 2007 als Nachfolger eines aufgelösten Kreisverbandes der JN gegründet wurde, sowie die *Nationale Front Chemnitz* und die Gruppe *Sunny*. Die Kameradschaft *Heckcoast* trat hauptsächlich im Rahmen von Onlinespielen auf, sie hat nur eine marginale Öffentlichkeitswirkung oder ist mittlerweile inaktiv (vgl. Sächsischer Landtag 2008). In der Chemnitzer Kameradschaftsszene sticht vor allem der Personenkreis der 2014 verbotenen *Nationalen Sozialisten Chemnitz (NSC)* mit Aktivitäten hervor.

Gründung der NSC

Gegründet wurden die *NSC* 2001 unter dem Namen *Kameradschaft Grün/Weiß*, deren Mitglieder wiederum 2002 den Verein *Heimatschutz Chemnitz e. V.* bildeten. Dieser wurde drei Jahre später aufgelöst und in die heute verbotenen *Nationalen Sozialisten Chemnitz* überführt. 2007 schloss sich die bis dahin eigenständige Kameradschaft *Offensive-C* den *NSC* an, wodurch diese weiter an Mitgliedern gewinnen konnten.

Die *NSC* zeigen teilweise auch nach ihrem Verbot ihre Aktivität vor allem durch Auftritte auf zahlreichen Demonstrationen und der Organisation und Durchführung von Vorträgen. Das hebt sie von allen übrigen Kameradschaften und losen Personenzusammenschlüssen ab, bei denen davon auszugehen ist, dass sie in der organisierten und überregional

² Die Zahlen beziehen sich auf die Statistiken des *RAA Sachsen e. V.* aus dem Jahr 2010 (vgl. Nattke 2011, S. 48).

vernetzten Neonaziszene kaum bis keine Bedeutung haben. Von 2007 bis zu ihrem Verbot betrieben die *NSC* eine Internetseite und gaben ein Printmedium (*Freies Chemnitz*) heraus.

Freies Netz

Zwei Jahre nach ihrer Gründung schlossen sich die *NSC* mit dem in Sachsen und Umgebung agierenden *Freien Netz (FN)* zusammen. Das *FN* war ein Zusammenschluss von Kameradschaften aus unterschiedlichen Regionen, der der Vernetzung und einem gemeinsamen Auftreten im Internet oder auf Demonstrationen dienen soll. Ab 2007 traten nahezu alle dem *FN* angehörigen Gruppen unter dieser Bezeichnung auf, gefolgt vom jeweiligen Ortsnamen (z. B. *Freies Netz Chemnitz*). In der Zeit seines Bestehens wurde eine Vielzahl an neonazistischen Demonstrationen und Kundgebungen ausgerichtet, zum Teil mehrere in einem Monat.

Der gemeinsame Auftritt unter dem Label *Freies Netz* fand im Jahr 2009 aus nicht bekannten Gründen ein abruptes Ende. Fast alle Gruppen benannten sich kurz darauf (wieder) um. Augenfällig wurde dies im Internet: das *Freie Netz Chemnitz* z. B. hieß dort ab sofort *Chemnitz Infos*.

Die personellen Verbindungen innerhalb des *FN* wurden allerdings nie aufgelöst, und noch immer findet eine rege Zusammenarbeit Freier Nationalisten aus Sachsen und Umgebung statt. Die Websites der *NSC* und anderer ehemaliger Gruppen des *FN* sind mittlerweile komplett gelöscht, gesperrt oder inaktiv. Teilweise betreiben die Gruppen heute *Facebook*-Seiten.

Verbot

Am 28. März 2014 wurden die *Nationalen Sozialisten Chemnitz* vom Sächsischen Innenministerium als verfassungsfeindlich verboten. Bei allen im 56-seitigen Verbotsbescheid genannten Kernmitgliedern wurden Razzien durchgeführt und die beschlagnahmten Devotionalien bei einer Pressekonferenz präsentiert. Das Dokument zeigt Einblicke in den straffen Kameradschaftsalltag. Neben verbindlichen Treffen, die zweimal in der Woche stattfanden, mussten die Mitglieder bestimmte Aufgaben übernehmen und 15,00 Euro im Monat an die Organisation bezahlen.

Ein Grund für das Verbot war die Erkenntnis, dass die *NSC* sich mindestens zweimal zu Gewalttaten gegen Nichtdeutsche verabredet hatten. Hierbei wurde jeweils in „einer bestimmten Gaststätte“ angerufen, um Kameraden zu mobilisieren und somit eine Übermacht im Kampf sicherstellen zu können. Neben Kampfsport trainierten Mitglieder der *NSC* den Umgang mit Schusswaffen. Das Schießtraining wurde als „eine durchaus lohnenswerte Investition“ bezeichnet, ein Mitglied beantragte darüber hinaus 2013 Waffenbesitzkarten zum Kauf von zwei großkalibrigen Kurz Waffen und Munition. Das Sächsische Innenministerium bewertete diese Vorgänge besonders vor dem Hintergrund als gefährlich, dass eine Führungsperson der *NSC* zum Umgang mit Asylsuchenden geordert habe, man solle „dieses Viehzeug dort oben einfach abknallen“ (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014a).

Als Reaktion auf das Verbot konnte man auf *Facebook* eine große Unsicherheit innerhalb der Szene beobachten. Während die *NPD* sich in Windeseile von der Kameradschaft distanzierte, schimpften *NSC*-Mitglieder über die Partei und riefen dazu auf, sich über das Verbot hinwegzusetzen (vgl. Grunert 2014).

Dem Verbot zum Trotz nehmen die *NSC* noch immer – teilweise auch gemeinsam – an neonazistischen Aufmärschen teil, weshalb wir sie auch weiterhin mit ihrem Kameradschaftsnamen bezeichnen. In Chemnitz gehen sie dabei vorsichtiger vor als in anderen Städten. Sie teilen sich auf oder begleiten Demonstrationen als vermeintliche BeobachterInnen.

Beschlagnahmen

Im Zuge der Razzien am 28. März 2014 wurden zahlreiche Propagandamaterialien, aber auch Diebesgut und strafrechtlich relevante Gegenstände gefunden. Dazu zählen volksverhetzende Bild- und Tonträger, Waffen, eine gestohlene

Uniform und Plakate, die der Studierendenrat der *TU Chemnitz* zu einer antifaschistischen Demonstration am 5. März aufgehängt hatte. Diese waren über Nacht verschwunden, wurden offensichtlich von *NSC*-Mitgliedern entwendet und in ihrem *Nationalen Zentrum* auf der Markersdorfer Straße eingelagert. Der wohl interessanteste Fund wurde bei Anführer Maik Arnold mit einer CD gemacht, die Hinweise auf eine mögliche Verbindung zum *Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)* enthält.

NSC und NSU – Verdächtige Zusammenhänge

Die bei Maik Arnold beschlagnahmte CD enthielt anscheinend einen Ordner, der auch auf einem Datenträger einer Gruppe namens *NSU/NSDAP* zu finden war. Diesen Datenträger wiederum hatte wohl der ehemalige V-Mann Thomas Richter alias *Corelli* bereits sechs Jahre vor dem Auffliegen des *NSU* dem *Bundesamt für Verfassungsschutz* übergeben. *Corelli* verstarb vor seiner Vernehmung an den Folgen einer nicht diagnostizierten Diabetes-Erkrankung (vgl. Baumgärtner 2014).

Arnold ist allerdings nicht die einzige Person aus dem Umfeld der *NSC*, die im Zuge von Ermittlungen und Berichterstattung zum *NSU* genannt werden. Als weiterer *NSC*-Anführer hatte Eric Fröhlich nachweislich Kontakt zum *NSU*-Mitangeklagten Ralf Wohlleben. Fröhlich nahm außerdem im Jahr 2000 an einer Wanderung der *Weißten Bruderschaft Erzgebirge* teil, unter deren Mitgliedern sich die Zwillingbrüder André und Maik Eminger fanden. André, der Fröhlich in seinem Handy-Telefonbuch führte, sitzt heute auf der Anklagebank in München, Maik soll selbst zwei Jahre Mitglied der *NSC* gewesen sein. André flüchtete nach dem Auffliegen des *NSU* zu seinem Bruder nach Brandenburg.

Eine weitere Person aus dem Umfeld der *NSC*, die im Zusammenhang mit den *NSU*-Ermittlungen auffiel, ist Ralph H. Er war Schriftführer des *NSC*-Vorgängervereins *Heimatschutz Chemnitz e. V.*, seinen Personalausweis fand man in der Asche der explodierten *NSU*-Wohnung in der Zwickauer Frühlingsstraße.

Publikationen

In den Jahren 2007 und 2008 brachten die *NSC* ein Blatt namens *Chemnitzer Volksanzeiger* heraus. Öffentlich war diese Publikation allerdings nie wahrnehmbar. Auf Pressefotos von der Präsentation der sichergestellten Materialien bei der Razzia im März 2014 ist eine Ausgabe dieses Blattes zu erkennen. Seit April 2009 kursierte ein neues, sogenanntes Fanzine mit dem Namen *Freies Chemnitz*. Es ist keiner Gruppierung eindeutig zuzuordnen, allerdings befindet sich das Bild einer verummten Gruppe mit dem Transparent der *NSC* auf der Titelseite der ersten Ausgabe. Das Blatt beinhaltet fast ausschließlich Erlebnisberichte von Aktionen, an denen die *NSC* beteiligt waren. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Autorenkreis den *NSC* zumindest nahesteht. Mittlerweile werden anscheinend keine neuen Ausgaben mehr veröffentlicht. Bereits lange vor dem *NSC*-Verbot war von keinen Printveröffentlichungen der Kameradschaft mehr zu hören.

Im Internet eröffneten die *NSC* nach und nach verschiedene Web- und *Facebook*-Seiten. Nachdem man nicht mehr unter dem Namen Freies Netz auftreten wollte, wurde eine Domain namens *Chemnitz-Infos* in Betrieb genommen. Später folgte *mauerbluemchen.org* als Plattform. Anfang Januar 2014 startete die Internetpräsenz *Aktionsgruppe Chemnitz*, die offensichtlich einen Bezug zu den *NSC* hatte. Die Seite teilte größtenteils bereits veröffentlichte Artikel anderer neonazistischer Web- und *Facebook*-Seiten. Der mutmaßliche Betreiber der Seite trat bisher noch nicht in Zusammenhang mit Aktivitäten der *NSC* in Erscheinung.

Mit der Kampagne *Raus in die Zukunft* warb die Kameradschaft bei *Facebook* und führte mehrere Kundgebungen zu unterschiedlichen neonazistischen Themen durch. Die *Facebook*-Seite *Mein Chemnitz* wird anscheinend ebenfalls von einer Person aus dem Umkreis der *NSC* verwaltet. Mit Informationen zur Stadtgeschichte und aktuellen Ereignissen wird hier versucht, Gefällt-mir-Angaben aus der breiten Bevölkerung zu gewinnen. Immer öfter werden auf der Seite rassistische Beiträge veröffentlicht, die häufig nahezu deckungsgleich mit denen der „Bürgerinitiative“ *Sicherheit in*

Chemnitz – Wir für Ebersdorf sind.

Zur Mobilisierung für den jährlichen Aufmarsch am 5. März nutzen die NSC unter dem Namen *IG Chemnitzer Stadtgeschichte* auch die Domains *gedenken-chemnitz.de* und *5maerz.de*, welche ebenfalls nach dem Bescheid von 28. März 2014 gelöscht werden mussten. In der Vergangenheit zeichnete die Gruppe verantwortlich für Mobilisierungstexte und theoretische Vorarbeit, während wir heute davon ausgehen können, dass sie lediglich als Pseudonym der *NSC* für den 5. März auftrat (siehe Kapitel 5.1).

Abb. 9: Neonazis mit Banner „Raus in die Zukunft“ am 17. Juni 2013 in Chemnitz



Treffpunkte

Die *NSC* veranstalten regelmäßige Kameradschaftsabende. Dafür wurde seit November 2011 das *Nationale Zentrum* an der Markersdorfer Str. 40 in Chemnitz genutzt. Über mehrere Jahre diente eine Gewerbeeinheit in der Straßburger Straße 32 im Stadtteil Altchemnitz als Treffpunkt, bis der Rechtsrockhändler Yves Rahmel das Haus im Stadtteil Markersdorf kaufte und Neonazigruppen zur Verfügung stellte. Die Veranstaltungen in der ehemaligen Gaststätte – hauptsächlich Vorträge und (Liedermacher-)Konzerte wurden intern beworben und nur selten der Öffentlichkeit bekannt. Nachdem Dr. Olaf Rose (NPD) einen Vortrag über die *Kontinuität amerikanischer Besatzungspolitik in der Welt* zur Eröffnung gehalten hatte, fanden beispielsweise Vorträge des mittlerweile verurteilten Betreibers des Neonazi-Internetportals *Altermedia*, Axel Möller, ein Vortrag zu den *Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Menschen* und mehrere Konzerte statt, darunter mindestens eines zugunsten strafrechtlich verurteilter Neonazis (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014a).

Abzuwarten bleibt, inwieweit damit zukünftige Veranstaltungen möglicherweise einer breiteren Öffentlichkeit angeboten werden. Bisher war es üblich, neonazistische Saalveranstaltungen ausschließlich über persönliche Einladungen und Infotelefonnummern zu verbreiten. Den BesucherInnen wurde der Veranstaltungsort meist nicht direkt mitgeteilt, stattdessen gelangten sie über einen „Schleusungspunkt“ zur eigentlichen Veranstaltung.

Neben Gruppentreffen fand hier ein dreitägiges Seminar zum *Tiroler Freiheitskampf*³ und eine Mobilisierungsveranstaltung für den alljährlichen NS-„*Trauermarsch*“ im niedersächsischen Bad Nenndorf statt. Laut Angaben der Veranstalter besuchen über 50 Menschen solche Saalveranstaltungen. Ihrem Verbotsbescheid zufolge entspricht dies dem maximal geschätzten Personenpotential der *NSC*.

Die NSC als Verbindung unterschiedlicher NS-Ausrichtungen

Während in den vergangenen Jahren die *Nationalen Sozialisten Chemnitz* auf Versammlungen ein im Stil der *Autonomen Nationalisten* militant und jugend-subkulturell geprägtes Erscheinungsbild abgaben, dienten die Internetportale *Freies Netz Chemnitz* und *Chemnitz Infos* immer wieder als Veröffentlichungsplattform sogenannter „völkischer“ Kreise. Hierbei handelt es sich um FaschistInnen, die vor allem durch einen stark volkstümlich geprägten Lebens- und Kleidungsstil auffallen. Ihre Aktionsformen unterscheiden sich wesentlich von denen herkömmlicher Kameradschaften. Sie nehmen nur selten an Demonstrationen teil. Stattdessen führen sie häufig Veranstaltungen durch, die stark familiär geprägt sind. Ziel ist die Stärkung der eigenen nationalsozialistischen Identität. Zumeist meiden völkische Gruppierungen die Öffentlichkeit und sind bemüht, ihre Veranstaltungen nur intern zu bewerben.

Ein Beispiel ist der *Volkstanzkreis Chemnitz* mit Mitgliedern hauptsächlich aus Chemnitz und Umgebung. Er organisiert auf einem Vierseitenhof im Lunzenauer Ortsteil Cossen, nördlich von Chemnitz, in unregelmäßigen Abständen volkstümliche Veranstaltungen. Hierzu gehören Volkstanzveranstaltungen genauso wie „Ostara-“ (Ostern) oder „Maifeiern“ (vgl. Röpke/Baumgärtner 2009).

Die völkische *Wandergruppe Heimatland* organisierte vor allem in den Jahren 2010 und 2011 Wanderungen und Reisen. Sie betrieb auf dem Internetauftritt der *JN Chemnitz* eine eigene Unterseite. Wir gehen davon aus, dass sie von führenden Mitgliedern der Chemnitzer *JN* geleitet wurde.

Konspiration in der Chefetage

Ihr konspiratives Gebaren, besonders in der Führung, unterschied die *NSC* von den meisten anderen Kameradschaften. Während etwa Kameradschaftsführer in Dresden und Leipzig die Öffentlichkeit nur wenig scheuen und häufig als Anmelder von Demonstrationen auftreten, blieben die Chemnitzer Führungskader fast gänzlich im Hintergrund.

Im Verbotsbescheid der *NSC*, der kurz nach dem Verbot aus Behördenkreisen leakte, wird neben den Veranstaltungen, Straftaten und der Organisationsstruktur auch die Führungsriege der *NSC* beleuchtet. Laut dem Sächsischen Innenministerium verfügte die Gruppe über drei Anführer, die mit unterschiedlichen Teilbereichen betraut waren. Maik Arnold habe die Kameradschaft nach außen hin als organisatorischer Leiter repräsentiert. Er hielt Reden und meldete mehrere Versammlungen an, außerdem zeichnete er presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt, das für die *NSC*-Kampagne *Raus in die Zukunft* warb.

Erst nachdem Maik Arnolds Name durch Recherchen an die Öffentlichkeit gelangte, machte er aus seiner Identität und seiner Funktion keinen Hehl mehr und trat auch unter seinem Klarnamen als Redner bei öffentlichen Versammlungen auf. Über viele Jahre war Arnold immer wieder mit Megafon vor dem *NSC*-Block zu sehen. Außerdem trat er zuweilen als Ordner bei größeren neonazistischen Versammlungen auf, wie dem gescheiterten Aufmarsch am 17. Oktober 2009 in Leipzig.

Zur Führungsriege der Kameradschaft zählen neben Maik Arnold auch Sandra Bendel und Eric Fröhlich. Bendel sei „für die innere Organisation“ zuständig gewesen. Sie war genau wie Arnold seit Jahren auf zahlreichen Aufmärschen zu sehen, ob regional oder bei größeren bundesweiten Veranstaltungen. Eric Fröhlich sei laut dem Bescheid in der *NSC*-Publikation *Chemnitzer Volksanzeiger* trotz seiner Öffentlichkeits scheu als „Sprachrohr der Nationalen Sozialisten Chemnitz“ bezeichnet worden. Er hielt mehrere Reden bei internen Saalveranstaltungen und verfügt vor allem auf-

³ Zum „Tiroler Freiheitskampf“ vgl. Rienäcker o. J.

grund seines theoretischen Wissens in der Szene über einen guten Ruf. Fröhlich war darüber hinaus schon länger dafür bekannt, Managerfunktionen der Kameradschaft zu übernehmen. Nachweislich betreute er für interne Zusammenkünfte die Infotelefonnummer und mobilisierte wiederholt per E-Mail z. B. zu Vorträgen von ZeitzeugInnen.

Weitere Personen, die in der Vergangenheit zentrale Rollen in der Kameradschaft einnahmen, waren Benedikt Kaiser und Patrick Fischer, die beide für ihr Studium nach Chemnitz gezogen waren. Kaiser bewegte sich zunächst im radikalen Kameradschaftsumfeld, wand sich später aber mehr und mehr der Neuen Rechten zu. Die Kontakte in die Szene brachen allerdings nie ab. Im Dezember 2009 veröffentlichte Kaiser zusammen mit dem Chefredakteur der neurechten Zeitschrift *Sezession*, Götz Kubitschek aus Schnellroda in Sachsen-Anhalt, den Artikel *Gewalt gegen Deutsche – Auswahl 2009* (vgl. Kaiser/Kubitschek 2009). Im Spätherbst 2010 publizierte Kaiser seine Bachelorarbeit als Buch beim rechtsgerichteten *Regin-Verlag* mit dem Titel *Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz – Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu la Rochelle* (Kaiser 2010). Zusammen mit Eric Fröhlich schrieb er das Buch *Phänomen Inselfaschismus: Die britischen Blackshirts und die irischen Blueshirts*. Ursprünglich sollte es bereits Anfang 2012 erscheinen, schließlich kam es 2013 auf den Markt (Fröhlich/Kaiser 2013). Patrick Fischer fiel vor seinem Umzug nach Leipzig als gewalttätiger Fußballfan des *1. FC Lok Leipzig* und als führende Figur beim Freien Netz auf. Er hielt häufig Reden auf neonazistischen Veranstaltungen und war Anmelder der Website *mauerbluemchen.org*, die eine Zeit lang als Veröffentlichungsplattform der *NSC* galt. Ende 2012 wurde die Seite eingestellt und Fischer verschwand weitgehend von der Bildfläche. Zuvor war er wiederholt durch kritische Beiträge auch seinem rechten Umfeld, speziell aber der *NPD* gegenüber, aufgefallen. Im Juli 2013 wurde eine *Facebook*-Seite unter dem Namen *Mauerblümchen Chemnitz* veröffentlicht, wo, wie zuvor auf der Website, auf subtile Art und Weise rechte Propaganda verbreitet wurde. Einen Hauptinhalt der *Facebook*-Seite stellten „Kunst“-Aktionen im Chemnitzer Stadtgebiet dar. Im *NSC*-Verbotsbescheid wird *Mauerblümchen* explizit als *NSC*-Organ genannt und darf somit wie die anderen Plattformen der Kameradschaft seit dem 28. März 2014 nicht mehr betrieben werden.

Rekrutierung aus dem Fußballumfeld

Der Nachwuchs der *NSC* stammt zu großen Teilen aus dem Ultra- und Hooliganumfeld des *Chemnitzer FC (CFC)*. Bedeutsam ist hier vor allem die offen nationalistisch ausgerichtete Gruppe *Chemnitzer New Society (NS-Boys)*. Der *NSC*-Verbotsbescheid bestätigte das Offensichtliche: Große Teile der Kameradschaft waren ebenfalls Mitglied der *NS-Boys*. So wurde auch die Zaunfahne der Gruppe während der Hausdurchsuchungen beschlagnahmt. Wie Gründungsmitglied Nino Hänselmann 2006 in einem Interview mit dem Fußballmagazin *RUND* sagte, haben sich die *NS-Boys* die *HooNaRa* zum Vorbild genommen (vgl. Dobbert/Ruf 2007). *HooNaRa* ist die Abkürzung für *Hooligans – Nazis – Rassisten*. Die Gruppierung wurde in den 1990er von Thomas Haller, dem damaligen Inhaber der *Haller Security*, gegründet. Mittlerweile ist die *HooNaRa* inaktiv, die Mitglieder sind älter geworden und haben sich ins Familienleben zurückgezogen. „Eigentlich gibt es *HooNaRa* nicht mehr, andererseits sind wir in einer halben Stunde da“, sagte Haller im gleichen Interview.

Das Sächsische Innenministerium kommt da zu einer anderen Einschätzung: In der Antwort auf eine kleine Anfrage der *Linken* im Sächsischen Landtag im Februar 2013 heißt es, die *HooNaRa* treten regelmäßig bei „rechtsextremistischen Veranstaltungen der neonationalsozialistischen und subkulturellen Szene im Raum Chemnitz in Erscheinung“. Ihre Größe wird dabei auf 20 bis 30 Personen geschätzt. Zur gleichen Einschätzung kommt das Ministerium zu den *NS-Boys* (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014).

Darüber hinaus gibt es einige an sich unpolitische Fangruppierungen, bei denen vereinzelt KameradschaftsaktivistInnen mitwirken. Junge Fußballfans kommen auf diese Weise sehr früh in Kontakt mit neonazistischem Gedankengut. Eine kritische Haltung zu fremdenfeindlichen Einstellungen wird in der Chemnitzer Fanszene nur von wenigen Personen zu vermitteln versucht. Durch gemeinsame Reisen zu Auswärtsspielen und öffentlichkeitswirksame, von anderen

Fans zumindest geduldete NS-verherrlichende Stadionchoreografien wird die Nähe zum Nationalsozialismus mit dem Entstehen für den Verein, Gruppenzusammenhalt und dem Reiz rechtlicher Grenzbereiche verbunden. Beispielhaft sind hier rote Fahnen mit weißem Kreis (Nationalflagge des Dritten Reiches mit fehlendem Hakenkreuz) im April 2006 während eines Auswärtsspiels bei dem als linksalternativ geltenden *FC St. Pauli* oder das Transparent „Chemnitzer Fußballclub – Deutsche Jugend – Ehre, wem Ehre gebührt“. Auch das seit 2014 wiederholte Auftreten der *NS-Boys* im Stadion kann als gezielte Provokation gewertet werden. Da anscheinend keine Sanktionen folgten, geht die Gruppe stellenweise weiter in die Offensive wie am 10. August 2014 in Köln, als sie während eines Spiels gegen *Fortuna Köln* eine schwarz-weiß-rote Fahne zusammen mit einer Palästina-Fahne an den Zaun hängten. Die *NS-Boys* haben seit Anfang 2006 Stadionverbot, halten ihre Aktivitäten aber auch außerhalb des Stadions aufrecht. Sie feierten im Jahr 2012 ihr achtjähriges Bestehen in einem Gartenvereinsheim und betreiben seit dem 23. März 2014 eine eigene *Facebook*-Seite – fünf Tage später wurden die *NSC* verboten.

Ebenfalls den *NS-Boys* zugeschrieben wird ein Zwischenfall am 20. August 2012. *Dynamo-Dresden*-Spieler Mickael Poté wurde während des Spiels gegen den *CFC* mit Affenlauten beleidigt. Unter Mediendruck distanzieren sich Verein und Fanclubs vom Verhalten der Rassisten, initiiert vom Fanradio *Gellertwelle*. Der Verein druckte rote Karten mit der Aufschrift „CFC-Fans sind gegen Rassismus“, die an die Fans verteilt und vor einem Spiel hochgehalten wurden. Die Fanclubs verlasen eine gemeinsame Erklärung, in der es hieß, die besagten Personen seien „in unserem Stadion absolut unerwünscht“. Die Aktion veranlasste den *CFC* zum Beitritt der Kampagne *Show Racism the Red Card* und zur Teilnahme an den *Internationalen Wochen gegen Rassismus 2014*.

Dass das Rassismusproblem damit allerdings noch nicht aus dem Stadion verbannt ist, zeigen zahlreiche Fälle, in denen junge Fans durch den Kontakt zu aktiven Neonazis politisiert werden. Über kurz oder lang sind diese fast ausschließlich männlichen Fußballfans bei Demonstrationen für den *Nationalen Sozialismus* anzutreffen. Manch einer besucht nur einmal eine Demonstration, andere finden Gefallen am Kameradschaftsleben und werden schon bald als Ordner bei Großdemonstrationen und Rechtsrockfestivals eingesetzt.

Einer von ihnen ist Chris J. Er nimmt seit vielen Jahren an rechten Veranstaltungen teil und wurde 2014 an die Stelle des bisherigen Vorsängers der vermeintlich unpolitischen *Ultras 99* gesetzt (vgl. Grunert 2014a). J. posierte gleichzeitig auf einem Foto von einem Fußballturnier, das die Mannschaft des *Chemnitzer FAN-Projekts* zeigt. Die Initiative bemüht sich, jungen Fans durch Gewaltprävention und antirassistische Arbeit Alternativen zu rechtem Gedankengut aufzuzeigen. So scheint es in der Chemnitzer Szene nur schwer möglich zu sein, Fankultur unbehelligt von rechten Einflüssen leben zu können. BeobachterInnen wussten zu berichten, dass vor einem Spiel des *CFC* gegen den *FC St. Pauli* am 14. August 2010 das sogenannte „Flaggschiff“ der *NPD*, ein Wohnmobil mit *NPD*-Dekor, am Eingang stand, um Wahlpropaganda unter die Leute zu bringen. Politische Kennzeichen waren bei diesem Spiel verboten, Ordner nahmen Fans vor dem Eingang vermeintlich linke Kennzeichen ab. Dennoch konnte während des Spiels das *Deutsche Jugend*-Transparent entrollt werden. Am Abend nach dem Spiel kam es zu einem Überfall durch ca. 50 schwarz gekleidete und vermummte Personen auf eine Party im ehemaligen alternativen Wohn- und Kulturprojekt *Reitbahnstraße 84*. Die mit Glasflaschen und Baseballschlägern bewaffneten AngreiferInnen schlugen so hart zu, dass zwei Personen ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Angesichts der Vorwürfe, der *CFC* trage für die Geschehnisse eine Teilverantwortung, wusste die Fanbeauftragte des Vereins nur zu sagen, dass der *CFC* ein „sehr guter Gastgeber“ gewesen sei (vgl. REITBAHNSTRASSE84 2010).

Verhältnis zur NPD

Während die *NSC* bis ins Jahr 2012 in der Chemnitzer *NPD* aufgingen und man keine klare Grenze zwischen den Gruppierungen in der Stadt ziehen konnte, kann das Verhältnis zwischen der Kameradschaft und der Partei heute als stark beschädigt beschrieben werden. Anlass dafür war der Führungswechsel an der Parteispitze in Dresden: Hol-

ger Apfel stieg vom Landes- zum Bundesvorsitzenden auf, Mario Löffler folgte auf den Landesvorsitz, wobei er den „Sächsischen Weg“ weiterverfolgen wollte. Die *NSC* hatten schon länger an dem Sinn der Parteiarbeit gezweifelt, Löfflers Gebaren in der Landespartei brachte schließlich das Fass zum Überlaufen. 2009 hatte sich mit Sven Willhardt ein *NSC*-Mitglied an die Spitze des *NPD*-Kreisverbandes wählen lassen. Man erhoffte sich anscheinend eine breitere Basis, finanzielle Vorteile und möglicherweise eine Ausweichorganisation im Fall staatlicher Repression. Auch zu den Kommunalwahlen 2009 traten die *NSC* mit mehreren Mitgliedern für die *NPD* an. Während in anderen Städten Differenzen zwischen Kameradschaft und Partei häufig sind, war es in Chemnitz offensichtlich gelungen, eine Symbiose herbeizuführen, aus der beide Gruppierungen ihre Vorteile zogen.

Nachdem sich die *NSC* mit der Nutzung der Markersdorfer Straße 40 und straffer personeller Struktur unabhängig gemacht hatten und die politischen Vorstellungen in puncto Verfassungstreue und Radikalität mehr und mehr auseinander klafften, gab es für die *NSC* kaum mehr einen Grund, ihr Parteibuch zu behalten. Dazu kam, dass zu der Zeit ein Großteil des *NPD*-Kreisverbandes recht alt und wenig aktiv war. Die ausgetretenen KameradschaftlerInnen hinterließen einen handlungsunfähigen Kreisverband, für den der „kommissarische Notstand“ ausgerufen werden musste. Erst langsam konnte sich die *NPD* in Chemnitz wieder erholen (siehe Kapitel 3.4)

Nähe zu anderen rechten Gruppierungen

Sowohl regional als auch überregional sind die *NSC* mit Kameradschaften, Parteien und rechten Vertriebsstrukturen vernetzt und pflegen sehr gute Kontakte zu anderen neonazistischen Gruppen aus dem Chemnitzer Umland. Durch den Zusammenschluss zum früheren *Freien Netz* bestehen Kontakte nach ganz Sachsen und darüber hinaus. Exemplarisch dafür sind die Kontakte nach Nordsachsen und nach Dresden, besonders zu Maik Müller, der 2014 als Co-Anmelder des jährlichen „Trauermarsches“ am 5. März auftrat. Weiterhin haben die *NSC* sehr gute Kontakte zur Partei *Die Rechte* in Dortmund (ehemals *Nationaler Widerstand Dortmund*). Beiden Gruppen besuchen sich häufig gegenseitig und nehmen an den Aufmärschen in der jeweils anderen Stadt teil. Aufgrund der Verbindung nach Dortmund und der Gründung der *Rechten* in Sachsen ist es möglich, dass sich auch die *NSC* früher oder später in *Die Rechte* eingliedern werden. Durch ihr Verbot wäre eine Partei die einzige Möglichkeit, eine Ersatzorganisation zu gründen, die nicht so einfach verboten werden kann wie eine Kameradschaft ohne jede Rechtsform. So geschehen auch in Döbeln und Bayern: Als die *Nationalen Sozialisten Döbeln* verboten wurden, gliederten sie sich in die *JN* ein. In Bayern gründete das *Freie Netz Süd* als militanter Kameradschaftsverbund bereits vor seinem Verbot die Partei *Der III. Weg*. Diese Partei hat sich bereits bis ins sächsische Vogtland ausgebreitet, daher wäre auch eine weitere Expansion denkbar. Die Kontakte nach Dortmund und zu den Ex-*NPD*-Mitgliedern, die bereits in *Die Rechte Sachsen* eingetreten sind, gelten allerdings als wesentlich gefestigter als die ins Vogtland.

Auch innerhalb der Stadt Chemnitz ist die Kameradschaft bemüht, Kontakte zu knüpfen und zu halten. Yves Rahmel, der bisherige Betreiber des neonazistischen Musikladens *PC Records* (siehe Kapitel 3.2), arbeitet ebenfalls eng mit den *NSC* zusammen. Wie bei der *NPD* kommt es hier zu einer Gewinnsituation beider Seiten: Rahmel vertrieb z. B. das Fanzine *Freies Chemnitz* und unterstützte verschiedene Chemnitzer Strukturen, woraus sich für die *NSC* Vorteile ergeben. Dafür erhält Rahmel den Ruf des uneigennütigen Szenehändlers.

Ungewöhnlicher ist die Kooperation mit neurechten Kreisen, speziell mit der Partei *PRO CHEMNITZ* (siehe Kapitel 3.6). In der Vergangenheit ergaben sich zwar mehrmals Meinungsverschiedenheiten – was z. B. in einem Interview mit dem Parteivorsitzenden Martin Kohlmann auf der Website des *Freien Netz Chemnitz* deutlich wurde –, die Distanz ist allerdings seit dem Bruch der *NSC* mit der *NPD* spürbar gesunken. Bereits 2009 kandidierte mit dem *NSC*-Mitglied Maik Otto ein Kameradschaftler für *PRO Chemnitz*, bei der Kommunalwahl 2009 gleich mehrere. Sowohl *PRO-Chemnitz*-Chef Martin Kohlmann als auch AktivistInnen der *NSC* gehörten dem bereits erwähnten *Volkstanzkreis Chemnitz* an. Kohlmann marschierte zudem beim damals noch von ihm angemeldeten „Trauermarsch“ am 5. März 2009 in

Chemnitz zusammen mit dem *Aktionsbündnis Erzgebirge* in einer Reihe (siehe Kapitel 5.1). Auch Maik Otto beteiligte sich in der Vergangenheit an besagtem Volkstanzkreis.

Die VertreterInnen der *Freien Kräfte* sind die wohl größte und aktivste nationalistische Gruppe in Chemnitz. Zwar hat das Verbot die *NSC* erheblich geschwächt, allerdings sind weiterhin Aktivitäten zu verzeichnen, nicht zuletzt, weil der Kontakt mit neurechten Kreisen sehr gut ausgebaut ist und weiterhin kontinuierlich junge Mitglieder zu den *NSC* kommen, die durch die Zuarbeit von Gruppen und Einzelpersonen aus der Fanszene des *Chemnitzer FC* gewonnen werden.

Der NSU in Chemnitz

Der *Nationalsozialistische Untergrund (NSU)* lebte von 1998 bis 2000 in Chemnitz. Das Trio aus Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos kann nicht losgelöst von der rechten Szene zu dieser Zeit betrachtet werden. Das Leben im Untergrund, wie es die drei seit 1998 führten, war ohne die Unterstützung zahlreicher Kameraden nicht möglich. Auch das Versagen der Geheimdienste, ob gewollt oder ungewollt, ist mitverantwortlich dafür, dass die Gruppe in Chemnitz unerkannt leben und sich radikalieren konnte, was die Grundlage für ihre mindestens zehn Morde bildet.

Die gesamte Geschichte des *NSU* in Chemnitz ist sehr umfangreich.⁴ Deshalb wollen wir im Folgenden nur einen kurzen Überblick über die Zeit der drei RechtsterroristInnen in Chemnitz geben.

Ein wesentlicher Teil der im *NSU*-Ermittlungsverfahren genannten Personen kommt aus Chemnitz. Das Trio selbst wohnte in vier verschiedenen Chemnitzer Wohnungen. Zunächst wurden sie von Thomas Starke, einem Neonazi aus der Gruppierung *Chemnitz Concerts 88 (CC88)*, in einer Wohnung in der Friedrich-Viertel-Straße 85 untergebracht. Nur wenige Wochen wohnten sie hier bei dem rechten Skinhead Thomas Rothe, der Kontakt hielt allerdings noch jahrelang. Thomas Starke suchte unterdessen einen neuen Unterschlupf für die drei. Im Februar 1998 quartierten sie sich bei Max-Florian Burghardt in der Limbacher Straße 96 ein. Der Kontakt kam damals über Burghardts Freundin Mandy Struck zustande. Die Namen der beiden verwendeten Mundlos und Zschäpe in der Illegalität. Später bezog der *NSU* seine eigene Wohnung in der Altchemnitzer Straße 12, danach in der Wolgograder Allee 76. Die letzte Wohnung wurde angemietet von André Eminger, der heute zusammen mit Beate Zschäpe beim *NSU*-Prozess in München auf der Anklagebank sitzt (vgl. Baumgärtner 2014a).

Durch zahlreiche Konzertbesuche bekamen Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos Kontakt zu Personen, die ihnen ihre Identitäten liehen, auch Waffengeschäfte waren immer wieder Thema. Ein Chemnitzer, der damals Leiter der Sächsischen Sektion des neonazistischen Musiknetzwerks *Blood&Honour* war, soll sich um ein solches Geschäft bemüht haben. Dieses kam jedoch möglicherweise nie zustande. Der *NSU* bekam allerdings noch in Chemnitz ausgehändigt, was er haben wollte: Die Ceska, mit der das Trio seine Morde verübte, wurde dem *NSU* in einem Abbruchhaus im Stadtzentrum übergeben.

Weitere Personen, die im Zuge der Ermittlungen immer wieder genannt werden, sind Michael P., seine Exfrau Antje B. und Gunter-Frank F.

[REDACTED]

Das Trio überfiel einen *Edeka*-Markt und zwei Postfilialen während ihrer Chemnitzer Zeit und zog im Juli 2000 nach Zwickau, um von dort aus die bekannten zehn Morde, vier Sprengstoffanschläge und weitere elf Banküberfälle zu begehen. Außer F. und W. wohnen alle genannten mutmaßlichen UnterstützerInnen heute nicht mehr in Chemnitz.

⁴ Ein sehr umfangreiches Werk zum Thema NSU liefert Aust (2014).

3.2 Vertriebs- und Musikszene

Chemnitz gilt als wichtiges Zentrum der neonazistischen Vertriebsszene mit weltweiter Bedeutung. Es gibt zahlreiche Unternehmen, die mit Kleidungsmarken mit rechten Bezügen wie *Thor Steinar* oder *Consdaple* und rechter Musik handeln.

PC Records

Allen voran ist der Laden *PC Records* im Heckertgebiet zu nennen, der zehn Jahre lang von Yves Rahmel betrieben wurde. Der 33-Jährige tritt auch überregional als Unterstützer von Rechtsrockveranstaltungen auf. In einschlägigen Internetforen stellt er sich als authentischer Händler dar, für den im Gegensatz zu vielen anderen „nationalen Versandhändlern“ nicht der Profit im Vordergrund stehe. Durch seine finanzkräftige Unterstützung zahlreicher neonazistischer Organisationen hat er sich in der Szene eine starke Position erarbeitet.

Ende 2010 wurde bekannt, dass Yves Rahmel eine ehemalige Gaststätte in der Markersdorfer Straße 40 erworben hat, die seitdem als Treffpunkt der *NSC* genutzt wird. Nachdem bereits publik wurde, dass er der Chemnitzer *JN* eine Zeit lang mehrere Internetseiten auf seinem Server bereitgestellt hatte, ist damit einmal mehr ersichtlich, welche wichtige Rolle Rahmel für die nationalistische Szene und speziell für die Partei spielt. Als im November 2011 Teile eines internen Forums des *Freien Netzes* an die Öffentlichkeit gelangten, zeigte sich, dass Rahmel auch an internen Treffen der sächsischen *JN* teilgenommen hat.

Im Oktober 2014 gab Rahmel das Geschäft ab. Über den neuen Inhaber ist nur wenig mehr bekannt, als dass er schon mehrere Jahre in der Rechtsrockszene aktiv ist. Rahmel arbeitet nun als Angestellter weiter. Ob der neue Inhaber die bisherige Rolle Rahmels tatsächlich oder nur auf dem Papier übernimmt, wird sich wohl erst noch herausstellen. Ein mögliches Motiv für den Wechsel könnten weitere Prozesse gegen Rahmel als ehemaligen Geschäftsführer wegen Volksverhetzung und das damit Verbundene Haftisiko für ihn sein.

PC Records ist nicht nur Ladengeschäft und Versandhandel, sondern agiert auch als Musiklabel. Als eines der aktivsten deutschen Neonazilabels veröffentlicht *PC Records* nicht nur Alben deutscher Rechtsrockbands wie *Blitzkrieg* (Chemnitz), *Hassgesang* (Teltow/Brandenburg) oder *Die Lunikoff Verschwörung* (Nachfolgeprojekt der verbotenen Berliner Band *Landseer*). Auch *Brutal Attack* aus Großbritannien, die weltweit dienstälteste Rechtsrockband, und die US-amerikanischen *Bully Boys* veröffentlichten ihre Tonträger bei Rahmels Label (vgl. *PC Records* o. J.). 57 Tonträger wurden bereits von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Rahmel produzierte die von rechten Kameradschaften herausgegebene *Schulhof-CD* mit dem Titel *60 Minuten Musik gegen 60 Jahre Umerziehung* (vgl. *Netz-gegen-Nazis.de* 2008). Wie die Bezeichnung vermuten lässt, sollen solcherlei CDs an Schulen verteilt werden, um so Kindern und Jugendlichen die nationalsozialistische Ideologie mithilfe der Musik schmackhaft zu machen. Die CD wurde im August 2007 beschlagnahmt und Rahmel 2012 vom Amtsgericht Chemnitz zu einer Geldstrafe von 14.400,00 Euro verurteilt. Rahmel und sein Anwalt Wolfram Nahrath, ehemaliger Anführer der verbotenen *Wiking-Jugend*, gingen in Berufung, woraufhin das Landgericht Chemnitz die Strafe auf 6.000,00 Euro reduzierte.

Im November 2014 wurde Rahmel erneut verurteilt, dieses Mal unter anderem für die Produktion des „Döner-Killer“-Songs der Band *Gigi und die Braunen Stadtmusikanten*. Hierin werden, Jahre vor dem Auffliegen des *NSU*, die *NSU*-Morde an neun migrantischen Kleinunternehmern verhöhnt und die Opfer dem Richter zufolge böswillig verächtlich gemacht. Dies warf die Frage auf, ob die Band oder sogar der Produzent die Taten in einen rechten Zusammenhang bringen konnten, bevor die Ermittlungsbehörden dies taten. In vier weiteren Liedern werden laut dem Amtsrichter PolizistInnen diffamiert, zum Mord an politisch Andersdenkenden aufgerufen und der Holocaust geleugnet. Rahmel wurde zu einer Geldstrafe von 7.200,00 Euro verurteilt und kündigte gleich nach dem Prozess an, Rechtsmittel einlegen zu wollen (vgl. Pengel 2014).

Backstreet Noise

PC Records als Ladengeschäft gibt es erst seit 2003. Bis dahin existierte es nur als ein dem Laden *Backstreet Noise* angegliedertes Label für Rechtsrock. Nach der Ausgründung befanden sich beide Geschäfte zunächst an der Robert-Siewert-Straße. Hendrik Lasch führte den Laden *Backstreet Noise* als Bekleidungsgeschäft weiter (vgl. Bonhoeffer-Kirchengemeinde 2009), Rahmel erweiterte *PC Records* zu dem besagten Musikhandel. 2004 wurde ihnen nach einer antifaschistischen Großdemonstration und darauf folgenden Angriffen von Neonazis auf DemonstrantInnen an ihrem alten Standort gekündigt (vgl. Turn it down! o. J.).

Zwischen Dezember 2002 und August 2004 wurde *Backstreet Noise* von Silvio Strauch aus Dresden geleitet. Lasch war bis zur Übernahme durch Yves Rahmel auch Betreiber des Labels *PC Records*. Nach der Kündigung kaufte Lasch einen Gebäudeblock im Chemnitzer Stadtteil Kappel und vermietete einen Teil an Rahmel, der damals in der Szene vor allem als Herausgeber des neonazistischen Fanzines Panzerbär *bekannt* war.

Bei *Backstreet Noise* werden nicht nur eindeutig neonazistische Kleidungsmarken verkauft, sondern auch Marken wie Nike, *Timezone* oder *Alpha Industries*. Im Angebot finden sich aber auch eindeutig neonazistische Symbole wie ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Kraft durch Meute“, der unweigerlich mit dem nationalsozialistischen Motto „Kraft durch Freude“ assoziiert wird. Durch die nichtrechten Marken ist die Hemmschwelle für potentielle KundInnen, die bislang noch nicht mit der rechten Szene in Berührung gekommen sind, wesentlich niedriger.

Rahmel und Lasch profitieren somit beide voneinander. Während Rahmel in Lasch einen wohlgesonnenen Vermieter findet, ebnet Lasch unpolitischen Kunden den Weg zum Neonazismus, indem er den Übergangsbereich zwischen unpolitischer Markenkleidung und dem radikal anmutenden *PC Records* bietet.

Lasch ist darüber hinaus bemüht, mit Sponsoring-Aktionen seinen Kundenkreis zu erweitern und damit auch in die breite Gesellschaft einzuwirken. Im Oktober 2013 verkündete der 39-Jährige, sein Laden sei nun offizieller Sponsor des *Förderverein des Sonderpädagogischen Förderzentrums Chemnitzer Körperbehindertenschule e. V.* Seitdem prangt auf dem Bus der Fördervereins groß das Logo des Ladens. Auch im Sport ist *Backstreet Noise* aktiv und veranstaltet jedes Jahr ein *Chemnitzer Sommerfest* genanntes Volleyballturnier. In der Vergangenheit versuchte Hendrik Lasch überdies, als Sponsor einer Jugendeishockeymannschaft Fuß zu fassen und spendete der Initiative *Wildgatter muss bleiben* 111,00 Euro, die ihm aber von den OrganisatorInnen geistesgegenwärtig zurückgegeben wurden.

Ein weiterer bedeutender Online-Versandhandel für „nationale Bekleidung“ und Rechtsrock-CDs war der *Wotan-Versand*. Bis 2009 hatte dieser seinen Sitz in Chemnitz, gehört mittlerweile aber zum im bayerischen Kirchberg ansässigen *Patria-Versand*.

Waffen Army Shoes

Einige andere Ladengeschäfte in Chemnitz sind zwar nicht so stark szeneverbunden wie *PC Records*, vertreiben aber dennoch Kleidungsmarken mit rechten Bezügen. In einem Flachbau auf der Theaterstraße befindet sich der Laden *Waffen Army Shoes*. 1993 eröffnete der Inhaber Tobias Schneider das Geschäft, das zwischen 2008 und 2012 in einer großen Ladenetage auf der Straße der Nationen zu finden war (vgl. Schneider 2008). Den ehemaligen Laden führte Schneider unterdessen unter dem Namen T1 weiter. Möglicherweise aufgrund der Konkurrenz durch den *Thor-Steinar*-Laden *Tønsberg* wurde *Waffen Army Shoes* in der Theaterstraße wieder aufgegeben und mit T1 am alten Standort zusammengeführt. Es ist bekannt, dass hier einerseits mit vermeintlich linker Kleidung, andererseits mit als rechts geltenden Marken wie *Thor Steinar* gehandelt wurde. In nationalsozialistischen Kreisen ist Schneider jedoch bisher nicht öffentlich in Erscheinung getreten.

Abb. 10: *Thor-Steinar*-Laden Tønsberg vor seiner Umbenennung



Tønsberg

Anfang März 2012 eröffnete ein weiterer Laden in Chemnitz, der die bei Neonazis beliebte Marke *Thor Steinar* verkauft. An einer Seitenstraße des Brühls gelegen, wurde ihm zunächst der Name *Brevik* gegeben. Aufgrund der Namensähnlichkeit zum norwegischen Attentäter Anders Behring Breivik, der im Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya insgesamt 77 Menschen tötete, kam es zu massiven Protesten in der Chemnitzer Zivilgesellschaft und einem Aufschrei sogar in internationalen Medien. Nur eine Woche später wurde der Laden in *Tønsberg* umbenannt. Die mediale Präsenz, die vermeintliche Einsicht, mit dem Namen keine falschen Assoziationen geweckt haben zu wollen und die damit verbundene scheinbare Rehabilitation des Ladens hatten vermutlich keinen negativen Einfluss auf seinen Geschäftsstart. Möglicherweise war das sogar gewollt: Wie die *Freie Presse* recherchierte, verhandelte der damalige Ladenbetreiber Matthias P. unter der gleichen E-Mail-Adresse mit dem Vermieter, mit der er auch als „besorgter Familienvater“ an die Zeitung schrieb und sich über den Namen echauffierte (vgl. Eumann 2012).

Tønsberg gehört zu einer Kette von weiteren Ladengeschäften der Firma *Mediatex GmbH*, die ausschließlich ihre Eigenmarke *Thor Steinar* verkauft. Matthias P. fungierte hier als Franchisenehmer, ist aber laut einem Bericht der Zeitung *Neues Deutschland* auch in die Geschäfte der *Mediatex GmbH* involviert (vgl. Hanisch 2012). Er wurde zudem in der Vergangenheit bereits als Inhaber der rechten Kleidungsmarke *Skaldenburg* bekannt. *Skaldenburg* macht aus seinen Motiven im Gegensatz zu *Thor Steinar* keinen Hehl: Aufschriften wie „AG Weitwurf“ mit der Abbildung einer Handgranate oder „Biker im Dienst“ mit dem Bild von zwei Wehrmachtssoldaten auf einem Motorrad sprechen eine eindeutige Sprache. Derzeit wird im Impressum des Ladens der Schweizer Marco W. angegeben. Auch er gehört zum *Mediatex*-Vorstand, der derzeitige Franchisenehmer bleibt dabei wohl im Hintergrund (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2014).

Da der Laden auch der Stadt Chemnitz ein Dorn im Auge ist, wurde bereits 2012 Kontakt zum Hauseigentümer aufgenommen, einem 69-Jährigen aus dem bayerischen Landshut. Von einer Klage, wie sie in anderen Städten bereits Kündigungen erzwingen konnte, sah er allerdings ab. So hatte in Magdeburg der Betreiber den geplanten Verkauf von

Thor Steinar im Mietvertrag verschwiegen und konnte wegen arglistiger Täuschung fristlos gekündigt werden. Dies war in Chemnitz jedoch nicht der Fall, weshalb eine Klage nur wenig Aussicht auf Erfolg hätte.

Das Bündnis *Bunter Brühl* protestierte seit der Eröffnung. Bisherige Höhepunkte der Proteste gegen den neuen Laden waren eine Demonstration am 16. März 2012 unter dem Motto „Bunt statt Braun“ und ein Straßenfest am 16. Juni 2012. Ende 2013 gab es weitere Protestaktionen. Mittlerweile scheint es um den Laden ruhig geworden zu sein.

Bei einer der Demonstrationen postierten sich Mitglieder der Nationalen Sozialisten Chemnitz vor dem Laden, um diesen zu schützen.

Rascal/The Clash

Auch das Doppelgeschäft *Rascal/The Clash* auf der Limbacher Straße verkauft Szenebekleidung. The Clash bietet Outfits für den „Gothic, Punk and Rockabilly Lifestyle“. Im *Rascal* nebenan können KundInnen nach T-Shirts mit der Aufschrift „Weisse Wölfe – Support your local Anti-Antifa“ und „Masterrace“ stöbern. Betrieben werden beide Läden vom gleichen Besitzer. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass die Gewinne dieser Läden direkt in nationalsozialistische Strukturen fließen, dennoch werden durch das Angebot und den Kauf rechte Ideologien und Symbole verbreitet.

Tacheles/Brandhunters Store

Tacheles ist eine Modemarke, die 2012 von Kevin Vietz, einem ehemaligen Spieler des Chemnitzer FC, gegründet wurde. Vietz war vom Verein suspendiert worden, weil ihm vorgeworfen wurde, bei einem Spiel als Fan dabei gewesen zu sein, als ein schwarzer Spieler mit Affenlauten verunglimpft und Pyrotechnik gezündet wurde. Mit seinem *Facebook*-Profil ist er Mitglied in der rassistischen Gruppe *Schneeberg wehrt sich!* und teilte Inhalte der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*.

Die Kritik an dem Modelabel und dem zugehörigen Laden *Brandhunters Store* im Stadtzentrum, die von einem anonymen Blog verbreitet wurde und größtenteils verifiziert werden kann, bezieht sich sowohl auf Vietz als auch auf seinen Mitarbeiter Nico Tetzner. Der 26-Jährige war Mitglied in den beiden verbotenen Kameradschaften *Sturm 34* und *Nationale Sozialisten Chemnitz* und hat sich nie öffentlich von der Szene distanziert. Dabei wurde er ausdrücklich in beiden Verbotsverfahren als Anführer bzw. Kernmitglied benannt. Vietz sah Tetzner bereits vor dem *NSC*-Verbot bis heute als Aussteiger aus der rechten Szene an. Weitere Vorwürfe, die gegen *Tacheles* ins Feld geführt wurden, wie die Kontakte zu szenebekanntem Neonazis und die Beschäftigung eines Models, das in der Vergangenheit an mehreren rechten Aufmärschen teilgenommen hatte, deuten jedoch auf eine geringe Distanz zur Szene hin.

3.3 Rechtsrockbands

Trotz gefestigter Vertriebsstrukturen ist die Szene neonazistischer Bands in Chemnitz eher überschaubar. Nennenswert sind nur *Blitzkrieg*, *Sturmkrieger* und *Heiliges Reich* sowie der Liedermacher *Barny*.

Blitzkrieg

Blitzkrieg spielt „klassischen“ Rechtsrock, auch *RAC (Rock Against Communism)* genannt. Die Band wurde 1999 gegründet und besteht aus fünf Mitgliedern. Bekannte Mitglieder sind Jörg „Kicke“ Richter (Sänger), sein Bruder Kay, genannt „Kacke“ und Paul Morgenstern. Morgenstern spielt noch in weiteren Bands, unter anderem bei *Aeveron*, einer vermeintlich unpolitischen Metal-Band. Die Band steht dem internationalen *Blood&Honour*-Netzwerk nahe.

Die Mitglieder von *Blitzkrieg* entstammen der *HooNaRa*-Szene, so hieß auch ihre erste Veröffentlichung *HooNaRa*. Aus ihrer Einstellung macht die Gruppe keinen Hehl. Ihre Texte schwanken zwischen Kriegsverherrlichung, der angeb-

lichen Unschuld der Wehrmacht und Hetze gegen Israel, „die Juden“, Eliten, die Regierung, AusländerInnen und Multikultur. Darüber hinaus wännen sie sich in vielen Texten als Neonazis ungerecht behandelt und versuchen, durch die Benennung von z. B. Mauertoten oder getöteten NationalsozialistInnen vor Hitlers Machtübernahme die Gräueltaten der Nazis vor und während des Dritten Reiches sowie heutige Gewalttaten zu relativieren.

In einem Interview im Fanzine *Rufe ins Reich* (Doppelausgabe 3/4 von 2004) macht die Band noch einmal sehr deutlich, wo sie politisch steht. Am Ende des Interviews sagen sie:

Allerdings sollte man sich nie sagen, dass bereits alles zu spät ist (obwohl es stark danach aussieht), denn wenn man sich mit der Situation abfinden würde, hätten die Juden genau das bei uns erreicht, was sie bei einem Großteil des deutschen Volkes schon geschafft haben.

Auch wenn *Blitzkrieg* verhältnismäßig selten Auftritte in Chemnitz gibt, tritt sie häufig bei Rechtsrockkonzerten und -festivals im In- und Ausland auf, etwa auf einem *Blood&Honour*-Festival im August 2014 in der Nähe von Tampere (Finnland).

Ihren Proberaum hat die Band in Thalheim. Früher nahmen die Bandmitglieder auch an neonazistischen Veranstaltungen teil, wie z. B. im April 2007 bei einer Veranstaltung der *IG Chemnitzer Stadtgeschichte* im Chemnitzer Ratskeller.

Sturmkrieger

Die *RAC*-Band *Sturmkrieger* besteht aus den Mitgliedern Oliver Kuske (Gesang), Robert Krauß (Gitarre, 2. Stimme), Hendrik Junghanns (Gitarre) und Norman Trübner (Schlagzeug). Die Band hat eindeutig neonazistische Texte und tritt bei Konzerten in Chemnitz und Sachsen auf. Mitglieder der Band nehmen auch an neonazistischen Demonstrationen, vor allem am 5. März in Chemnitz teil. Sie stammen aus dem Umfeld der inaktiven Kameradschaft *Heckcoast*.

Heiliges Reich

Die Rechtsrockband *Heiliges Reich* gründete sich 2013. Ihre Mitglieder kommen aus Chemnitz und dem Erzgebirge (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014). In ihrem Song „Die Züge sind voll“ wünschen sie sich neue Deportationen in Konzentrationslager und verhöhnern die Opfer der NationalsozialistInnen mit Zeilen wie: „Die Fahrt geht Richtung Osten, keine Angst Passagiere, ihr müsst nichts bezahlen, die Fahrt geht auf unsere Kosten.“ Im Jahr 2013 hatten sie mehrere Auftritte, darunter einen auf dem *NPD*-Festival „In.Bewegung“ im thüringischen Sondershausen. Ihre Mitglieder nehmen auch an rechten Aufmärschen teil.

Barny

Hinter dem Pseudonym *Barny* verbirgt sich der neonazistische Liedermacher Mirko Szydowski. Der 32-Jährige kommt ursprünglich aus Jena und wohnt seit wenigen Jahren in Chemnitz (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014). Seit 2005 tritt er auf neonazistischen Veranstaltungen auf. Zwischen 2005 und 2007 spielte er bei der thüringischen Band *SKD*,⁵ zuvor war er bei der Band *Blutstahl*. Szydowski verfügt über weitreichende Kontakte in der bundesweiten und internationalen Rechtsrockszene, besonders in Thüringen, Sachsen und Schweden. Er veröffentlichte Tonträger mit den Liedermachern Ken McLellan⁶ und Ferox⁷. In den vergangenen Jahren gab Szydowski zahlreiche Konzerte im In- und Ausland, z. B. bei einem *Ian Stuart Memorial*⁸ im September 2014 in Schweden.

5 *SKD* steht für *Sonderkommando Dirlewanger*. Die Band benannte sich nach der *SS*-Sondereinheit unter Waffen-*SS*-Offizier Oskar Dirlewanger, das für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich war.

6 Sänger der Gruppe *Brutal Attack* aus Großbritannien.

7 Ein Liedermacher mit dem Namen Viktor aus Schweden.

8 Als *Ian Stuart Memorials* werden in der neonazistischen Szene Gedenkkonzerte für den verstorbenen Sänger der britischen Band

3.4 NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Die *NPD* verfolgt seit 1997 eine Strategie, die heute unter dem Namen „Vier-Säulen-Konzept“ bekannt ist (vgl. Schultze 2008). Ziel der Strategie ist die Konzentration der Parteiarbeit auf bestimmte Themen, die als besonders wichtig erachtet werden. Jede Säule steht dabei für einen „Kampf“ um ein konkretes Politikfeld. Die erste Säule, der „Kampf um die Parlamente“, verweist auf die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit für die *NPD*. Sie dient ihr vor allem als Bühne für die öffentlichkeitswirksame Verbreitung eigener Inhalte, für Provokationen und nicht zuletzt als verlässliche Geldquelle. Bei der zweiten Säule, dem „Kampf um die Straße“, geht es um die Eroberung des öffentlichen Raums durch Demonstrationen, Kundgebungen und öffentliche Auftritte allgemein. Öffentliche Veranstaltungen dienen der *NPD* nicht nur als Mittel, ihre Inhalte zu propagieren, sondern auch der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der AnhängerInnen. Schwerpunkt der dritten Säule, dem „Kampf um die Köpfe“, ist die Bildungsarbeit, die Schulungen in den eigenen Reihen genauso einschließt wie Strategien zur Verankerung der *NPD* und ihrer Ideologie in der Gesellschaft. Darüber hinaus gibt es innerhalb der *NPD* Bestrebungen, die Partei zu intellektualisieren, um sich in der Bevölkerung als seriöse politische Kraft zu präsentieren. Im Jahr 2004 fügte die *NPD* ihrem bis dato dreigliedrigen Säulenkonzept eine vierte Säule hinzu: den „Kampf um den organisierten Willen“. Hiermit gemeint ist das Bestreben, das nationale Lager von Parteien (*NPD*, *DVU*) und Freien Kameradschaften zu vereinen, um über die organisationsübergreifende Zusammenarbeit eine größtmögliche Stärke zu erreichen. Im Dezember 2010 kam es dann auch zur Fusion der Parteien *NPD* und *DVU*. Seitdem heißt die Partei *NPD – Die Volksumion*. Für die sächsische *NPD* hatte dieser Zusammenschluss jedoch nur wenig Relevanz, da die *DVU* kaum noch Mitglieder in Sachsen zählte.

Im Jahr 2010 versuchte die Partei neben der Rekrutierung vor allem junger Menschen, die sich bereits im Milieu bewegen, aber eher losen Zusammenhängen angehören, verstärkt neue WählerInnen und Mitglieder zu gewinnen. Ziel war es, größere Bevölkerungsteile anzusprechen, ohne dabei den wahren Kern der Parteiideologie offen zu zeigen, sowie durch eine Besetzung des öffentlichen Raums Anerkennung zu erlangen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2010, S. 4f.).

Seit einigen Jahren befindet sich die *NPD* in der Krise. Seit 2011 hat die Partei über 10 % ihrer Mitglieder verloren. Bei allen Landtagswahlen von 2012 bis 2014 und bei der Bundestagswahl 2013 scheiterte die Partei an der Fünf-Prozent-Hürde. Nur aufgrund der Abschaffung dieser Hürde bei der Europawahl 2014 konnte die *NPD* mit 1 % der Stimmen ein Mandat im Europaparlament erzielen. Selbst in Sachsen verpasste die Partei, wenn auch knapp, den Wiedereinzug in den Landtag. Mit dem von parteiinternen Gegnern erzwungenen Rücktritt des Parteivorsitzenden Holger Apfel im Dezember 2013 verlor die Partei zudem den Vertreter des Konzeptes einer „seriösen Radikalität“. Unter Apfel hatte sich das Verhältnis zu den *Freien Kameradschaften* deutlich verschlechtert. Nach seinem Abgang wurde offensichtlich, dass die *NPD* auch mit dem Versuch, breitere Wählerschichten anzusprechen, gescheitert war (vgl. Bundesministerium des Innern 2014, S. 91f.).

Der Ideologie der *NPD* voran steht die Abschaffung der derzeitigen Demokratie und der im Grundgesetz verankerten Menschenrechte. Ziel ist die Schaffung einer sogenannten Volksgemeinschaft. Bezogen auf Deutschland ist damit gemeint, dass alle Menschen, die keine „deutschen Wurzeln“ nachweisen können, unerwünscht sind. Entgegen dem Grundgesetz, in dem der Mensch und dessen Würde höchste Priorität genießen, könne nach dem neuen *NPD*-Parteiprogramm die Würde des Menschen einzig in der Volksgemeinschaft verwirklicht werden. Als Gründe werden der Vorrang der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum sowie die Unterschiedlichkeit von Menschen angeführt. Begleitet wird die Ausgrenzung bestimmter Gruppen mit offen rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen. Auch der positive Bezug auf den Nationalsozialismus gehört zum ideologischen Grundverständnis der *NPD* (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2010, S. 10f.).

Skrewdriver genannt. *Skrewdriver* ist bis heute die bekannteste Band in der rechten Szene, Ian Stuart wird als Held verehrt.

Verpasster Wiedereinzug in Sachsen

Sachsen gilt als Hochburg der *NPD*. Sie ist mit 13 Kreisverbänden flächendeckend organisiert und verfügt laut Angaben des Verfassungsschutzes über 670 Mitglieder im Freistaat und hat damit über die letzten Jahre ca. 16 % ihrer Mitglieder verloren. Ihr politisches Zentrum ist die Stadt Dresden. Im Jahr 2004 zog die *NPD* mit 9,2 % der Stimmen in den Sächsischen Landtag ein. Den Fraktionsvorsitz übernahm Holger Apfel. Ihre neuen WählerInnen gewann die *NPD* vor allem aus den Kreisen früherer NichtwählerInnen (70.000), der *CDU* (40.000) und der ErstwählerInnen (28.000). Besonders bei den jungen WählerInnen stieß die Partei auf große Resonanz. So lag der Anteil der 18- bis 24-Jährigen bei 21 % (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 16).

Für die Landtagswahlen 2009 kündigte die Partei ein Wahlziel von über 10 % an. Trotz eines intensiven Wahlkampfes erhielten sie lediglich 5,6 % der Wählerstimmen und damit 8 Sitze im sächsischen Parlament. Im Vergleich zum Wahljahr 2004 sanken 2009 die Stimmen der JungwählerInnen. Zugewinne konnte die Partei hingegen unter den 45- bis 60-Jährigen erzielen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2009, S. 7). Bei den Wahlen 2014 verpasste die Partei den Einzug mit 4,95 % denkbar knapp. Damit verfügt die Partei über keine Sitze mehr im sächsischen Landtag. Im Vergleich zur Landtagswahl 2009 verlor die *NPD* fast 20.000 Stimmen. Trotz der Mandatsverluste und den damit verbundenen fehlenden Einnahmen und geringerer Medienresonanz zeigt das Wahlergebnis von 2014, unter Berücksichtigung der Ergebnisse von 2004 und 2009, dass die *NPD* über eine Stammwählerschaft um die 5 % verfügt, die der Partei 2019 den Wiedereinzug ins Parlament ermöglichen könnte.

Besondere Erfolge kann die *NPD* nach Angaben einer Studie der *Heinrich-Böll-Stiftung* in Ost- und Südsachsen verbuchen. In diesem ländlichen Raum erzielt die Partei bei Wahlen seit Jahren hohe, zum Teil zweistellige Ergebnisse (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2011, S. 20).

Bei den *U18-Wahlen* von 2009 erreichte die *NPD* sachsenweit 12,78 %.⁹ Das sind 3,52 % weniger Stimmen als im Jahr 2005. 2014 erzielte die *NPD*, wohl auch durch das Antreten der *AfD*, sogar nur noch 2,55 %. Auch in Chemnitz ist der Stimmenanteil der *U18*-WählerInnen von 14,61 % im Jahr 2005 auf 8,81 % im Jahr 2009 gesunken (vgl. Landesjugendring Berlin e. V. 2009 und Deutsches Kinderhilfswerk e. V. 2014).

Anlass zur Entwarnung geben solche Zahlen dennoch nicht. Neonazis organisieren sich heute eher in Kameradschaften und *Freien Kräften*, als auf parteilicher Ebene. Nachdem die *NPD* die Stimmenverluste bei der Jungwählerschaft erkannte, setzte sie auf den Ausbau der Jugendarbeit. Hierzu sollte die Zusammenarbeit mit den Freien Kräften und den *JN* intensiviert werden. Bereits im Jahr 2009 gaben die *JN* die Gründung von vier weiteren Stützpunkten in Sachsen bekannt (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2009, S. 7f.). Derzeit verfügen sie in Sachsen über zehn solcher Stützpunkte. Sie können jedoch nicht mehr nur als Zentren gesehen werden, die der *NPD* nahestehen. So rief etwa der Stützpunktleiter in Leipzig im November 2014 offen zu einem Beitritt in die Konkurrenzpartei *Die Rechte* auf. Auch hier zeigen sich die weiter schwelenden Konflikte der Partei. In Chemnitz treten die *JN* kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Bis auf eine Demonstration im Sommer 2014 sind sie bisher nur als „Facebook-Phantom“ aufgefallen. Geleitet wurde die Demonstration von Kadern aus anderen Sächsischen Städten, eine gemeinsam auftretende *JN*-Gruppe aus Chemnitz war nicht erkennbar. Der nächstgelegene Stützpunkt ist in Limbach-Oberfrohna.

Seit 2013 ist zu beobachten, wie die Partei über die Gründung vermeintlich parteiunabhängiger lokaler Bürgerinitiativen Ressentiments gegenüber Flüchtlingen schürt. Bekanntestes Beispiel hierfür ist das Bündnis *Schneeberg wehrt sich!* um den Vorsitzenden des *NPD*-Kreisverbands Erzgebirge Stefan Hartung. Seinen Aufrufen zu den sogenannten *Lichtelläufen* folgten Ende 2013 bis zu 1.800 Personen, die keine Berührungsängste mit Vertretern der Rechten kann-

⁹ *U18* ist die Bezeichnung einer Bildungsinitiative für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Die *U18* unterstützt Kinder und Jugendliche, die sich mit Politik auseinandersetzen wollen, um diese besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Parallel zur Bundestagswahl organisiert die *U18* eine Kinder- und Jugendwahl, die bundesweit in Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und anderen Organisationen durchgeführt wird. *U18* richtet sich an Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren.

ten (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014, S. 55). Die Demonstrationsreihe wurde im Herbst/Winter 2014 unter Hartungs neuer Initiative *Freigeist* fortgesetzt (vgl. Lamperti/Grunert 2014).

Personalengpässe bei der NPD in Chemnitz

Anfang 2012 kam es zum Bruch zwischen *Freien Kameradschaften* und Stadtverband, da die Strategie einer „seriösen Radikalität“ vielen nicht radikal genug war. Deshalb traten viele Kameradschaftsmitglieder wieder aus der Partei aus. Aufgrund der damit verbundenen engen Personaldecke des Stadtverbands gab es etwa im Jahr 2013 kaum öffentliche Veranstaltungen, bis auf die Zeit um die Bundestagswahl (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014, S. 28, 101). So zog sich auch der Kreisverbandsvorsitzende Sven Willhardt, Bindeglied zwischen *NPD* und *Freien Kräften*, aus der *NPD* zurück. Die Schwäche des Chemnitzer Verbandes zeigte sich auch in der Aufstellung bei Wahlen: Konnte die *NPD* bei den Stadtratswahlen 2009 noch 15 KandidatInnen aufstellen, waren es 2014 nur noch 9 KandidatInnen.

Bei den Chemnitzer Stadtratswahlen vom 7. Juni 2009 konnte die *NPD* 2,38 % der Stimmen für sich gewinnen. Daraus ergab sich ein Sitz im Stadtrat, den die fraktionslose Stadträtin Katrin Köhler übernahm. 2014 wurde bekannt, dass sie als inoffizielle Mitarbeiterin (IM) für das Ministerium für Staatssicherheit tätig war. Ihren Sitz im Stadtrat konnte sie dennoch mit einem etwas schlechteren Wahlergebnis von 2,00 % bei der Stadtratswahl vom 28. Mai 2014 verteidigen. Ihre Anfragen im Stadtrat drehen sich häufig um Kosten, die der Stadt durch Flüchtlinge entstehen würden.

Katrin Köhler wurde 1961 in Karl-Marx-Stadt geboren. Sie hat zwei Ausbildungen abgeschlossen: zur Wirtschaftskauffrau für Verkehrswesen und zur Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin. Außerdem hat sie als Streetworkerin gearbeitet und berufsbegleitend Sozialpädagogik studiert. Seit 2004 ist Köhler bei den *Freien Kräften* politisch aktiv. Zwei Jahre später trat sie der *NPD* bei und ist Gründungsmitglied und Sprecherin der Regionalgruppe Chemnitz/Erzgebirge des *Rings Nationaler Frauen (RNF)*.¹⁰ Im Jahr 2009 wurde sie zur sächsischen Landessprecherin des *RNF* gewählt. Ebenfalls seit 2009 ist Katrin Köhler Beisitzerin im Vorstand der sächsischen *NPD* (vgl. *NPD Chemnitz* o. J.). Sie nimmt regelmäßig an rechten Veranstaltungen teil, auch wenn diese nicht direkt von der *NPD* organisiert wurden. Am 22. November 2014 entfaltete sie zusammen mit anderen *NPD*-Frauen auf einer *Chemnitz-wehrt-sich*-Demonstration ein Transparent des *RNF*, was das überparteiliche „Besorgte-Bürger“-Image dieser rechtspopulistischen Demo ad absurdum führte.

Mit ihrem Auftreten bedient Katrin Köhler das klassisch-konservative Bild einer Frau. Sie gibt sich betont weiblich und pflegt gern das Image vom „deutschen Mädel“ im Dirndl mit geflochtenen Zöpfen. Laut eigener Aussage sind Köhlers Politikziele „die Verbesserung der Situation der einheimischen Bevölkerung, vor allem der Familien und Alleinerziehenden“. Sie sieht Deutschland als „geschundenes und ausgebeutetes Land“ und möchte die Menschen von der Idee eines „nationalen Sozialismus“ überzeugen (vgl. ebd.).

Die Verbindung zur „Erlebnisgeneration“ des Dritten Reiches ist für Köhler wichtig, wie ein Foto vom 26. Oktober 2014 zeigt, auf dem sie gemeinsam mit dem ehemaligen Jagdflieger und NS-Revisionisten Reinhold Leidenfrost zu sehen ist (vgl. Facebook-Auftritt *NPD Chemnitz*).

Seit etwa sieben Jahren pflegt Köhler kontinuierlich ausgebaute Kontakte zu tschechischen Neonazis. Der landesübergreifende Aufbau von Nazistrukturen ist in der Szene nicht unüblich. Neben gegenseitigen Besuchen werden gemeinsame Aktionen durchgeführt, um den „Nationalen Widerstand“ beider Länder zu fördern (vgl. redok e. V. 2008). Beim *2. Fest der Freiheit* im kleinen tschechischen Ort Novy Knin hielt Köhler eine Rede in antisemitischer Manier:

Gern überbringe ich euch als sächsische Landessprecherin des ‚Ring Nationaler Frauen‘, kurz RNF, die herzlichen-

¹⁰ Der *RNF* ist eine bundesweite Unterorganisation der *NPD*, die 2006 gegründet wurde. Der *RNF* bietet national gesinnten Frauen die Möglichkeit, sich zu engagieren. Die Gründung des *RNF* verdeutlicht die zunehmende Bedeutung von Frauen und deren aktiver Mitarbeit im Umfeld der *NPD* und anderen organisierten Nazis.

ten GrüÙe der sächsischen Nationalistinnen und wünsche allen heute hier Anwesenden weiterhin viel Kraft und Mut im Widerstandskampf gegen die asoziale und menschenverachtende Europapolitik des Weltfinanzkapitals. (NPD Chemnitz o. J.)

Diese Zusammenarbeit besteht bis heute fort. So sprach Köhler am 1. Mai 2014 in Usti nad Labem bei einer Demonstration der tschechischen Neonazi-Partei *DSSS*. Im August 2014 nahm sie mit tschechischen Neonazis an einer geschichtsrevisionistischen *NPD*-Kundgebung mit dem Motto „100. Jahrestag deutsche Mobilmachung zum 1. Weltkrieg – Nie wieder europäische Bruderkriege“ in Berlin teil (vgl. apabiz 2014).

Auch aus ihrer homophoben Gesinnung macht Köhler keinen Hehl. So äußerte sie sich zum Christopher Street Day 2010 wie folgt:

Ich lehne die Verhätchelung von Randgruppen, wie sie in dem ganzen Homo-Hokuspokus zum Ausdruck kommt, entschieden ab. Und ich wende mich gegen die soziaethische Verwehrlosung, die dadurch entsteht, daß die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehende Familie von Mann, Frau und Kind moralisch und rechtlich mit beliebigen sexuellen Spaßgemeinschaften gleichgestellt wird. Der Staat als Hüter der kulturell-sittlichen Ordnung [...] hat sich schützend vor die Mehrheit des Volkes und seine natürliche Sexualmoral zu stellen. Was Homosexuelle in der Abgeschlossenheit ihrer vier Wände tun, ist davon unberührt; dort können sie treiben, was sie wollen und wie sie es wollen. In der Öffentlichkeit haben sich Schwule und Lesben als Ausreißer der Natur, als Panne der Humanevolution, aber absolut zurückzunehmen. (NPD Kreisverband Niederschlesien-Oberlausitz 2010)

Abb. 11: Die Chemnitzer NPD beim „Trauermarsch“ am 5. März 2014 in Chemnitz



Im Wahlkampf 2009 arbeitete die Chemnitzer *NPD* noch mit den *Freien Kräften* zusammen. Zur Stadtratswahl traten vier parteiunabhängige Vertreter der *Freien Kräfte* auf *NPD*-Listen an. Zwei der Kandidaten wurden sogar auf den ersten Listenplatz der entsprechenden Wahlkreise gesetzt. Dies zeigt, dass die *NPD* auf eine enge Zusammenarbeit aller „nationalen Kräfte“ setzte, um ein starkes und geschlossenes Auftreten zu erreichen (vgl. *NPD-Kreisverband Chemnitz 2009*, S. 1ff.). Mit der Spaltung der Naziszene in Chemnitz endete auch die Zusammenarbeit bei Wahlkämpfen mit den Kameradschaften. Die *NPD* Chemnitz beschränkte sich zunächst auf das Umfeld von Katrin Köhler, konnte sich mittlerweile aber etwas erholen. Ihr Lebensgefährte Mario Böttger ist heute Vorsitzender des Stadtverbandes. Über die Arbeit im Stadtverband hinaus scheint es außer der Teilnahme an Demonstrationen keine weiteren Aktivitäten der Verbandsmitglieder zu geben. Überregional vernetzte Kader sucht man hier, mit Ausnahme von Frank Rohleder, vergebens. Rohleder fällt bundesweit durch Bündnisarbeit und Beratungstätigkeiten bei der Partei auf.

Aktivitäten der NPD in Chemnitz

Die Aktivitäten der Chemnitzer *NPD* beliefen sich im Jahr 2009 nach Aussagen des Sächsischen Innenministeriums vor allem auf Wahlkampfveranstaltungen. Dazu zählen Verteilaktionen von Werbematerialien und Flugblättern, Infostände und Wahlkampfplakatierung. Außerdem fand in den vergangenen Jahren mehrmals der Landeskongress des *RNF* statt und es gab Vortragsveranstaltungen der *NPD* (vgl. Sächsischer Landtag 2010a). Das Jahr 2010 gestaltete sich ähnlich. Neben der größten Veranstaltung, dem erwähnten „Trauermarsch“ am 5. März, organisierte die Chemnitzer *NPD* mehrere Flugblattverteilaktionen. Am Abend nach der Demonstration fand im Restaurant *Yesterday* im *Europark Chemnitz* zudem ein neonazistischer Liedermacherabend statt. Hier organisiert die *NPD* in unregelmäßigen Abständen Vorträge, Parteiveranstaltungen und Liedermacherabende (vgl. Recherche Ost 2010). Zudem wurde in Chemnitz erneut das Landestreffen des *RNF* und im September die Jahreshauptversammlung der *NPD* durchgeführt. Auf dem jährlich stattfindenden *Chemnitzer Stadtfest* am 28. August 2010 war die *NPD* mit einem Infostand vertreten (vgl. Sächsischer Landtag 2011). Im Jahr 2011 organisierte sie wiederum die „Gedenkveranstaltung“ am 5. März. In den letzten Jahren beschränkten sich die Aktivitäten der Partei auf Wahlkampf und Parteisitzungen.

Ein *NPD*-Kreisverbandsmitglied trat im Sommer 2014 zweimal auf der rechtsesoterischen neuen *Montagsdemo* in Chemnitz auf und referierte über klassische *NPD*-Themen wie „Scheindemokratie“ und „Asylmissbrauch“. Die *JN* führten am 2. August 2014 eine Demonstration gegen die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Chemnitz durch. 80 Neonazis folgten ihnen dabei. Angemeldet und organisiert wurde die Veranstaltung von der sächsischen Landesführung der parteinahen Jugendorganisation.

Die *NPD* hat, was die Zahl der WählerInnen und aktiven Mitgliedern angeht, gegenüber anderen Parteien aus dem rechten Spektrum deutlich das Nachsehen. Auf das Verbot der *Nationalen Sozialisten Chemnitz* konnte die *NPD* nicht mit einer Einladung zur Zusammenarbeit reagieren. Sie ging zu den *NSC* klar auf Distanz. Die Partei musste Rücksicht darauf nehmen, gemäßigtere Wählergruppen nicht zu verprellen.

3.5 Neue Rechte

Grundlegendes Element der Ideologie der Neuen Rechten ist ein völkischer Nationalismus, dessen Ziel es ist, die ethnische Homogenität der Völker, die vor Einwanderung geschützt werden müsse, zu bewahren (vgl. Antifaschistisches AutorInnenkollektiv 2005).¹¹ Die Zugehörigkeit zu einer Nation (dem Kollektiv) wird von vielen AnhängerInnen der

¹¹ Auf die Entstehung, Vordenker (v. a. zur Zeit der Weimarer Republik), die Beziehung zur *Nouvelle Droite* in Frankreich und auf die teils widersprüchlichen Ziele und Ideologien können wir nicht weiter eingehen.

Neuen Rechten nicht mehr hauptsächlich biologisch (d. h. über die Blutsverwandtschaft) konstituiert, sondern über die kulturelle Zugehörigkeit. Dem Nationalstaat wird hierbei die Rolle der Agitation zugeschrieben. Seine Aufgaben sehen die VertreterInnen der Neuen Rechten in der Umsetzung eines nationalen Sozialismus, im Natur- und Heimatschutz und in der Aufrechterhaltung einer „naturwüchsig“ hierarchisierten Gesellschaft, die von einer elitären Gruppe geführt wird. Die Ökonomie hätte sich dem Staat und den völkischen Interessen unterzuordnen.

Als Denkfabrik der Neuen Rechten gilt das 2000 von Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann privat gegründete *Institut für Staatspolitik (IFS)*, das seit 2003 die Zeitschrift *Sezession* herausgibt. Auf der zugehörigen Internetseite *Sezession im Netz* wirbt das *ISF* u. a. für die Thesen Thilo Sarrazins und schafft damit den Brückenschlag über die Rechtskonservativen hinweg bis in den Mainstreamdiskurs. Die *Junge Freiheit* gilt mit ca. 12.000 Exemplaren als das auflagenstärkste Wochenblatt der Neuen Rechten und wird ideologisch vom *IFS* maßgeblich beeinflusst.

Mit dem Institut *Dresdner Schule* wurde im Jahr 2005 eine weitere Einrichtung gegründet, die als akademisches Forum zur Schulung und Identifikation der Neuen Rechten beitragen und der Elitenbildung akademischen Nachwuchs besorgen soll. Auch wenn diese Thinktanks als „strategisches Mittel der extrem Rechten“ verstanden werden können, stellen sie weniger einen „Marsch in die Mitte der Gesellschaft“ dar, als vielmehr eine Hilfestellung, bereits weit verbreitete menschenverachtende Einstellungen in akademisches Vokabular zu hüllen.¹² Spätestens seit 2010 kann dieses Projekt aus dem Umfeld der *NPD* als misslungen angesehen werden. Das Institut blieb mit seinen wenigen Veröffentlichungen und Veranstaltungen weit hinter den Erwartungen von rechter Seite zurück (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung o.J.).

Als Rekrutierungsstrukturen dienen überdies die Burschenschaften, die als studentische Verbindungen und Lebensbundgemeinschaften das politische Verständnis in den Universitäten und der Gesellschaft mit prägen. Dort finden männliche Studenten nicht nur Unterstützung oder politische Bildungsangebote während der Studienzeit, sondern sogar „Freunde fürs Leben“. Mit ihren Prinzipien „Freiheit – Ehre – Vaterland“ wirbt beispielsweise die *Leipziger Burschenschaft Germania*, die älteste Burschenschaft Sachsens, auf ihrer Homepage um neue Mitglieder. Das Selbstverständnis dieser Burschenschaft ist völkisch-national ausgerichtet. In ihrer Selbstdarstellung heißt es:

Wir Leipziger Germanen lehnen daher die so genannte „multikulturelle Gesellschaft“ und die Auflösung der Souveränitätsrechte unseres Volkes ab. Nur als Volk mit den Völkern Europas, welche die Werte abendländischer Kultur vertreten, können wir Europa als eine Gemeinschaft der Vaterländer gestalten. (Leipziger Burschenschaft Germania o. J.)

Studentische Verbindungen wie die *Germania* sind zumeist streng hierarchisch organisiert und für archaische Rituale wie die Mensur bekannt.¹³ Sie konservieren und reproduzieren anti-emanzipatorische Weltbilder, die von Sexismus und Chauvinismus geprägt sind. Innerhalb des Wissenschafts- und Bildungsbetriebes stellen sie den akademischen Arm der Neuen Rechten dar. Darüber hinaus haben sie Kontakte zur Neonaziszene, die sie in personellen Beziehungen und in gemeinsamen Veranstaltungen pflegen.

Doch nicht nur an deutschen Hochschulen ist die Neue Rechte aktiv. Strategisch, inhaltlich und strukturell gibt es mehrere Anknüpfungspunkte an die sogenannten „Bürgerbewegungen“ wie *PRO Köln*, *PRO NRW* oder *PRO Deutschland*, aber auch an die *AfD*. So heißt es in einer Analyse der *Fachhochschule Düsseldorf* 2008, dass „die Gründung vieler lokaler PRO-Ableger und deren Vernetzung [der] Etablierung einer Sammlungsbewegung des politischen Rechts-

¹² Ihre Finanzierung läuft teils über öffentliche, teils über private Institutionen (vgl. Zais 2006, S. 2ff.)

¹³ Eine Mensur ist ein streng reglementierter Fechtkampf, in dem beide Paukanten (die Fechter) ihre Tapferkeit unter Beweis stellen und dabei Verletzungen im Gesicht (Schmissen) in Kauf nehmen müssen. Weitere Informationen unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Mensur_\(Studentenverbindung\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Mensur_(Studentenverbindung)) oder apabiz e. V. 2006.

außenspektrums“ bzw. einer „rechtspopulistischen Partei“ dienen soll (vgl. Häusler/Peters 2008, S. 31). Viele dieser Bewegungen zielen zudem nicht nur auf bürgerliche Kreise ab, sondern bedienen auch ganz gezielt Ängste und Vorurteile von Menschen unterschiedlicher Gesellschaftsschichten. Sie geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“, als „handlungsfähige Alternative“, die sich – im Gegensatz zu den „alten, korrupten“ Parteien oder den „Koalitionen der Abzocker“ – den gesellschaftlichen Problemen stelle. Hauptaugenmerk legen sie dabei auf Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung, „Multi-Kulturalismus“, Bildung und soziale Gerechtigkeit (vgl. ebd., S. 33ff.).¹⁴ Hier finden sich auch Argumentationsmuster der *AfD*. Ein besonderer aktueller Schwerpunkt ist die unverkennbar rassistisch motivierte Mobilisierung gegen MuslimInnen und den Islam (vgl. Jentsch 2011).

Auf den nächsten Seiten beleuchten wir die unterschiedlichen Aktivitäten und Organisationsstrukturen der Neuen Rechten in Chemnitz. Außerdem zeigen wir, welche Verbindungen und personellen Überschneidungen es zwischen der Neuen Rechten und anderen Teilen der Gesellschaft bzw. zur Neonaziszene gibt und wo rassistisches und völkisches Denken zu finden ist.

Neue Rechte in Chemnitz

Im Jahr 2002 gründete eine Gruppe von Schülern des Chemnitzer *Humboldt-Gymnasiums* die *Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz* (vgl. pB! Theodor Körner zu Chemnitz o. J.). Zu den Gründern gehörte Benjamin Jahn Zschocke, der heute als freiberuflicher Künstler und Autor beim Online-Magazin *Blaue Narzisse* arbeitet und von 2009 bis 2014 als Abgeordneter für *PRO CHEMNITZ* im Chemnitzer Stadtrat saß (siehe Kapitel 3.6). Darüber hinaus war er bis 2013 Vorsitzender des – nach außen unbedarften – *Karatevereins Tenno-Karate-Do Chemnitz e. V.*, wo er hauptsächlich Kinder und Jugendliche trainierte, doch abseits des Trainings auch andere Veranstaltungen organisierte. In der Vergangenheit gehörten dazu Wanderungen zum *Theodor-Körner-Denkmal* in Braunsdorf, bei dem die rechte Burschenschaft gegründet wurde.

Die Burschenschaft ist mangels Nachwuchs heute kaum noch aktiv. Die Gründungsmitglieder gehen nicht mehr zur Schule, haben allesamt den Alte Herren-Status inne, und nur noch gelegentlich veranstalten sie Wanderungen oder Stiftungsfeste.

Ein wesentlicher Teil der *Pennalen Burschenschaft* ist inzwischen in anderen neurechten Zusammenhängen aktiv. So gründeten mehrere Alte Herren im Jahr 2004 die rechte Schülerzeitung *Blaue Narzisse*.¹⁵ Zwei Jahre lang konnte das Magazin an Chemnitzer Schulen verteilt werden, bis es 2006 an vier Gymnasien verboten wurde (vgl. Wikipedia o. J.). Der Druck wurde zunächst gänzlich eingestellt, allerdings manifestierte sich die *Blaue Narzisse* unterdessen als Online-Magazin. Den Gründungsmitgliedern Felix Menzel und Benjamin Jahn Zschocke gelang es, eine beachtliche Zahl AutorInnen um sich zu versammeln. Im September 2008 erschienen wieder Druckausgaben, die im Internet bestellt werden konnten. 2009 wurde ein erneuter Versuch gestartet, die Zeitschrift an Chemnitzer Schulen zu verteilen. Felix Menzel gründete am 1. Juli 2013 in Dresden ein *Zentrum für Jugend, Identität und Kultur*. Hier wird nun auch das Online-Magazin produziert (vgl. Hoffgaard 2013).

Die *Blaue Narzisse* konnte mehrfach nichtrechte KünstlerInnen und Bands für Interviews gewinnen. Beim Lesen der Interviews wird schnell klar, welches Ziel hier verfolgt wird: Aussagen, in denen eine unreflektierte Adaption gesellschaftskritischer Themen bemängelt wird, werden gezielt aufgegriffen und unterschwellig zu einer Art Rebellion gegen den angeblich linken Mainstream verklärt. So versucht die *Blaue Narzisse*, durch gezielte Fragestellungen gesellschaft-

¹⁴ Darüber hinaus machen Häusler und Peters deutlich, mit welchen Strategien (z. B. Simplifizierungen, Schaffung von Feindbildern, Reduzierung komplexer Probleme auf das Nationale) diese „Bürgerbewegungen“ arbeiten, und welche Kontakte sie zu nationalistischen Parteien wie der NPD und anderen Personen aus dem Neonazispektrum pflegen (vgl. Häusler/Peters 2008).

¹⁵ Die *Blaue Narzisse*, die sich nach eigenen Angaben an ein „junges, konservatives Publikum“ richten möchte, wird getragen vom Verein *Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V.*, der im Dezember 2009 gegründet wurde.

liche Akzeptanz gegenüber neurechten Positionen zu suggerieren (vgl. Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V. 2009a).

Einige AutorInnen der Zeitschrift versuchen auch durch andere ungewöhnliche Betätigungen Aufsehen zu erregen. So war der 29-jährige Chefredakteur Menzel bestrebt, sich neben seiner publizistischen Tätigkeit bei der *Sezession*, der *Jungen Freiheit* und eben der *Blauen Narzisse*, zusammen mit seinen Mitstreitern Aktions- und Protestformen anzueignen, die bislang hauptsächlich als Gesellschaftskritik von links verstanden wurden. Dies äußerte sich zum einen in sogenannten *konservativ-subversiven Aktionen (KSA)*, bei denen zumeist mit Flugblattaktionen, Ruhestörungen und Besetzungen vermeintlich ungerechte oder „sozialistische“ Ereignisse angeprangert werden sollten. Zum anderen trat Menzel beispielsweise im Jahr 2010 unter dem Pseudonym „Erik Jungenstein“ bei mehreren bundesweiten *Poetry Slams* auf. 2009 veröffentlichte er sein Buch *Medienrituale und politische Ikonen* (Menzel 2009). Was Menzel mit seinen Handlungen verfolgt, formulierte er in einem Video zu einer KSA in Chemnitz unmissverständlich: „Wir kämpfen weiterhin für eine Normalität des rechten Denkens“ (vgl. Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V. 2009b). 2014 war er Mitautor des Heftchens *Ansturm auf Europa – Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?*

Bei einem weiteren Mitbegründer der *Pennalen Burschenschaft* (als Alter Herr) handelt es sich um Martin Kohlmann, der 1999 neben dem ehemaligen CDU-Mitglied Reinhold Breede als Mitglied der *Republikaner* in den Chemnitzer Stadtrat einzog (vgl. Limbach 2010). Der 37-jährige Kohlmann war bereits mit 21 Jahren Kreisvorsitzender der Republikaner. Heute ist er Parteivorsitzender der Nachfolgepartei *PRO CHEMNITZ*.

Chemnitz wehrt sich

Chemnitz wehrt sich startete im Oktober 2014 als *Facebook*-Seite und kündigte eine Demonstration am Karl-Marx-Monument an. Initiatorin der Kampagne ist Kathrin Müller. Sie hielt auch die einzige Rede bei der ersten Demonstration der Gruppe am 22. November 2014. Zu der Versammlung kamen ca. 400 Menschen, sie wurde begleitet von einem etwa ebenso großen Gegenprotest. Müller bemüht sich immer wieder klarzustellen, *Chemnitz wehrt sich* habe mit „Nazis“ nichts am Hut. Da sich die DemonstrationsteilnehmerInnen auf *Facebook* nicht an die auferlegten Verhaltensregeln hielten („Ausdrücke wie Gesocks, Pack, vergasen [...] zu unterlassen“), mussten die OrganisatorInnen regelmäßig Kommentare löschen. Auch als schwarz-weiß-rote Fahnen nach einem Hinweis des *Bündnis Chemnitz Nazifrei* in die Liste der nicht erlaubten Gegenstände aufgenommen wurde, gab es unter den TeilnehmerInnen der Veranstaltung Unmut. Die Differenz zwischen äußerlicher Erscheinung und eigener Ideologie wird auch bei Müller deutlich. Als sie am 5. Dezember 2014 auf einer Demonstration gegen die Unterkunft für Asylsuchende in Chemnitz-Ebersdorf eine Rede hielt, ließ sie durchblicken, dass ihre Weltanschauung in großen Teilen mit der der *NPD* deckungsgleich ist. Unter anderem führte sie aus, Menschen, die vor Bürgerkrieg, Armut und Hunger flüchten, sollten stattdessen in ihren Heimatländern bleiben und es mit eigener Kraft wieder aufbauen. Damit übergeht sie auf ignorante Weise die realen Situationen, die Flüchtlinge zur Flucht bewegen. Am 13. Dezember 2014 fand die zweite Demonstration der Gruppe statt. Es war möglicherweise Absicht, dass die Versammlung für die gleiche Zeit angemeldet wurde, in der eine Demonstration des *Asylum Seekers Movement* in unmittelbarer Nähe stattfand. Dem rechten Aufzug schlossen sich rund 400 Personen an. Die Menge, darunter zahlreiche VertreterInnen der *NVC*, skandierte „Wir sind keine Nazis!“ und „Wir sind das Volk!“ Nach der Auflösung der Versammlung versuchte eine Gruppe TeilnehmerInnen, mehrere PressevertreterInnen anzugreifen.

3.6 PRO CHEMNITZ

Als die *Republikaner* 1999 in den Stadtrat von Chemnitz einzogen, erhielten sie noch keinen Sitz in den Ausschüssen, Aufsichtsräten oder Beiräten. Dies änderte sich erst mit der Kommunalwahl 2004, bei der die *Republikaner* mit 10,3 % das bis dato beste Wahlergebnis einer rechten Partei in einer Großstadt seit dem Zweiten Weltkrieg erzielten. Martin Kohlmann und sein Parteikollege Michael Haubold bildeten zusammen mit Cornelia Horn, Elke Reuter-Kazackin und dem *DSU*-Mitglied Roland Naumann eine gemeinsame Fraktion, die so über einen Sitz in den verschiedenen Ausschüssen der Stadt verfügte.¹⁶ Naumann wurde nach seinem Tod 2009 durch den *Republikaner* Jan Friedemann ersetzt. Seit der Wahl im Juni 2009 besteht die Stadtratsfraktion nur noch aus drei Abgeordneten: Martin Kohlmann, Benjamin Jahn Zschocke und Joachim Ziems. Mit den Wahlen im Mai 2014 wurde Benjamin Jahn Zschocke durch seinen Vater Joachim Zschocke ersetzt. Die Fraktion hat seit 1999 zweimal eine Namensänderung beantragt. Zur Wahl 2009 ist die Fraktion unter dem Namen *Pro Chemnitz.DSU* angetreten, mittlerweile nennt sie sich *Bürgerbewegung PRO CHEMNITZ* (kurz: *PRO CHEMNITZ*). Immer wieder treten für *PRO CHEMNITZ* Personen aus der Kameradschaftsszene als Kandidaten zu Wahlen an. 2009 war es Maik Otto, der auf der Liste der Partei für die Szene als „Kandidat der Freien Kräfte“ aufgestellt wurde. Bei den Stadtratswahlen 2014 traten für *PRO CHEMNITZ* weitere bekannte Neonazis an. Dabei handelte es sich um Robert Andres, Lars Franke, Rick Bochert, Patrick Häsler und Nino Hänselmann, Mitglied der verbotenen *NSC*. Hänselmann war nicht nur Mitläufer, sondern gehörte zum Kern der *NSC*. Kohlmann relativierte das und zog keine Konsequenzen. Im Rahmen der Ermittlungen zum *NSU* stellte sich heraus, dass Franke mit dem *NSU*-Trio bekannt war. Hinzu kommen gute Verbindungen Frankes über Hendrik Lasch in die Rechtsrockszene. Auf einem Urlaubsbild Frankes, auf dem er ein Shirt mit Bezug zum NS-Kolonialismus in Afrika trägt und ein schwarzes Kind mit einem Helm mit Reichsflagge posieren lässt, wird Frankes Nähe zur Ideologie des Dritten Reiches deutlich. Das Aufstellen dieser Kandidaten zeigt die Öffnung von *PRO CHEMNITZ* gegenüber der Chemnitzer Kameradschaftsszene und dass die *Freien Kräfte* nach ihrem Bruch mit der *NPD* nun mit einer anderen Partei zusammenarbeiten können.

In der Person Kohlmanns verfügt *PRO CHEMNITZ* über gute Verbindungen zur Kameradschaftsszene, insbesondere zu den *NSC*. Mitglieder der *NSC* wurden mehrfach vor Kohlmanns Kanzlei in der Brauhausstraße 6 gesehen, bei Demonstrationen zeigen sich *NSC* und Kohlmann gemeinsam. Zudem pflegt man untereinander *Facebook*-Freundschaften und Kohlmann übernahm bereits in mehreren Prozessen gegen Personen aus *NSC*-Kreisen die Anwaltschaft. Auch andere Neonazis vertritt Kohlmann immer wieder vor Gericht. So war er Anwalt des ehemaligen *NPD*-Chefs Günter Deckert bei einer Klage auf Baugenehmigung zum Umbau eines Gasthofes (vgl. Walther 2014). Für den Antisemiten und Anhänger einer „Kommissarischen Reichsregierung“ Christian Bärthel übernahm Kohlmann das Mandat bei der Anfechtung einer Bürgermeisterwahl (vgl. Mielcarek 2014).

Doch nicht nur über die personellen oder parteilichen Verbindungen zeigt sich die rechte Ideologie Kohlmanns und seiner nach außen hin unscheinbaren „Bürgerbewegung“. Seine revisionistische Haltung kommt z. B. in seiner „Erklärung aus aktuellem Anlass – 5. März Gedenken an die Zerstörung von Chemnitz“ zum Ausdruck:

Solang in den Reden der Oberbürgermeisterin gebetsmühlenartig jedes Jahr der Krieg dorthin zurückkehrt, von wo er angeblich kam, nämlich vom Bernsdorfer Kinderheim – nein – aber zumindest aus Deutschland, solange müssen wir dem eben widersprechen. Liebe Frau Oberbürgermeisterin, dass der Krieg allein von Deutschland ausging [...]. Es ist mittlerweile weithin bekannt, wie lange und intensiv die deutsche Regierung eine friedliche Lösung versuchte und welche großen Zugeständnisse sie sogar zur Lösung der damals schon lange schwelenden Konflikte anbot. (Kohlmann zit. nach Giegengack 2009, S. 7)

¹⁶ Die *DSU* (*Deutsche Soziale Union*) gilt als liberal-konservative bzw. national-liberale Partei.

Kohlmann, sonst bemüht, in der Öffentlichkeit nicht mit diesen Kreisen in Verbindung gebracht zu werden, marschierte zudem am selben Abend zusammen mit Vertretern des *Aktionsbündnis Erzgebirge* in einer Reihe. Sie trugen gemeinsam das Transparent „In Gedenken an tausende Unschuldige – 5. März 1945 – Chemnitz in Trümmern“.

Ähnlich wie bei der *NPD* sind auch bei *PRO CHEMNITZ* Strategien zu beobachten, sich Themen der Mitte oder der Linken anzueignen¹⁷ und diese entsprechend umzudeuten. Beliebte Bereiche sind die Familienpolitik, der Natur- und Umweltschutz und die Kritik an der Globalisierung oder am Krieg. Sie versuchen, sich moderat zu geben und das dahinterliegende Weltbild zu erklären (vgl. Held et al. 2007, S. 142). Im Unterschied zur *NPD* nimmt *PRO CHEMNITZ* zum Nationalsozialismus eine distanzierte oder schweigende Haltung ein. Mit der Rede vom „Volkstod“ oder den „Völkermassen fremder Ethnien, die ins Land geholt werden“ (vgl. Giegengack 2009, S. 6), schließt *PRO CHEMNITZ* indes an die völkisch nationalen Diskurs der *NPD* an, die für ein „Sachsen ohne Multi-Kulti“ und den Erhalt der „Heimat“ eintritt. Vergleichbar mit anderen *PRO*-Bewegungen mobilisiert *PRO CHEMNITZ* für den Erhalt der „deutschen Kultur“, die Zurückweisung von MigrantInnen und gegen eine angebliche „schleichende Islamisierung“. Zugleich treten sie immer wieder durch Themen in Erscheinung, mit denen sie Bürgernähe und Handlungsfähigkeit demonstrieren wollen. In der Wahlpropaganda von *PRO CHEMNITZ* vom Mai 2009 wurde dies thematisch und lokalspezifisch z. B. auf den Erhalt von Bauwerken aus der Gründerzeit oder von Plattenbauten zugeschnitten.

Robert Andres – Kohlmanns Mann in der Szene

Am 31. März 2014 wurde auf der Homepage von *PRO CHEMNITZ* der Austritt von Robert Andres aus der *AfD* und seine Stadtratskandidatur für *PRO CHEMNITZ* verkündet. Kohlmann lobte in dem Beitrag Andres als „absolute Bereicherung für unser Kandidatenteam“ (vgl. *PRO Chemnitz* 2014). Denn mit Andres trat nun ein Kandidat für *PRO Chemnitz* an, der als Kopf der *Bürgerinitiative Sicherheit in Chemnitz – Wir für Ebersdorf* Stimmung gegen Flüchtlinge macht (vgl. König 2013). Die Gruppe fordert die Schließung von Unterkünften für Flüchtlinge und führt regelmäßig sogenannte „Bürgerstreifen“ und Veranstaltungen gegen Flüchtlingswohnheime durch. Doch Andres war nicht nur Mitglied der *AfD*, ist Anführer einer flüchtlingsfeindlichen Bürgerinitiative und *PRO-CHEMNITZ*-Kandidat. Er pflegt zusätzlich Kontakte zu *JN* und *NPD*. So nahm er an deren Kundgebung „Nein zum Heim in Rötha“ am 25. Mai 2014 teil (vgl. *Inventati.org* 2014). Auch die Nähe zur verbotenen Organisation *NSC* wurde bei seiner Teilnahme an Veranstaltungen wie einer Demonstration gegen das Verbot der *Nationalen Sozialisten Döbeln* offensichtlich. Auch der sächsische Verfassungsschutz stellte fest, dass auf einer Veranstaltung von Andres' Bürgerinitiative und *PRO Chemnitz* „Vertreter der Neonationalsozialisten“ teilnahmen (Sächsisches Staatsministerium des Innern 2014, S. 100). Zuvor hatte Kohlmann im Frühling an einer Demonstration der *NSC* teilgenommen. Am 13. Dezember 2014 sprach Robert Andres im Namen von *PRO Chemnitz* auf einer weiteren Demonstration von *Chemnitz wehrt sich*. Für die rechte *Blaue Narzisse* ließ er sich zu seiner Initiative interviewen. Deren Chefredakteur Felix Menzel führte für Andres' Initiative eine Lesung durch. Damit ist Andres ein gut vernetzter Multifunktionär an der Schnittstelle zwischen der populistischen, der „extremen“ und der Neuen Rechten.

17 Der oftmals gleichgültige Umgang mit der Aneignung linker Themen durch rechte Kreise birgt die Gefahr, dass das Auftreten und der Einfluss der AgitatorInnen auf die Diskurse in der Gesellschaft unterschätzt wird oder die Schnittmengen und Übereinstimmungen mit einer sich demokratisch glaubenden Mitte ignoriert werden. Es mag sein, dass es rechten Parteien dabei vor allem um Wählerstimmen geht, doch zeigt ein genaueres Hinschauen, dass die Auswahl und Aufbereitung der „angeeigneten“ Themen sehr wohl der üblichen neonazistischen und rassistischen Logik entsprechen. Daher halten wir es für unzureichend, Neonazis und ihre GesinnungspartnerInnen zu ignorieren oder zu belächeln, wenn sie sich wieder mal ein linkes Themenfeld einverleiben. Wir sind stattdessen der Meinung, dass dieser Strategie eine größere und kritischere Aufmerksamkeit zuteil werden muss.

Sozial- und Familienpolitik

Unter dem Slogan „Die anderen oder Wir“ versucht sich die Fraktion unter Kohlmann, gegenüber den großen Parteien ins „rechte Licht“ zu rücken. Mit Sprüchen wie: „Oben prasst, unten spart“, „Warum Harz IV Unrecht ist“ oder „Freibäder statt Gunzenhauser“¹⁸ stellen sie sich – wie die NPD mit ihren Parolen „Familien fördern“ oder „Soziale Gerechtigkeit durchsetzen“ – auf die Seite der „kleinen Leute“, die von der Politik nichts mehr zu erwarten hätten.

Sicherheit und Ordnung

Ein beliebtes Thema der rechten Bürgerbewegungen und Parteien ist die Sicherheits- und Ordnungspolitik. Während die NPD für stärkere Grenzkontrollen plädiert, die zu vermeintlich weniger Einwanderung von „Ausländern“, Kriminalität und Arbeitslosigkeit führen würden, wird bei PRO CHEMNITZ vor der „Explosion linker Gewalt“ gewarnt, die auf die Finanzierung des Staates (z. B. durch lokale Aktionspläne) zurückzuführen sei. Damit greift sie argumentativ auf das Extremismusmodell zurück (siehe Kapitel 1.1). In letzter Zeit engagiert sich PRO CHEMNITZ verstärkt gegen Flüchtlinge und organisiert dazu Kundgebungen, auf denen regelmäßig Martin Kohlmann spricht. PRO Chemnitz unterstützt außerdem – wie die AfD – die Dresdner Anti-Islambewegung Pegida.

Engagierte Menschen, die sich gegen Neonazis, Neue Rechte und rassistische und menschenverachtende Einstellungen in Gesellschaft und Politik einsetzen, sehen sich verstärkt mit Diffamierungen und Vorwürfen konfrontiert, sie seien „linksextreme, gewaltbereite Chaoten“. Mit den Forderungen der PRO CHEMNITZ-Fraktion, lokale Aktionspläne „ganz klar gegen linke Gewalt ein[z]u beziehen“, repräsentiert diese Bewegung indes nur das, was auf bundes- und landespolitischer Ebene bereits seit Längerem diskutiert wird (vgl. PRO CHEMNITZ 2010).

3.7 AfD – Alternative für Deutschland

Die *Alternative für Deutschland* wurde am 6. Februar 2013 in Berlin gegründet. Ihre politische Einordnung gestaltet sich schwierig, da sie gern mit verschiedenen Ideologieversatzstücken spielt, um möglichst viele WählerInnen anzusprechen. Sie kann dennoch als eine populistische Partei aufgefasst werden, die deutlich rechts von der CDU steht. Die AfD ist keine Partei der „extremen“ Rechten, sondern agiert mehr in einer Art Grauzone des Rechtspopulismus. In der AfD gibt es drei Hauptströmungen: eine neoliberale, eine nationalkonservative und eine rechtspopulistische. Man kann der Partei zudem Wohlstandschauvinismus vorwerfen (vgl. Häusler 2014). In den Programmen der Partei und den Aussagen ihrer PolitikerInnen finden sich nationalistische Elemente, die Abwertung von (insbesondere muslimischen) MigrantInnen, eine sehr konservative Familienpolitik und das Schüren von Ängsten vor Kriminalität (vgl. Zick/Küpper 2014, S. 120).

Bei den WählerInnen der AfD ist ein „überdurchschnittliches Ausmaß an Zustimmung zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen sowie Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosen, festzustellen“ (Zick/Klein/Melzer 2014, S. 47). Bei AfD-SympathisantInnen ist zudem ein marktförmiger Extremismus¹⁹ nachweisbar, der bei Nicht-AfD-SympathisantInnen nur halb so stark ausgeprägt ist (vgl. Groß/Hövermann 2014, S. 112f.). Zusätzlich ist ein deutlicher Zusammenhang bei AfD-AnhängerInnen zwischen diesem marktförmigen Extremismus und Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit, Diktaturbefürwortung, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus feststellbar (vgl. ebd., S. 116f.). Die AfD schafft es nun, genau diesen Zusammenhang mit Plakaten und Aussagen so

¹⁸ Das Chemnitzer Museum Gunzenhauser ist ein Kunstmuseum der klassischen Moderne.

¹⁹ Groß und Hövermann sehen in unternehmerischer Selbstoptimierung und radikaler Wettbewerbsideologie einen marktförmigen Extremismus, der zu Überzeugungen führen kann, die Ungleichwertigkeit und Menschenfeindlichkeit einschließen. Dabei handelt es sich um eine „extreme Form marktförmigen Denkens“ (Groß/Hövermann 2014, S. 103).

anzusprechen, dass sie daraus Potential schlagen kann. Und gerade weil unternehmerisches Denken in der Mitte der Gesellschaft als ein wichtiger Wert angesehen wird, ist ein Teil dieser Mitte für die Argumente der *AfD* anfällig.

Die AfD in Sachsen

Bei den sächsischen Landtagswahlen 2014 erzielte die *AfD* 9,75 % und zog mit 14 Abgeordneten in den sächsischen Landtag ein. Ihr Wahlprogramm und die Wahlplakate zielten dabei auf jene Wählerschichten ab, die für rechtspopulistische Aussagen empfänglich waren. So forderte die Partei in ihrem Wahlprogramm, dass mehr deutschsprachige Titel in Radio und Fernsehen gespielt werden müssten oder dass Moscheen mit Minaretten nur nach Volksabstimmungen gebaut werden dürften (vgl. Häusler 2014). Zudem verlangte die Partei, dass Geschichtsunterricht primär für die Förderung eines positiven Identitätsgefühls zu strukturieren sei und die Schwerpunkte daher auf die „positive“ Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert gelegt werden müssten (vgl. *AfD* Sachsen 2014, S. 19). Damit wird eine Verschiebung der Erinnerungskultur weg von jetzigen Schwerpunkten wie Drittes Reich und Holocaust erhofft, ohne dies explizit zu äußern. Bei Abtreibungsfragen betont die Partei den „Lebensschutz“ des ungeborenen Kindes. Außerdem solle es, wenn es nach der *AfD* Sachsen geht, keine weitere Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften geben (vgl. ebd., S. 3). Nach der Wahl wurde bekannt, dass der *AfD*-Abgeordnete Detlev Spangenberg Mitglied einer rechtspopulistischen Partei und eines Vereins war, der ein „Deutschland in den Grenzen von 1937“ schaffen wollte. Daraufhin verzichtete die *AfD*-Spitze, Spangenberg zum Alterspräsidenten des Landtages zu bestimmen (vgl. Am Orde/Litschko 2014).

AfD Chemnitz

Die *AfD* Chemnitz zog nachvollziehbarerweise auch AnhängerInnen mit rechtem und rechtspopulistischem Weltbild an. So war Robert Andres *AfD*-Mitglied, bevor er im März 2014 wieder austrat und sich heute für *PRO CHEMNITZ* engagiert. Der *PRO CHEMNITZ*-Stadtrat Joachim Ziems schaffte es, aus seiner Partei auszutreten, in die *AfD* einzutreten, um danach wiederum zu *PRO CHEMNITZ* zurückzukehren. Bei der Stadtratswahl 2014 erzielte die *AfD* in Chemnitz aus dem Stand 5,64 % und zog mit Dr. Roland Katzer, Falk Müller und Thomas Sänger in den Stadtrat ein. Bei den Landtagswahlen erzielte die Partei in der Stadt ein Ergebnis von 9,22 % und verdoppelte damit fast ihren Stimmenanteil. Im Stadtrat ist die Partei bisher nicht mit rechtspopulistischen Anträgen aufgefallen. Und auch Fraktions- und Kreisverbandsseite stehen derzeit eher verwaist da.

Einzig auf ihrem Facebook-Profil sind seit Dezember 2014 wieder Aktivitäten zu verzeichnen. Neben Bildern von Veranstaltungen werden vor allem Botschaften der *AfD*-Fraktionsvorsitzenden im sächsischen Landtag, Dr. Frauke Petry, und anderer prominenter *AfD*-FunktionärInnen geteilt. Dabei fungiert auch die *AfD* Chemnitz als Sprachrohr für rechtspopulistische, migrations- und islamfeindliche sowie antifeministische Positionen. So werben Beiträge häufig für *PEGIDA* und fordern den von der *AfD* gelebten Dialog mit dieser Initiative. Aber auch die Diffamierung von Gendermainstreaming als „Wohlstandsmüll“ spielt für die Betreiber des Chemnitzer *Facebook*-Profils der Partei eine Rolle.

3.8 Reichsbürger und neue Montagsdemos in Chemnitz

Im Frühjahr 2014 versammelten sich in Berlin um Lars Mährholz, einen Eventmanager, jeden Montag immer mehr Menschen, um gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren. Diese Bewegung, die sich als neue Friedensbewegung sieht und zudem an vorherige *Montagsdemonstrationen* gegen das DDR-Regime 1989 oder Hartz IV 2003 anknüpfen will, bekam bald Ableger in vielen deutschen Städten. Die Macher hatten einen Nerv getroffen und so kamen neben tausenden in Berlin auch hunderte Menschen in Leipzig und Dresden. Problematisch an dieser neuen Bewegung ist die

verschwörungstheoretische Ideologie, die ihr von Anfang an innewohnt. So sehen Mährholz und seine MitstreiterInnen in der Notenbank der USA den Hauptgrund für alle Konflikte dieser Welt. Sie sei verantwortlich für alle Kriege der vergangenen hundert Jahre. Daneben gäbe es reiche einflussreiche jüdische Familien wie die Rothschilds, die über globale Macht verfügen würden und alles steuern könnten. Dieser Antisemitismus sorgte auch neben falsch verstandener Offenheit für alle politischen Ideologien dafür, dass RechtsesoterikerInnen und ReichsbürgerInnen Anschluss suchten und fanden. Sie sind heute ein fester Teil dieser Bewegung.

Mit einiger Verzögerung begannen auch in Chemnitz diese manchmal „Mahnwachen“ genannten Veranstaltungen. Nach und nach setzten sich die schrillsten und kuriosesten Meinungen durch. Auch wenn die Resonanz dieser neuen Chemnitzer *Montagsdemo* gering ist, finden wir es wichtig, ihre teils „extrem“ rechten und antisemitischen Thesen zu erwähnen.

Auf der Chemnitzer *Montagsdemonstration* darf nach Veranstalterangaben in Form eines offenen Mikrofons alles gesagt werden. Wiederkehrendes Thema ist die angeblich fehlende Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Da die VertreterInnen dieser These nicht in der Lage sind, die Zwei-plus-vier-Verträge²⁰ auch als abschließenden Vertragswerk für Souveränität und Frieden zu verstehen, wännen sie sich immer noch im „Deutschen Reich“. Die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, wird von ihnen als von den Siegermächten aufgezwungen angesehen und nicht anerkannt.

Ein weiteres Thema sind sogenannte „Chemtrails“. In tiefstem Antiamerikanismus wird hier behauptet, US-amerikanische und andere westliche Regierungen würden mit Sprühflugzeugen giftige Substanzen über der Bundesrepublik verteilen, um das „deutsche Volk“ auszulöschen. Oder es handele sich dabei um den Einsatz von „Wetterwaffen“.

Theodor W. Adorno, führender Denker der *Frankfurter Schule*, war nach Ansicht eines Redners Satanist und hätte deswegen die *Beatles* gegründet, die über gekaufte kreischende Teenager in den USA nur deshalb zu Weltstars gemacht wurden, um den Satanismus zu verbreiten. Adorno, der wegen der NationalsozialistInnen emigrieren musste, Satanismus vorzuwerfen, kann als antisemitisch eingestuft werden. In anderen Reden wird Hitler als großer Staatsmann dargestellt, der den Frieden bewahren wollte. Die Rothschilds, eine Bankiersfamilie, die seit dem 19. Jahrhundert Zielscheibe von Antisemiten ist, wird ebenso immer wieder angesprochen und eine führende manipulative Rolle im „Weltfinanzsystem“ vorgeworfen. Die Bundesrepublik sei zudem nur eine sogenannte BRD-GmbH, die Beamten nur Angestellte. Veränderungen im Aufklärungsunterricht werden als Versuch einer „Frühsexualisierung“ abgelehnt. Positiver Bezug wird auch auf den *NPD*-Liedermacher Frank Rennicke genommen; dieser werde zu Unrecht verunglimpft. Immer wieder ist auch die geheime Macht Israels und der USA Thema, ein Zeichen für Antisemitismus. Ein fehlendes Verständnis der Wirtschaft sieht außerdem im Zinseszins die „wahre Ursache“ für Wirtschaftskrisen und Ausbeutung. Neben den regelmäßig stattfindenden montäglichen Veranstaltungen ist die *Facebook*-Gruppe *Chemnitzer Montagsdemo* ein weiterer Anlaufpunkt. Hier finden sich vor allem Artikel der neurechten Wochenzeitung *Jungen Freiheit* oder aus dem rechtsesoterischen Kopp-Verlag. Etablierte Medien seien etwa von „Zionisten“ manipuliert. So sei die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ein „jüdisches Hetzblatt“. Auch die Theorie einer „Neuen Weltordnung“ findet hier Verbreitung. Geheime Kreise, darunter die Rockefellers und die Rothschilds, arbeiteten daran, gemeinsam über Geheimdienste die Welt zu beherrschen. Überall gebe es Pläne der „angloUSraelis“, die Welt in einen Krieg zu stürzen.

Die Chemnitzer Mahnwachen sind daher zum Teil ein Sammelbecken demokratiefeindlicher, antisemitischer, völkischer TheoretikerInnen, denen wachsam begegnet werden muss.

20 „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ (Art. 7 Abs 2, Zwei-plus-vier-Vertrag)

4 Rechte Aktivitäten in Chemnitz

In diesem Abschnitt berichten wir von rechten Aktivitäten in Chemnitz. Zum einen gehen wir auf rechte Straf- und Gewalttaten ein, zum anderen berichten wir über die wichtigen neonazistischen Ereignisse und Aktivitäten rechter Gruppen in Chemnitz, die zum Teil lagerübergreifend stattfanden. Nur ein Teil der Aktivitäten von Neonazis ist jedoch aufgedeckt und damit dokumentiert worden. Da es sich um eine Situationsanalyse für die Stadt Chemnitz handelt, verzichten wir darauf, von Ereignissen aus dem Umland zu berichten, wenn sie nicht unmittelbar mit Chemnitzer Strukturen verknüpft sind. In der Chronik rechter Ereignisse auf www.wachsam-in-chemnitz.de/chronik sind auch alle Ereignisse ausführlich aufgelistet.

4.1 Rechte Straf- und Gewalttaten in Chemnitz

In der Regel wird bei rechten Straf- und Gewalttaten von „politisch motivierter Kriminalität (PMK) – rechts“ gesprochen. Das Definitionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ erfasst alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen, sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind (vgl. Sächsisches Staatministerium des Innern 2009, S. 69). Die *Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder* hat folgende Definition gefasst:

Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet. (Bundesministerium des Inneren 2007, S. 30)

Anhand einer Gewalttäteranalyse des Politologen Richard Stöss zeigt sich bei TäterInnen rechter Gewalt folgendes Bild: Drei Viertel der TäterInnen sind Jugendliche und nur maximal 10 % sind weiblich. Die Hälfte der TäterInnen geht noch zur Schule oder befindet sich in Ausbildung, ein Viertel verfügt über eine abgeschlossene Lehre, ein Fünftel ist arbeitslos. Nicht alle gehören rechten Organisationen an oder stehen mit solchen in Verbindung. Es gibt auch TäterInnen, die nicht organisiert sind und dennoch menschenverachtende und ausländerfeindliche Einstellungen vertreten. Die Ursachen von rechter Gewalt sind unterschiedlich und vielschichtig. Schulische und mediale Einflüsse sowie gesamtgesellschaftliche, politische, soziale und wirtschaftliche Faktoren greifen ineinander (vgl. Stöss 2005, S. 157).¹

Neben den staatlichen Institutionen und wissenschaftlichen Untersuchungen dokumentieren vor allem die Opferberatungsstellen in ihren jährlich und halbjährlich erscheinenden Berichten rechts und/oder rassistisch motivierte Angriffe (Gewalttaten). Dabei handelt es sich ausschließlich um Körperverletzungen, Nötigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen sowie massive Sachbeschädigungen, die sich gezielt gegen Personen oder indirekt gegen bestimmte Betroffenen-Gruppen richten. Nach Angaben des *RAA Sachsen e. V.* weist Sachsen die höchste Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern auf. Dies belegen Erhebungen innerhalb der östlichen Bundesländer und Berlin. Mindestens jeden zweiten Tag wird in Sachsen ein Vorfall registriert. Zu den betroffenen Gruppen gehören People of Colour, alternativ aussehende und nicht rechtsorientierte Jugendliche, politisch Aktive, LGBT² und Behinderte (vgl. RAA

¹ Auch wenn die Zahlen belegen, dass rechte Gewalttaten häufig von jungen Männern begangen werden, sind rassistische und menschenverachtende Einstellungen nicht nur ein Problem einer männlichen Jugendkultur, sondern in der gesamten Bevölkerung vertreten (vgl. hierzu Kapitel 2).

² Die Abkürzung LGBT für Lesbian, Gay, Bisexual und Trans, also Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans (für Transgender und Transsexualität) steht für alle Menschen, die nicht der Heteronormativität entsprechen.

Sachsen e. V. 2014).

Im Jahr 2013 wurden von der Opferberatungsstelle 18 Angriffe für den Raum Chemnitz verzeichnet, im Vorjahr waren es 7. 12 Angriffe wurden aus rassistischen Motiven begangen, 2 Angriffe richteten sich gegen politisch Aktive und 4 gegen Nichtrechte³. 14 der Angriffe wurden als Körperverletzung registriert und 5 als Nötigung, Bedrohung und versuchte Körperverletzung. In 15 Fällen wurde Anzeige erstattet, 5 Taten wurden nicht zur Anzeige gebracht. 14 der registrierten Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt.

Den Zuwachs sieht der *RAA Sachsen e. V.* im Zusammenhang mit der teils offen rassistisch geführten Debatte über Asylsuchende, angeheizt durch hauptsächlich von der *NPD* organisierte *Facebook*- und Bürgerinitiativen. Außerdem sei es denkbar, dass sich durch erfolgreiche Netzwerkarbeit mehr Opfer rechter Gewalt an die Beratungsstelle gewandt haben.⁴ Es ist nicht möglich, genaue Zahlen von Angriffen und Betroffenen rechter oder rassistischer Gewalt zu erhalten. Auch die Zahlen der Beratungsstellen erlauben keinen Rückschluss auf das tatsächliche Fallaufkommen, da von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Weder bei der Polizei noch bei den Opferberatungsstellen werden alle diesbezüglichen Angriffe und Vergehen gemeldet. Nur ein Bruchteil der Straf- und Gewalttaten wird registriert und nicht alle Taten werden zur Anzeige gebracht. Von den Taten, die angezeigt werden, ziehen nur wenige juristische Folgen nach sich. Dies bestätigen Studien aus dem Jahr 2009. So wurde nach einer Befragung von 50.000 Jugendlichen durch das *Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen* bekannt, dass 80 % der von einer rassistischen Gewalttat betroffenen Jugendlichen keine Anzeige erstattet haben. Demgegenüber erklärten 76 % aller jugendlichen TäterInnen, dass gegen sie keine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet worden sei (vgl. Kulick/Staud 2009, S. 136f.). Gerade bei Tatbeständen wie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (auch Rufen von Parolen), Volksverhetzung oder Beleidigungen werden die Ermittlungen häufig eingestellt.

4.2 Rechte Ereignisse in Chemnitz

Der 5. März

Das wohl wichtigste Ereignis für rechte Kreise in Chemnitz ist der jährlich stattfindende, bereits mehrfach erwähnte „Trauermarsch“. Anlässlich der Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten 1945 versammeln sich jedes Jahr Neonazis in mehreren Städten, um der „deutschen Opfer“ zu gedenken. Dabei wird die Geschichte dahingehend umgedeutet, dass die Alliierten grund- und wahllos die Zivilbevölkerung bombardiert hätten, und die Kriegsschuld Deutschlands ausgeblendet. Mindestens seit 2004 findet in Chemnitz an jedem 5. März eine öffentliche Versammlung zu diesem Anlass statt. Bis 2008 wurden jeweils stationäre Kundgebungen, meist am ehemaligen Kinderheim in Bernsdorf, abgehalten. Der Ort wurde bewusst gewählt, da hier während der Bombenangriffe mehrere Kinder ums Leben kamen, die nun trefflich als Inbegriff der unschuldigen deutschen Opfer instrumentalisiert werden können. Angemeldet wurden diese Kundgebungen meist von Martin Kohlmann (siehe Kapitel 3.6), ebenso 2009, als zum ersten Mal eine Demonstration der Rechten stattfand. In seinem Erscheinungsbild wurde der Aufmarsch klar von den *Freien Kräften* dominiert, die *NPD* und tschechische Nationalisten nahmen ebenfalls teil.

2010 übernahm die *NPD* die Anmeldung und die *IG Chemnitzer Stadtgeschichte* mobilisierte mit einer eigens eingerichteten Internetseite für diese Veranstaltung (vgl. Uhlig 2010). 500 bis 600 Neonazis folgten dem Aufruf und

³ Die Formulierung geht auf den *RAA Sachsen e. V.* zurück. Mit Nichtrechten sind alle Menschen gemeint, die aufgrund ihres Aussehens oder Auftretens nicht ins Weltbild der Nazis passen. Häufig sind alternativ aussehende Menschen von Übergriffen betroffen.
⁴ Weitere Einblicke bieten die Jahresberichte der Opferberatungsstellen.

bildeten so einen der größten Aufmärsche in Chemnitz nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch am 5. März 2011 wurde marschiert – unter dem Motto „Die Opfer waren unsere Familien“. Zwischen 400 und 500 Neonazis folgten diesmal der Mobilisierung. Trotz der etwa 1.000 Gegendemonstranten gelang es der *NPD* mithilfe eines massiven Polizeiaufgebots, den Aufmarsch einmal um die Innenstadt herumzuführen. Als Redner traten zwei Mitglieder der *NPD*-Fraktion des sächsischen Landtages, Andreas Storr und Arne Schimmer auf, sowie Michael Brück aus Dortmund und Patrick Fischer (*Freie Kräfte*) als Vertretung für Sven Willhardt.

Abb. 12: Neonazis am Fronttransparent beim jährlichen „Trauermarsch“ am 5. März 2013



Durch mehrere Gegenkundgebungen und -demonstrationen konnte am 5. März 2012 verhindert werden, dass die Neonazis ein zweites Mal auf dem Chemnitzer Innenstadtring marschieren durften. Stattdessen stand ihnen eine lange Route durch Bernsdorf offen, 250 TeilnehmerInnen zählte der Verfassungsschutz. Als Redner traten Sven Willhardt (Chemnitz), Simon Richter (Radeberg) und Maik Müller (Dresden) auf. Angemeldet wurde der Aufmarsch erneut von der *IG Chemnitzer Stadtgeschichte*. Ein Großaufgebot der Polizei sicherte den Aufmarsch ab und verhinderte so Blockadeversuche der insgesamt rund 5.000 GegendemonstrantInnen.

2013 gelang es dem *Bündnis Chemnitz Nazifrei* zum ersten Mal, die Demonstration der Neonazis zu blockieren. Die ca. 210 Rechten konnten vom Südbahnhof nur etwa 500 Meter laufen, bis sie an die erste Blockade gelangten. Sie beschlossen deshalb, nach 200 Metern eine Kundgebung abzuhalten und danach den „Trauermarsch“ aufzulösen. Wie im Vorjahr redeten die Neonazikader Simon Richter und Maik Müller, außerdem trat Maik Arnold zum ersten Mal unter seinem bürgerlichen Namen in Erscheinung. Zählt man die Aktion *Chemnitzer Friedenskreuz* auf dem Neumarkt dazu, waren an diesem Tag 3.100 Menschen gegen Neonazis auf der Straße.

2014 gelang die Blockadetaktik erneut. Nachdem sich etwa 300 TeilnehmerInnen der rechten Versammlung am Goethering getroffen hatten, um eine große Runde durch den Stadtteil Kappel zu marschieren, sahen sie sich auf der Lützowstraße zwei größeren Blockaden gegenüber und beschlossen in Absprache mit der Polizei, kehrtzumachen und zum Ausgangspunkt zurückzulaufen. Wieder hielten Simon Richter und Maik Müller Reden, Müller war in diesem Jahr außerdem für die Anmeldung mitverantwortlich. Außerdem redete mit Per Lennart Aae ein Berater der *NPD*-Fraktion im Sächsischen Landtag. Vor dem Hintergrund der Spaltung von *NSC* und *NPD* vermag der Einsatz von Aae zunächst verwundern. Für den 5. März schienen sich die *NSC* allerdings ein Stück weit in Richtung Partei zu öffnen. Darüber hinaus machte es den Anschein, als genieße Aae als Berater im Gegensatz zu den Abgeordneten einen guten Ruf in der gesamten Szene. Vonseiten der Neonazis kam es an diesem Tag zu zwei Körperverletzungen, vier Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, einen Verstoß gegen das Waffengesetz und einmal zum Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Demos, Vorträge, Tanz und Wandern

Neben den „Trauermärschen“ fanden von 2009 bis Ende 2011 nur zwei weitere öffentliche rechte Versammlungen in Chemnitz statt: Eine Spontandemonstration gegen staatliche Repression am 20. September 2009 und eine Kundgebung gegen eine Israel-Solidaritätskundgebung am 18. Januar 2009.

Seit 2012 ist die Anzahl an Demonstrationen und Kundgebungen in Chemnitz von rechter Seite drastisch gestiegen. So gab es im Chemnitzer Stadtgebiet bis zum 10. Dezember 2014 insgesamt 20 rechte öffentliche Versammlungen.

Mitte 2012 kam es zu Protesten der Chemnitzer *NPD* gegen einen ehemaligen Sexualstraftäter in Bernsdorf in Form einer Kundgebung und später einer Demonstration. Im Oktober 2012 führte die Sachsen-*NPD* zwei Kundgebungen unter dem Motto „Einmal Sachsen und zurück“ vor der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende und vor dem *Türkischen Kulturverein* in der Zieschestraße durch. Am 8. März 2013 kam es aus Protest gegen die erfolgreiche Blockade des Aufmarsches drei Tage zuvor zu einer Spontandemonstration von ca. 15 Neonazis. Am 8. Mai 2013 starteten die *NSC* ihre Kampagne „Raus in die Zukunft“. In den Folgemonaten bis September des Jahres veranstalteten sie jeweils eine Kundgebung zu speziellen Themen. Die Zahl der TeilnehmerInnen überstieg nie den niedrigen zweistelligen Bereich. Gegen die meisten der Versammlungen fanden Gegenkundgebungen statt. Kurz vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 gab es in Chemnitz zwei Wahlkundgebungen, eine von der *NPD* vor der *Sachsen-Allee* und eine von *PRO Deutschland* vor dem *Alternativen Jugendzentrum* an der Chemnitztalstraße.

Im Oktober 2013 begannen die Antiasylproteste von *PRO Chemnitz* und der *Bürgerinitiative Wir für Ebersdorf* – zunächst am 12. Oktober, 16. November und 14. Dezember. Sie brachten für Chemnitz insofern ein Novum, dass die Neue Rechte und Neonazis gemeinsam mit AnwohnerInnen aus dem Viertel auf die Straße gingen. Am 25. Januar 2014 sprang die *NPD* auf den Antiasylzug auf und veranstaltete eine eigene Demonstration durch Hilbersdorf, die gleichzeitig für einen Aufmarsch unter dem Motto „Tag der Deutschen Zukunft“ in Dresden mobilisieren sollte. Auch hier marschierten wieder AnwohnerInnen mit, dieses Mal zusammen mit *NPD*-Größen wie Dieter Riefling aus Hildesheim. Am 15. März kam es zur nunmehr fünften Versammlung mit Bezug auf die Unterkunft für Asylsuchende im Stadtteil Ebersdorf. *Wir für Ebersdorf* veranstaltete eine kleine Kundgebung am Hilbersdorfer Bahnhof. Neben der *NPD* versuchte auch ihre Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* die Proteste für sich zu nutzen und meldete eine Demonstration am 2. August 2014 an. Dem Aufruf folgten allerdings nur rund 80 Personen, die fast alle dem neonazistischen Spektrum zugeordnet werden können.

Nach den erfolgreichen Mobilisierungen der rassistischen Demonstrationsbündnisse *HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten)* in Köln und Hannover und vor allem *Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes)* in

Dresden bildete sich im November 2014 das Bündnis Chemnitz wehrt sich, über das wir schon berichtet haben. Unter den 400 Menschen am Karl-Marx-Monument war ein Großteil Neonazis und Hooligans, aber auch zahlreiche nichtorganisierte RassistInnen, die in die Forderung nach weniger Toleranz für Asylsuchende mit einstimmen.

Abb. 13: Die *Bürgerinitiative Wir für Ebersdorf* bei ihrem Aufmarsch am 16.11.2013



Neben Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltete die Bürgerinitiative *Wir für Ebersdorf* am 10. August 2014 ein „Stadtteilefest“ in Ebersdorf, zu dem rund 20 Erwachsene und einige Kinder kamen. Hier kam es im gleichen Jahr zu erneuten Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen in der Erstaufnahmeeinrichtung, was etwa 200 Menschen um *PRO Chemnitz* und *Wir für Ebersdorf* am 5. Dezember dazu bewegte, sich zu versammeln und abermals weniger Flüchtlinge und die Schließung der Unterkunft zu fordern. Die Kundgebung wurde begleitet von Sprechchören wie „Wir wollen keine Asylbewerberheime“ und dem Bekenntnis einer besorgten Bürgerin am offenen Mikrofon, sie sei „kein Nazi, aber Nationalsozialistin“. Diese Äußerungen ließen die offizielle Verlautbarung wenig glaubhaft erscheinen, man habe nichts gegen Flüchtlinge, außer sie seien Wirtschaftsflüchtlinge und fordere nur eine dezentrale Unterbringung. Zivilgesellschaftliche Initiativen hatten es sich unterdessen zur Aufgabe gemacht, Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen und veranstaltete daher eine Kundgebung gemeinsam mit einigen Asylsuchenden direkt vor dem Gebäude, anstatt zu versuchen, den rassistischen Aufmarsch zu blockieren.

NPD und *NSC* organisierten häufig neonazistische Vorträge im Restaurant *Yesterday*, dem im *NSC*-Domizil in der Markersdorfer Str. 40 und davor in der Straßburger Str. 32. Seit 2009 wurden 22 Veranstaltungen dieser Art bekannt. Themen waren u. a. Rudolf Heß und andere NS-Märtyrer, Thilo Sarrazin, die demokratische Gesellschaftsordnung oder

die Mobilisierung für Demonstrationen. In einem dreitägigen Seminar, das vom 25. bis zum 27. September 2009 in der Straßburger Str. 32 veranstaltet wurde, ging es um den „Tiroler Freiheitskampf“. Am 18. November 2011 hielt Dr. Olaf Rose zur Eröffnung des *Nationalen Zentrums* an der Markersdorfer Straße einen Vortrag über die „Kontinuität amerikanischer Besatzungspolitik in der Welt“. Am 2. Dezember 2011 referierte der ehemalige Betreiber des neonazistischen Internetportals *Altermedia*, Axel Möller. Wenige Tage später kam er aufgrund seiner Webpräsenz in Haft. Darüber hinaus hielt die NPD nach ihrer Neugründung am 15. April 2012 zahlreiche Kreisverbandssitzungen ab. Außerdem wurden zwei Veranstaltungen sogenannter „Reichsbürger“-Gruppierungen organisiert.

Auch Parteitage und -kongresse finden in Chemnitz regelmäßig statt, hauptsächlich Hauptversammlungen des *NPD*-Kreisverbandes. Am 15. April 2012 gründete sich der Verband neu, darauf folgten regelmäßige Kreisverbandssitzungen. Der *RNF* Sachsen kam zudem mehrmals zu seinen Landestreffen in Chemnitz zusammen.

Neben Parteisaalveranstaltungen organisiert die *NPD* Wahlstände in Chemnitz, bei denen ihre UnterstützerInnen Flugblätter verteilen. Seit 2009 gab es 26 solcher Propagandaaktionen. Trotz vielfacher Proteste in den vorangegangenen Jahren betrieb die Chemnitzer NPD auch am 28. August 2010 einen Stand auf dem Chemnitzer Stadtfest. Seit 2011 war dies nicht mehr möglich, da Parteien generell keine Stände mehr auf dem Stadtfest unterhalten dürfen.

Auch die *NSC* betrieben in den vergangenen Jahren regelmäßig Propaganda mit Flyern, Plakatekleben, Transparenten oder „Kunst“, auch hier sind es 26 Fälle seit 2009. So werden zum Beispiel Grablichter um den 5. März herum aufgestellt (speziell 2014 im Rahmen einer „Aktionswoche“) und Plakate mit Bezug auf den NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke geklebt. *AfD* und *PRO Chemnitz* betrieben Propaganda nur in Form von Wahlständen.

Das völkische Milieu um den *Volkstanzkreis Chemnitz* führte, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit, ebenfalls diverse Veranstaltungen durch, von denen nur ein kleiner Teil öffentlich auf Neonazi-Websites erwähnt wurde. So fand etwa am 4. April 2009 auf dem Cossener Vierseithof ein „Frühlingsfest“ statt, einen knappen Monat später der „Maitanz“. Mittlerweile sind die Veranstaltungen nicht mehr im Netz zu finden, weshalb nicht klar ist, wie oft weiterhin auf dem Hof gefeiert wird. Die *Wandergruppe Heimatland* lud in den Jahren 2010 und 2011 zum „Marsch um Chemnitz“ ein. An einem Tag sollte der 60 Kilometer lange Rundweg um Chemnitz bezwungen werden. Ob die Märsche in den Folgejahren weitergeführt wurden, ist nicht bekannt.

Im Gegensatz zu Vorträgen ist es für die rechte Szene schwieriger geworden, neonazistische Konzerte innerhalb von Großstädten durchzuführen. Meist werden diese nun ins Umland verlegt und können nur schwer bestimmten Städten zugeordnet werden. Große Konzerte laufen stets Gefahr, von der Polizei aufgelöst zu werden – wie ein am 20. Juni 2009 von den *NS-Boys* organisiertes Konzert mit der Gruppe *Blitzkrieg* (vgl. Sächsischer Landtag 2010b). Zudem sind im Stadtgebiet kaum Lokalitäten zu finden, in denen sowohl das Einverständnis der EigentümerInnen als auch die Genehmigung für Konzerte gegeben ist.

Seit dem Bestehen der Markersdorfer Straße 40 fanden dort allerdings wiederholt Konzerte statt, zumeist Liederma-cherabende, die aber nie einen großen Rahmen erreichten. Sechs solcher Veranstaltungen wurden seit der Eröffnung bislang gezählt.

Am 27. Oktober 2012 feierten die *NS-Boys* mit einem Rechtsrockkonzert ihr achtjähriges Bestehen Augenzeugen zufolge in der Gartensparte *Deutsche Scholle* im Stadtteil Hilbersdorf.

Zuweilen veranstalten auch die *Blaue Narzisse* und die *Pennale Burschenschaft Theodor Körner* Wanderungen, Stammtische und Stiftungsfeste in Chemnitz. Am 28. April 2009 organisierte die *Blaue Narzisse* einen Vortrag in einem Seminarraum der *TU Chemnitz* (vgl. *TU Chemnitz* 2009). Es handelte sich dabei um eine Lesung, bei der Chefredakteur Felix Menzel sein Buch *Medienrituale und politische Ikonen* vorstellte. Nachdem die Neonazis kritischen ZuhörerInnen

mit Gewalt drohten und einen Schlägertrupp in Stellung brachten, wurde die Polizei gerufen und die Veranstaltung aufgelöst.

Darüber hinaus referierte Felix Menzel am 7. Mai 2012 für *PRO Chemnitz* im Ratskeller zum Thema „Deutsche Opfer, fremde Täter“ und Martin Kohlmann hielt eine Rede zur „Lage in Chemnitz“.

Ein Beispiel für die *Konservativ-subversiven Aktionen (KSA)* der Neuen Rechten, die wir schon erwähnt haben, ist die Besetzung der Cafeteria einer Chemnitzer Berufsschule 2009. Die TeilnehmerInnen protestierten damit gegen die Übermalung eines Wandbildes von Benjamin Jahn Zschocke. Mittlerweile ist man von den KSA als Aktionsform allerdings abgerückt, greift in der Szene vor allem auf Publizistik zurück und versucht, aus der asylfeindlichen Stimmung durch Protestorganisation die Bürger auf die eigene Seite zu holen.

5 Was tun gegen Rassismus und Nazis? – Selbst aktiv werden!

Nachdem wir den Rassismus in Alltag und Behörden beschrieben und uns mit neonazistischen Strukturen in Chemnitz beschäftigt haben, wird deutlich, wie eng diese Phänomene miteinander verknüpft sind. Zum Schluss geben wir einen Überblick über Chemnitzer Vereine, Organisationen und Initiativen, die sich seit Längerem gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Neonazis engagieren. Ein Großteil dieser AkteurInnen ist auf ehrenamtliches Engagement und finanzielle Unterstützung angewiesen. Hauptziel ihrer Arbeit ist es, der täglichen Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenzutreten sowie Solidarität mit Betroffenen zu entwickeln und Unterstützung anzubieten.¹

AGluA (AG In- und Ausländer e. V.)

Die Aktivitäten der *AG In- und Ausländer e. V.*, kurz *AGluA*, sind darauf gerichtet, ein gleichberechtigtes Zusammenleben von einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern in der Stadt Chemnitz zu ermöglichen und mitzugestalten. Der Verein will Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und der damit verbundenen Ausgrenzung von MigrantInnen begegnen und hat dazu verschiedene Projekte ins Leben gerufen. Sie sollen die MigrantInnen dabei unterstützen, sich in ihrer neuen Lebenswelt zurechtzufinden und mit der oftmals großen Lücke zwischen ihren Erwartungen und den hiesigen Realitäten zurechtzukommen. Eines der Projekte ist auf die sozialpädagogische Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Chemnitz ausgerichtet. Hauptaugenmerk liegt auf der Vermittlung der deutschen Sprache. Ein weiteres Projekt konzentriert sich auf die Asylverfahrensberatung für Flüchtlinge. Aber auch auf dem Gebiet der offenen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt der Verein Initiativen, um einheimische Kinder und Jugendliche für Merkmale von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechten Strukturen zu sensibilisieren und deren kritische Auseinandersetzung mit rechten Denk- und Wertmustern anzuregen. Die Vereinsräume befinden sich auf der Müllerstraße 12 (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 36 und AG In- und Ausländer e. V. o. J.).

AGJF Sachsen e. V. (Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V.)

Die *AGJF Sachsen e. V.* ist seit vielen Jahren mit Fortbildungs- und Beratungsangeboten sowie Projekten im Bereich der Demokratieerziehung und Auseinandersetzung mit Neonazismus im Bereich der Jugendarbeit tätig. Beispiele sind die Projekte „Wer hat Mut. Herausforderung zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit (2008–2011)“, „Mut vor Ort. Geschlechterreflektierende Präventionsarbeit gegen Neonazismus (2011–2014)“ oder „Rückgrat. Eine Wissenschaft-Praxis-Kooperation gegen Rechtsextremismus und gruppierungsbezogene Ablehnungen (2013–2016)“. Besonderheit des Trägers ist die Verknüpfung geschlechterreflektierender bzw. gendersensibler Ansätze mit der Arbeit gegen Neonazismus und menschenfeindliche Einstellungen und Handlungsweisen. Der Verein ist in der Neefestraße 82 in Chemnitz anzutreffen.

AJZ e. V. (Alternatives Jugendzentrum e. V.)

Der Verein mit Sitz in der Chemnitztalstraße 54 besteht seit Anfang der 1990er Jahre und hat es sich zur Aufgabe gemacht, kulturelle, soziale und internationale Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz zu leisten. Im Mittelpunkt steht nicht nur die Unterstützung und Beratung von sozial gefährdeten Gruppen oder Randgruppen der Gesellschaft, sondern auch die Selbstorganisation von jungen Menschen. In Bildungsveranstaltungen setzen sich die BesucherInnen des *AJZ* mit rassistischen, faschistischen und anderen Problemstellungen der Gesellschaft auseinander (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 38 und *AJZ e. V. o. J.*).

¹ Empfehlungen zum Umgang mit Neonazis und Rassismus finden sich u. a. in der Studie *Grenzen lokaler Demokratie* (Liebscher, Schmidt 2007) und der Publikation *Gibt es Extremismus?* (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V. et al. 2010).

Arbeitsgruppe „Chemnitzer Friedenstag“ und Bürgerinitiative Aktion C

Zusammen mit der *Arbeitsgruppe Chemnitzer Friedenstag* setzt sich die *Bürgerinitiative Aktion C* für eine friedliche und tolerante Gesellschaft in Chemnitz ein. Die Arbeitsgruppe ist nicht institutionalisiert. Diese Gruppe von Vertretern aus Kirche, Kunst und Wissenschaft verschiedener Generationen setzt seit 12 Jahren Friedensimpulse in Chemnitz. Ihr Ziel ist, dass der 5. März, der Jahrestag der Bombardierung der Stadt, ein Tag des Friedens ist und Chemnitz eine Stadt des Friedens werden soll. 2002 wurde auf Initiative der Arbeitsgruppe zum ersten Mal der „Chemnitzer Friedenstag“ begangen: noch relativ bescheiden, mit nur einer Veranstaltung, den „Chemnitzer Friedensimpulsen“ in der Kreuzkirche. Seit 2003 koordiniert und organisiert die Gruppe umfangreiche Veranstaltungen und gibt ein eigenes Informationsblatt heraus. Viele ChemnitzerInnen, Kinder und Jugendliche, KünstlerInnen und Kultureinrichtungen, Friedensgruppen und politisch Interessierte, sind ihrem Aufruf seitdem gefolgt, um die Geschichte nicht nur rückblickend, sondern auch gegenwarts- und zukunftsbezogen aufzuarbeiten. Für weitere Informationen siehe: www.chemnitzer-friedenstag.org.

Bündnis Chemnitz-Nazifrei – Chemnitzer Bündnis für Frieden und Toleranz – Kein Platz für Nazis!

Das Bündnis steht für Frieden und die Gleichwertigkeit aller Menschen und stellt sich gegen Rassismus und rechte Veranstaltungen. Es setzt sich für eine friedliebende und weltoffene Stadt Chemnitz ein. Das *Bündnis Chemnitz-Nazifrei* engagiert sich zudem gegen Geschichtsrevisionismus und die Verbreitung menschenverachtender Ideologien. Konkret organisiert es die Blockierung des „Trauermarschs“ am 5. März. Ausführliche Informationen dazu unter: www.chemnitz-nazifrei.de oder auf Facebook: Bündnis Chemnitz Nazifrei.

Bürgerinitiative Mitte gegen Rechts

Die Initiative hat sich mit dem Ziel gegründet, auf rechtsradikale Zeichen und Symbole im Chemnitzer Stadtbild und im Alltag aufmerksam zu machen. Diese finden sich immer häufiger und sind als solche oft nicht sofort erkennbar. Die Initiative besteht momentan aus einer kleineren Gruppe von BürgerInnen, die in Chemnitz wohnen, leben und arbeiten. In der Initiative engagieren sich sowohl Jüngere als auch Ältere – Studierende, Kulturschaffende und Arbeitende. Die Bürgerinitiative ist politisch, aber parteiunabhängig und verschreibt sich der Realisierung politischer Ziele durch kulturelle Aktionen. So geht es vor allem darum, Bewusstsein zu schaffen. Sich bewusst zu sein, dass Politik auch im Alltag stattfindet und dass die Parlamente nur ein Baustein einer Demokratie sind, ist ein erster wichtiger Schritt. Die Bürgerinitiative hat ihren Sitz in der Dresdner Straße 38 in Chemnitz.

Courage Chemnitz – Ein Projekt der DGB Jugend Chemnitz im NDC

Die lokale Netzstelle des bundesweiten *Netzwerkes für Demokratie und Courage (NDC)* fördert eine demokratische Kultur und will Mut machen, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Es unterstützt eine emanzipatorische und damit nichtrechte Kultur durch die Stärkung von antirassistischen Positionen und das Aufzeigen alternativer Handlungsoptionen. Zielgruppe sind junge Menschen in Schulen und außerschulischen Einrichtungen, aber auch LehrerInnen und soziale Fachkräfte. Mit den Projekttagen „Für Demokratie Courage zeigen“ werden verschiedene Aspekte von Demokratie, Mitbestimmung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Gewalt, Europa, Medien und Jugendkultur beleuchtet. Die regionale Netzstelle des *NDC* befindet sich in der Jägerstraße 5-7 (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 39 und Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. o. J.).

different people e. V.

Am 1. Dezember 2002 wurde von 14 Lesben und Schwulen der *different people e. V.* ins Leben gerufen. *Different people* vereint zurzeit 30 Mitglieder und viele freiwillig Engagierte. Das Ziel des Vereins besteht darin, die Integration homosexueller, bisexueller und trans*lebender Menschen zu fördern, Vorurteilen entgegenzuwirken und Diskriminie-

rung abzubauen. Neben einem abwechslungsreich gestalteten Vereinsleben stehen qualifizierte Beratung und Aufklärungsarbeit im Mittelpunkt. Die Vereinsräume befinden sich in der Hauboldstraße 10 (vgl. different people e. V. o. J.).

Kulturbüro Sachsen e. V. – Mobiles Beratungsteam

Das *Kulturbüro Sachsen e. V.* berät Vereine, Initiativen, Kommunalpolitik und -verwaltung, Kirchengemeinden und Netzwerke mit dem Ziel, rechten Strukturen und Ideologien eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Gemeinsam mit lokalen Partnern und geleitet vom Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ erarbeitet der Verein spezifische Konzepte und Strategien und versteht sich dabei als Impulsgeber, Moderator und Begleiter. Im Rahmen von Weiterbildungen bietet er neben Analysen zum „Rechtsextremismus“ und dessen vielfältigen Erscheinungsformen Argumentationstrainings und praxisorientierte Fallarbeit. Das *Mobile Beratungsteam* für den Regierungsbezirk Chemnitz hat seinen Sitz auf der Henriettenstraße 5 im Umweltzentrum (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 36 und Kulturbüro Sachsen e. V. o. J.).

LAP (Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz)

Um eine nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse und einen transparenten und beteiligungsoffenen Prozess der Demokratieentwicklung zu initiieren, setzt die Stadt Chemnitz auf das Instrument eines *Lokalen Aktionsplans (LAP)*. Mit diesem Ansatz sollen staatliche und zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens über ein breites Beteiligungsverfahren miteinander verknüpft werden. Die konkrete Umsetzung begann in Chemnitz im Jahr 2009.

Über den *LAP* der Stadt Chemnitz können sich Vereine, Organisationen und Einzelpersonen kleine Projekte (bis zu 3.000,00 EURO) fördern lassen, wenn diese darauf abzielen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung abzubauen und Demokratie und Toleranz zu fördern. Die Koordinierungsstelle des *LAP* befindet sich im Bürgerhaus am Wall, Düsseldorfer Platz 1, Ansprechpartnerin ist Frau Vorsatz (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 11).

Opferberatung, RAA Sachsen e.V.

Die *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA Sachsen e. V.)* betreiben im gesamten Freistaat drei Beratungsstellen: in Dresden, Leipzig und Chemnitz. Die MitarbeiterInnen betreuen und begleiten Betroffene, deren Angehörige und ZeugInnen von „rechtsextremer“ und fremdenfeindlicher Gewalt. Neben der Klärung der rechtlichen Situation und der psychischen Verarbeitung des Übergriffs wird finanzielle Unterstützung organisiert. Durch Informations- und Präventionsveranstaltungen klärt der *RAA Sachsen* die Öffentlichkeit über die psychosoziale und rechtliche Situation von Opfern auf. In Chemnitz hat die Beratungsstelle ihren Sitz auf der Henriettenstraße 5 (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 37 und RAA Sachsen e. V. o. J.).

SFR (Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.)

Der *Sächsische Flüchtlingsrat e.V. (SFR)* wurde am 14. September 1991 gegründet. Gemeinsames Anliegen aller Mitglieder ist das Engagement für Flüchtlingsschutz und menschenwürdige Unterbringungsbedingungen in Sachsen. Der *SFR* ergreift Partei für die schutzwürdigen Interessen der Flüchtlinge und sichert die öffentliche Kontrolle bei der Umsetzung des *Asylverfahrens- und des Asylbewerberleistungsgesetzes* in Sachsen. Der *SFR* leistet Aufklärungs- und Beratungsarbeit. Er initiiert oder begleitet die landes- und bundesweite Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und koordiniert lokale Aktivitäten und Aktionen vor Ort, auf Landes- oder auf Bundesebene. Über die Mitgliedschaft des *SFR* im Verband *Pro Asyl* sichert er die bundesweite Vernetzung seiner Mitglieder. In Chemnitz ist der Verein auf der Henriettenstraße 5 im Umweltzentrum zu erreichen (vgl. Sächsischer Flüchtlingsrat e. V. o. J.).

save me

Die Idee der *save me*-Kampagne ist 2008 in München entstanden. Ziel dieser Kampagne ist es, die Gesellschaft und Politik für die Forderung nach einer kontinuierlichen Flüchtlingsaufnahme (Resettlement) zu gewinnen, also zu erreichen, dass Deutschland jährlich ein bestimmtes Kontingent von Flüchtlingen aus unhaltbaren Situationen rettet und dauerhaft integriert. Heute gibt es ein funktionierendes und wachsendes Netzwerk von bislang über 50 lokalen Kampagnen. In Chemnitz besteht seit 2011 eine eigenständige *save me*-Gruppe. Initiatorin vor Ort ist die Landtagsabgeordnete Freya Maria Klinger. Büroadresse: „Rothaus“, Lohstraße 2 (vgl. *save me* o. J.).

Stay Rebel

Das *Stay Rebel*-Festival findet jährlich im Chemnitzer *Park der Opfer des Faschismus* statt. Organisiert wird es von jungen AntifaschistInnen. Das Programm bietet eine Mischung aus Musik, Kultur, Vorträgen und politischen Bildungsworkshops. Mit dem Festival sollen vor allem junge Menschen dazu ermutigt werden, sich aktiv mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen, an demokratischen Prozessen zu partizipieren und diese nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten. Das Festival setzt dabei auf eine klare Positionierung gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Einstellungen. Die Finanzierung erfolgt u. a. aus dem *Lokalen Aktionsplan*. Kontakt zu den OrganisatorInnen gibt es unter: stayrebel@riseup.net und www.facebook.com/StayRebelFestival.

Fazit und Ausblick

Die gute Nachricht zuerst: Nach Ansicht der AutorInnen haben menschenverachtende Einstellungen und autoritäres Denken seit dem erstmaligen Erscheinen der Broschüre 2011 nicht wesentlich zugenommen. Es gibt sogar Hinweise auf eine Abnahme der Anziehungskraft neofaschistischer Gruppenaktivitäten.

Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass diese positive Veränderung nicht insgesamt in nachlassender Gewalt gegen gefährdete Gruppen umschlägt. S sind etwa Gewalttaten gegen MigrantInnen angestiegen, ebenso wie Demonstrationen und Kundgebungen gegen Asylsuchende. Hier zeigt sich ein Wandel, der sich auch durch die vorgestellten Studien belegen lässt: Feindbilder wurden ausgetauscht, ohne dass sich die zugrundeliegenden Ideologien wesentlich verändert haben. Die zunehmende Bereitschaft von „bürgerlichen“ Kreisen zusammen mit Neonazis zu demonstrieren, stellt ein ernstzunehmendes Problem dar. Ebenso ist die Diffamierung von JournalistInnen als „Lügenpresse“ ein deutliches Zeichen der Feindschaft zur pluralistischen Meinungsfreiheit und zur pluralen Gesellschaft.

Auch wenn noch nicht absehbar ist, ob neonazistische Gruppen langfristig von den *Pegida*-Protesten profitieren können, bleibt gerade diese Anschlussfähigkeit problematisch. Die lange Zeit kaum erträumten Großdemonstrationen von Islam- und FlüchtlingsgegnerInnen motivieren die offen neonazistische Szene, gerade in einer Zeit, in der sie aufgrund staatlicher Repression verunsichert ist. Gleichzeitig scheinen trotz Kameradschaftsverboten und einer schwächelnden *NPD* die Basisstrukturen und die Finanzierung der Szene weiterhin stabil. Der Verfassungsschutz spricht neuerdings von drei Objekten in Chemnitz, die durch Neonazis als Treffpunkt genutzt werden, und offenbart damit, dass der Überblick über die rechte Szene durch zivilgesellschaftliche AkteurInnen unvollständig ist. Zudem ließ das Landesamt in der Vergangenheit ein wachsames Beobachten der Strukturen schon mehrmals vermissen. Mit einer wieder erstarkenden Neuen Rechten im Rücken besteht ein großes Risiko, dass das Personal von *NPD* und Kameradschaften in anderen Organisationsformen zu neuer Stärke gelangt, die nicht unter das Vereinsgesetz fallen – etwa lose Gruppierungen oder Parteien wie *Die Rechte* oder *Der III. Weg*. Nebenbei besteht weiterhin die Gefahr des Terrors von Rechts: Im Herbst 2014 waren seit dem Aufliegen der *NSU*-Zelle bundesweit 220 Straftaten mit *NSU*-Bezug bekannt, während 268 Neonazis per Haftbefehl gesucht wurden.

Dennoch sollte die fortwährende Aktivität der Neonazis nicht den Blick auf die menschenverachtenden Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft verstellen – besonders in Sachsen. Die oft proklamierte „Weltoffenheit des Bundeslandes Sachsen“ lässt sich als Wunschbild, aber nicht als Realität bezeichnen. Eher würden wir von einem Rechtsruck der Mitte sprechen. Dementsprechend aktuell bleibt die bereits 2011 formulierte Kritik an der Extremismustheorie. Das in Sachsen vorherrschende Problem ist in der gesellschaftlichen Mitte verortet. Sie genießt ihre Privilegien, die aufgrund von Herkunft, Bildungsstand, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Geschlecht und Klassenzugehörigkeit entstehen. Es ist keine falsche Gleichmacherei, keine Bedrohung der abendländischen Kultur oder ähnliches, diese Privilegien infrage zu stellen. Und auch eine Feindschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung folgt nicht notwendigerweise aus dieser kritischen Sicht.

Unzweifelhaft haben sich die Ziele menschenverachtender Einstellungen verändert: Antiziganismus und antimuslimischer Rassismus haben zugenommen, während etwa antisemitische Einstellungen reduziert auftreten. Besonders auffällig ist der Zusammenhang zwischen dem regionalen Erstarken antimuslimischer Reflexe bei einem minimalen Anteil muslimischer EinwohnerInnen. Hier zeigt sich, dass die Ursache menschenverachtender Einstellungen oftmals in der medialen Berichterstattung liegen. Eine stärkere Differenzierung zwischen Islam und Islamismus und positive Berichterstattung über MigrantInnen sind notwendig. Nur wenn sich gesellschaftliche Diskurse dahingehend verbessern, kann von einer Abnahme menschenverachtender Einstellungen ausgegangen werden. Notwendig ist eine Kurskorrektur in der Integrationsdebatte. Integration ist ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und keine Pflicht zur kulturellen

Assimilation. Vielmehr existiert für MigrantInnen das Recht, die bundesrepublikanische Kultur mitzugestalten.

Neben zunehmenden Aggressionen gegen Asylsuchende sind glücklicherweise auch Gegenbewegungen entstanden. Wichtig ist, dass die Isolation von Geflüchteten in den Unterkünften weiter aufgebrochen wird. So gilt es, den Anteil dezentral Untergebrachter zu erhöhen und die politische Selbstorganisation von Geflüchteten zu unterstützen. Das Kredo muss lauten: Nicht über, sondern mit Geflüchteten sprechen. Asylsuchende müssen ermutigt werden, an gesellschaftlichen Diskursen teilzuhaben. Dazu müssen etwa die Ausgaben für Sprachkurse erhöht und eine Stärkung der Rechte von Geflüchteten gesetzlich verankert werden.

Trotz positiver Veränderung für die Betroffenen kritisieren wir deshalb die in jüngerer Zeit getroffenen Asylkompromisse. Der Fokus muss sich ändern: weg von der Nützlichkeit für die deutsche Wirtschaft hin zu einer Stärkung humanitärer Werte.

Literatur

- AfD Sachsen (2014): Wahlprogramm 2014, abgerufen am 15. 12. 2014 unter http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf.
- AG In- und Ausländer e.V. (o. J.): Wir über uns, abgerufen am 10. 11. 2011 unter http://www.agiua.de/wir_ueber_uns.html.
- Amadeu-Antonio-Stiftung (2011): 182 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990, abgerufen am 15. 01. 2012 unter <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990>.
- Alternatives Jugendzentrum e. V. (o. J.): Selbstverständnis, abgerufen am 10. 11. 2011 unter <http://www.ajz-chemnitz.de>.
- Am Orde, S./Litschko, K. (2014): Nach der Landtagswahl in Sachsen. AfD gibt erstes Mandat zurück, in: taz online vom 03. 09. 2014, abgerufen am 15. 12. 2014 unter: <http://www.taz.de/!145361/>.
- Attia, I./Häusler, A./Shooman, Y. (2014): Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand, Münster.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014): Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma, Berlin.
- Antifaschistisches AutorInnenkollektiv (2005): Die ‚Neue Rechte‘. Modernisierer der extremen Rechten?, in: Lotta, Nr. 20, abgerufen am 10. 11. 2011 unter <http://projekte.free.de/lotta/pdf/20/NR.pdf>.
- apabiz (2014): NPD-Kader verherrlicht offen den Nationalsozialismus bei Kundgebung in Berlin-Mitte, abgerufen am 15. 12. 2014 unter <http://www.blog.schattenbericht.de/2014/08/npd-kader-verherrlicht-offen-den-nationalsozialismus-bei-kundgebung-in-berlin-mitte/>.
- apabiz e.V. (Hrsg.) (2006): Burschenschaften & Studentenverbindungen. Eine Handreichung zu Struktur, Inhalten, Geschichte und Hintergründen, abgerufen am 05.08.2014 unter: <http://www.apabiz.de/bildung/RefKat/BurschenschaftenStudentenverbindungen.pdf>.
- Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.gesetze-im-internet.de/asylblg/>.
- Aust, S. (2014): Heimatschutz, München.
- Baumgärtner, M. (2014): V-Mann „Corelli“ und der NSU: Bundesanwälte ermitteln wegen ominöser Propaganda-CD, in: Spiegel Online vom 12. 05. 14, abgerufen am 15. 12. 2014 unter <http://www.spiegel.de/panorama/v-mann-corelli-cd-mit-bezug-zum-nsu-wirft-fragen-auf-a-968928.html>.
- Baumgärtner, M. (2014a): NSU-Versteck Chemnitz: „Wir brauchen viel Geld und einen Videorecorder“, in: Spiegel Online vom 21. 12. 2012 abgerufen am 03. 01. 2014 unter <http://www.spiegel.de/panorama/nsu-in-chemnitz-radikalisierung-in-sachsen-a-873908.html>.
- Bartsch, M./Dahlkamp, J./Deggerich, M./Gude, H./Neumann, C./Popp, M./Ulrich, A./Wiedmann-Schmidt, W./Winter, S. (2014): Schande mit System, in: Der Spiegel Nr. 41/2014, S. 32–35.
- Berek, M. (2011): Zwischen Tankstelle, Landtag und Großaufmarsch. Die Nazistrukturen in Sachsen, in: In guter Gesellschaft? Neonazis in Sachsen, hrsg. von: pokuBi Sachsen e. V., S. 45–49, abgerufen am 12.1 2. 2011 unter http://www.pokubi-sachsen.de/fileadmin/media/Broschuere_In_guter_Gesellschaft_klein.pdf.
- Best, H./Dwars, D./Salheiser, A./Salomo, K. (2013): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierung der Thüringer Bevölkerung, Jena.
- Bochentin, C. (2011): Die Extremismusklausel. Eine Chronik in zwei Teilen, hrsg. von: Amadeu Antonio Stiftung, abgerufen am 09. 11. 2011 unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/die-extremismusklausel.pdf>.

- Bonhoeffer-Kirchengemeinde (2009): Augen auf – Nazis vor der eigenen Haustür! Eine Information des „Runden Tisches für demokratisches Engagement im Stadtteil“, abgerufen am 16. 11. 2011 unter http://www.bonhoeffer-kirchengemeinde.de/pdf/flyer_RT2009.pdf (offline, liegt der Redaktion vor).
- Bringt, F. (2009): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Sachsens, in: Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe, hrsg. von: Bund der deutschen Landjugend.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung, BAGD (2011): Wir bekennen nicht, wir handeln! Demokratie braucht Vertrauen. Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung zum 6. Oktober 2011, abgerufen am 09. 11. 2011 unter <http://www.lobbi-mv.de/presse/35.php>.
- Bundesministerium des Inneren (2007): Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (2014): Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin.
- Bundesregierung (2014): Protokollerklärung zu TOP 5: Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer. Protokollerklärung 19. 09. 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter http://www.fnrw.de/images/Themen/Asylverfahren/Protokollerkl%C3%A4rung_der_Bundesregierung.pdf.
- Bundesverfassungsgericht (2012): Regelungen zu den Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig, Pressemitteilung vom 18. 07. 2012, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-056.html>.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.): Glossareintrag „Dresdner Schule“, abgerufen am 03. 12. 2014 unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=15>.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Glossareintrag „Thor Steinar“, abgerufen am 20. 12. 2014 unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=60>.
- Butterwegge, C. (2002): Rechtsextremismus, Freiburg.
- Brücker, H. (2013): Auswirkung der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik, Gütersloh.
- Classen, G. (2011): Das Asylbewerberleistungsgesetz und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Stellungnahme zur Anhörung am 07.02.2011 im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, hrsg. von: Flüchtlingsrat Berlin e.V. und Förderverein PRO ASYL e.V., Berlin u. Frankfurt a.M.
- CDU Sachsen/SPD Sachsen (2014): Koalitionsvertrag, abgerufen am 20. 01. 2015 unter: <http://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/11/Koalitionsvertrag-A5.pdf>.
- Dalli, M. (2013): Pushbacks suspended as European Court demanded explanation from Malta, in: Malta today vom 09. 07. 2013, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.maltatoday.com.mt/news/national/28246/pushbacks-suspended-as-european-court-demands-explanation-from-malta-20130709#.VBf-EGNv-mo>.
- Decker, O./Weißmann, M./Kiess, J./Brähler, E. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, hrsg. von: N. Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Decker, O./Kiess, J./Brähler, E. (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextremismus in Deutschland 2014, Leipzig.
- DER SPIEGEL (2007): Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung, Titelblatt, Heft 13/2007, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2007-13.html>.
- Deutscher Bundestag (2009): Rechtsextreme Tötungsdelikte seit 1990 und antisemitisch motivierte Schändungen jüdischer Friedhöfe seit 2000, in: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Wolfgang Neskovic, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drs. 16/12005, abgerufen am 14. 01. 2012 unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/141/1614122.pdf>.
- Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (2014): Ergebnisse der U18-Landtagswahl in Sachsen!, abgerufen am 21. 01. 2015 unter <http://www.u18.org/sachsen-2014/>.

- different people e. V. (o. J.): Unser Verein, abgerufen am 10. 11. 2011 unter <http://www.different-people.de/index.php?view=article&id=46>.
- Dobbert, S./Ruf, C. (2007): Nazis im Spiel – Gefahr von rechts, in: RUND, 19. 02. 2007, S. 24.
- End, M., Herold, K., Robel, Y. (Hrsg.) (2009): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, Münster.
- Eumann, J. (2012): Chemnitz: Thor Steinar bedauert – angeblich, in: Freie Presse vom 08. 03. 2012, abgerufen am 18. 12. 2014 unter <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Chemnitz-Thor-Steinar-bedauert-angeblich-artikel7926192.php>.
- FOCUS (2004): Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland. Ist Multi-Kulti gescheitert?, Titelblatt, Ausg. Nr. 48, 22.11.2004 abgerufen am 11.10.2011 unter: http://www.focus.de/magazin/archiv/jahrgang_2004/ausgabe_48/.
- Focus (2014): Die dunkle Seite des Islam. Acht unbequeme Wahrheiten über die muslimische Religion, Titelblatt, Heft 45/2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://p5.focus.de/img/fotos/origs4242633/0742306614-w1280-h480-o-q72-p4/focus45-14.jpg>.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells, Wiesbaden.
- Foroutan, N. (Hrsg.) (2010): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland, abgerufen am 13.12.2014 unter: <http://edoc.hu-berlin.de/oa/articles/reonwY1dcVafw/PDF/26ybhddRzVWd2.pdf>.
- Fröhlich, E./Kaiser, B. (2013): Phänomen Inselfaschismus: Die britischen Blackshirts und die irischen Blueshirts. Hünstetten.
- Gesetz zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Flüchtlingsgesetz – SächsFlüAG) vom 25. 06. 2007.
- Giegengack, A. (2009): Die Republikaner im Stadtrat Chemnitz, abgerufen am 11. 01. 2011 unter http://www.gruene-chemnitz.de/images/stories/dokumente/rep_chemnitz.pdf.
- Groß, E./Hövermann, A. (2014): Markförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte?, in: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. von Zick, A./Klein A./Melzer R., Bonn, S. 102–118.
- Grunert, J. (2014): Nationale Sozialisten Chemnitz – Verbotsverfügung mit Lücken, abgerufen am 20. 12. 2014 unter <http://www.publikative.org/2014/04/09/nationale-sozialisten-chemnitz-verbotsverfuegung-mit-luecken/>.
- Grunert, J. (2014a): Fußball in Chemnitz, in: DerRechteRand, Nr. 149, Juli/August 2014.
- Ha, K. N. (2009): ‚People of Color‘ als Diversity-Ansatz in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik, abgerufen am 20. 01. 2015 unter <http://heimatkunde.boell.de/2009/11/01/people-color-als-diversity-ansatz-der-antirassistischen-selbstbenennungs-und>.
- Häusler, A./Peters, J. (2008): Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland, hrsg. von: LAGA NRW, abgerufen am 03.03.2011 unter: <http://www.essen-stellt-sich-quer.de/images/a/af/Eq-ExpertiseProNrw.pdf>.
- Häusler, Alexander (2014): Interview der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen, abgerufen am 15. 12. 2014 unter http://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/2014/03_14_Interview_Europa.pdf.
- Hanisch, D. (2012): „Vertragsabschluss mit Kunstpause“, in: Neues Deutschland vom 13. 10. 2012, abgerufen am 10. 12. 2014 unter <http://www.neues-deutschland.de/artikel/801119.vertragsabschluss-mit-kunstpause.html>.
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen (Hrsg.) (2011): Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt.

- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt a. M.
- Held, J./ S. Bibouche / G. Dinger / G. Merkle / C. Schork / L. Wilms (2007): Rechtsextremismus und sein Umfeld – eine Regionalstudie, abgerufen am 24. 10. 2011 unter: http://www.waiblingen.igm.de/downloads/artikel/attachments/ARTID_12933_20070622125145.pdf.
- Hoffgaard, H. (2013): „Zentrum für Jugend, Identität und Kultur“ in Dresden eröffnet, in: Junge Freiheit vom 02. 07. 2013, abgerufen am 17. 12. 2014 unter <http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2013/zentrum-fuer-jugend-identitaet-und-kultur-in-dresden-eroeffnet/>.
- Initiative 2 = 2 (o. J.): „Der Aufruf – Das fordern wir“, abgerufen am 11. 11. 2011 unter <http://2gleich2.de/index.php?inhalt=1&menu1=a>.
- Inventati.org (2014): Landkreis Leipzig: Im Endspurt geht der NPD die Puste aus, abgerufen am 16. 12. 2014 unter <https://www.inventati.org/leipzig/?p=2144>.
- Jentsch, U. (2011): Antimuslimischer Rassismus – Das Schlachtfeld der Neuen Rechten, in: Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, hrsg. von: RAA Sachsen e. V., Hoyerswerda, S. 82–89.
- Kaiser, B. (2010): Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Hünstetten.
- Kaiser, B./Kubitschek, G. (2009): Gewalt gegen Deutsche – Auswahl 2009, in: Sezession, Nr. 33, Dezember 2009, abgerufen am 15. 11. 2011 unter <http://www.sezession.de/14113/>.
- Kattmann, U. (1999): Rassismus, Biologie und Rassenlehre, in: Shoa.de – Zukunft braucht Erinnerung, abgerufen am 09. 11. 2011 unter: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/drittes-reich/ideologie-und-weltanschauung/368.html>.
- König, F. (2013): „Erneut Demonstration in Ebersdorf“, in: Freie Presse vom 16. 12. 2013, abgerufen am 01. 01. 2015 unter <http://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Erneut-Demonstration-in-Ebersdorf-artikel8643386.php>.
- Kopp, K. (2011): Traurige Realität: Zwischen Zurückweisung, willkürlichen Inhaftierungen und der Tod von Flüchtlingen an Europas Außengrenzen, in: Flüchtlingsschutz als globale Herausforderung, hrsg. von M. Ottersbach, Wiesbaden.
- Kulick, H./Staud, T. (2009): „Wird die rechtsextreme Gewalt immer mehr?“, in: Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann, hrsg. von: Dies., Köln, S. 135–137.
- Kulturbüro Sachsen e. V. (o. J.): Der Verein, abgerufen am 10. 11. 2011 unter: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/hintergruende.php4?n=1>.
- Lamperti, K./Grunert, J. (2014): Proteste gegen Flüchtlinge in Schneeberg flammen erneut auf, abgerufen am 30. 11. 2014 unter http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/11/30/proteste-gegen-fluechtlinge-in-schneeberg-flammen-erneut-auf-2_17894.
- Landesdirektion Sachsen (2014): Zahl der Asylanträge steigt weiter an, Pressemitteilung 26. 06. 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter http://www.lids.sachsen.de/index.asp?ID=7570&art_param=371.
- Landesjugendring Berlin e. V. (2009): U18 2009 – Ergebnisse Zweitstimme Chemnitz, abgerufen am 09. 11. 2011 unter http://www.gangwaycms.de/ergebnisse/html/Sachsen_wk163.htm.
- Leipziger Burschenschaft Germania (o. J.): Über uns, abgerufen am 05. 04. 2011 unter: <http://www.leipziger-burschenschaft.de/ueber-uns/>.
- Liebscher, D./Schmidt, C. (2007): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, hrsg. von: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, abgerufen am 10. 01. 2012 unter http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/192/192362.reader_grenzen_lokaler_demokratie_zivilr.pdf.

- Limbach, P. (2010): Leipziger Burschenschafter und ihre Verbindungen nach rechtsaußen, in: Publikaive.org vom 10. 07. 2010, abgerufen am 16. 11. 2011 unter <http://www.publikaive.org/2010/07/10/leipziger-burschenschafter/>.
- Löwenstein, S. (2010): Im Gespräch: Kristina Schröder. „Linksextreme Gewalt nicht verharmlosen“, in: F.A.Z. vom 29. 04. 2010, abgerufen am 13. 12. 2011 unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/im-gespraech-kristina-schroeder-linksextreme-gewalt-nicht-verharmlosen-1626891.html>.
- Menzel, F. (2009): Medienrituale und politische Ikonen. Steigra.
- Mielcarek, K. (2014): Keine Prozesskostenhilfe für Bärthel, in: Badische Zeitung vom 04. 10. 2014, abgerufen am 15. 12. 2014 unter <http://www.badische-zeitung.de/rickenbach/keine-prozesskostenhilfe-fuer-baerthel—92254226.html>.
- Mut gegen rechte Gewalt (2014): Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – Eine Chronik der Gewalt 2014, Stand 31. 12. 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03>.
- Nattke, M. (2011): Sächsische Realitäten. Organisierte Neonazis und ihr gesellschaftliches Umfeld, in: Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, hrsg. von: RAA Sachsen e. V., Hoyerswerda, S. 48–61.
- Netz-gegen-Nazis.de (2008): Lexikoneintrag „PC-Records (Chemnitz, Sachsen)“, abgerufen am 16. 11. 2014 unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/pc-records-chemnitz-sachsen>.
- Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Über uns“, abgerufen am 10.11.2014 unter: <http://www.netzwerk-courage.de/web/299.html>.
- Neugebauer, G. (2008): Extremismus – Linksextremismus – Rechtsextremismus. Begriffsdefinitionen und Probleme, in: bpb.de, hrsg. von: Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 10. 10. 2011 unter: <http://www.bpb.de/themen/UXBBFN>.
- Neumann, K., Lantzsch, M., Vogel, C. (2009): „Das ist Vielen gar nicht bewusst“. Regionalanalyse zu rechtsextremen Einstellungen, Strukturen und demokratischen Potentialen im Schwalm-Eder-Kreis, hrsg. von: beratungs-Netzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, abgerufen am 10.01.2014 unter: http://www.gruene-hessen.de/landtag/files/2010/09/studie_zum_rechtsextremismus.pdf.
- NPD Chemnitz (o. J.): Homepage, abgerufen am 28. 01. 2011 unter: <http://www.chemnitz.npd.de> (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).
- NPD Kreisverband Chemnitz (2009): Chemnitzer Volkszeitung, Sonderausgabe zur Stadtratswahl 2009, Chemnitz.
- NPD Kreisverband Niederschlesien-Oberlausitz (2010): Äußerungen des Chemnitzer CDU-Ortsvorsitzenden Kai Hähner von NPD-Stadträtin Katrin Köhler unterstützt, abgerufen am 10. 11. 2011 unter: <http://npd-loebau-zittau.de/?p=2746>.
- NPD Chemnitz (2014): Facebook-Auftritt, abgerufen am 21. 01. 2015 unter: <https://de-de.facebook.com/NPD-ChemnitzSachsen/photos/a.241596239351581.1073741828.238762262968312/347374092107128/?type=1>.
- Pape, J. (2014): Zuwanderer dringend gesucht. Tagesschau online vom 26. 05. 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.tagesschau.de/inland/fachkraeftemangel-zuwanderung100.html>.
- PC Records (o. J.): 1-F, abgerufen am 16. 01. 2014 unter: <http://pcrecords.net/contents/de/d111.html>.
- pB! Theodor Körner zu Chemnitz (o. J.): Der Körner-Geist, abgerufen am 07. 02. 2011 unter <http://www.pb-chemnitz.de/heutnah.htm> (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).
- Pelzer, M. (2008): Flüchtlinge im Verschiebebahnhof der EU. Die EU-Zuständigkeitsverordnung „Dublin II“, hrsg. von: Förderverein PRO ASYL e.V., Frankfurt a.M.

- Pengel, C. (2014): „Handel mit Nazi-CDs: 33-Jähriger verurteilt“, in: Freie Presse vom 28. 11. 2014, abgerufen am 01. 01. 2015 unter <http://www.freipresse.de/LOKALES/ERZGEBIRGE/SCHWARZENBERG/Handel-mit-Nazi-CDs-33-Jaehriger-verurteilt-artikel9049134.php>.
- PRO ASYL (Hrsg.) (2006): „Die Entscheidung“, in: Leben im Niemandsland. Flucht und Asyl – Fragen und Antworten, abgerufen am 05.11.2014 unter: <http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/wer-erhaelt-asyl/>.
- Pro Asyl (2013): Asyl in Europa 2013, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/asyl-in-europa/>.
- Pro Asyl (2014): Pro Asyl kritisiert Gesetzesentwurf zu Asylbewerberleistungen, News 15. 07. 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/pro_asyl_kritisiert_gesetzesentwurf_zu_asylbewerberleistungen/.
- PRO CHEMNITZ (2010): Unsere Stadt. Informationen der Stadtratsfraktion PRO CHEMNITZ, April/Mai 2010, Chemnitz.
- PRO Chemnitz (2014): Übertritt von AfD zu PRO CHEMNITZ, abgerufen am 15. 12. 2014 unter <http://www.pro-chemnitz.de/archive/1312>.
- RAA Sachsen e. V. (o. J.): Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, abgerufen am 06. 11. 2011 unter <http://www.raa-sachsen.de/>.
- RAA Sachsen e.V. (2014): Jahresstatistik der ostdeutschen Bundesländer 2013, abgerufen am 10. 12. 2014 unter <http://raa-sachsen.de/statistik-detail/items/jahresstatistik-der-ostdeutschen-bundeslaender-2013.html>.
- Recherche Ost (2010): Chemnitz: Arbeitsteilung unter Neonazis, abgerufen am 09. 11. 2011 unter <http://www.recherche-ost.com/content/view/113/2/>.
- redok e. V. (2008): NPD-Funktionäre bei illegaler Kundgebung in Tschechien, abgerufen am 09. 11. 2011 unter <http://www.redok.de/content/view/1216/36/>.
- REITBAHNSTRASSE84 (2010): Angreifer stammen aus dem Umfeld der Fanszene des CFC, abgerufen am 16. 11. 2011 unter: <http://ki23.blogspot.de/2010/08/25/>.
- Rienäcker, S. (o. J.): „Der Tiroler Freiheitskampf 1809 und dessen Mythos“, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.drivenet.de/srienaecker/diplom/diplapn.html>.
- Röpke, A./Baumgärtner, M. (2009): Braune Kulturwelt, in: Publikaive.org, 11. 06. 2009, abgerufen am 15. 11. 2011 unter <http://npd-blog.info/2009/06/11/braune-kulturwelt/>.
- Rufe ins Reich, Doppelausgabe 3/4 (2004): Interview mit Blitzkrieg
- Sächsischer Landtag (2008): Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten in Chemnitz und Maßnahmen zu ihrer Zurückdrängung (I), Kleine Anfrage der Abgeordneten Freya-Maria Klinger, Fraktion DIE LINKE, Drs. 4/13182, Dresden.
- Sächsischer Landtag (2010a): Aktivitäten der NPD in Sachsen 2009, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs. 5/917, Dresden.
- Sächsischer Landtag (2010b): Rechte Konzerte in Sachsen im Jahr 2009, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs. 5/915, Dresden.
- Sächsischer Landtag (2011): Aktivitäten der NPD in Sachsen, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs. 5/4604, Dresden.
- Sächsischer Flüchtlingsrat e. V. (o. J.): Über uns, abgerufen am 10. 11. 2011 unter <http://saechsischer-fluechtlingsrat.de/3.html>.
- Sächsisches Staatsministerium des Inneren (2009): Verwaltungsvorschrift über die Mindestempfehlung zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und zur sozialen Betreuung vom 26. 06. 2009.

- Sächsisches Staatsministerium des Inneren, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2009): Verfassungsschutzbericht 2009, Dresden.
- Sächsisches Staatsministerium des Inneren, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2010): Verfassungsschutzbericht 2010, Dresden.
- Sächsisches Staatsministerium des Inneren, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2014): Verfassungsschutzbericht 2013, Dresden.
- Sächsisches Staatsministerium des Inneren (2014a): Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts, Dresden.
- save me (o. J.): Wer wir sind, abgerufen am 10. 11. 2011 unter <http://www.save-me-kampagne.de/wer-wir-sind.html>.
- Schneider, T. (2008): Offener Brief an die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Frau Barbara Ludwig und den Stadtrat von Chemnitz, abgerufen am 16. 11. 2011 unter http://sat.verdi.de/politik/demo_gegen_thor-steinarladen/data/offener_brief.pdf (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).
- Schultze, C. (2008): Was ist das Vier-Säulen-Konzept?, in: 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, hrsg. von: F. Virchow und C. Dornbusch, Schwalbach/Ts.
- Selders, B. (2009): „Keine Bewegung!“, in: Der Freitag, Nr. 14, April 2009, S. 11.
- Shooman, Y. (2011): „Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz“, in: ufuq.de, 12.10.2011, abgerufen am 03.11.2014 unter: <http://www.ufuq.de/newsblog/1117>.
- Spetsmann-Kunkel, M. (2007): „„Mekka Deutschland‘. Islamophobie als Effekt der Spiegel-Berichterstattung – Eine Diskursfragmentenanalyse“, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.stoppt-die-hetze.de/sdh-mekka-deutschland.pdf>.
- Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Freistaat Sachsen (Hrsg.) (2010): Jugend 2009 in Sachsen. Eine vergleichende Untersuchung zu Orientierungsproblemen junger Menschen, Dresden.
- Stadt Chemnitz (2009): Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Chemnitz.
- Statista (2015): Anzahl der Asylanträge (Erstanträge) in Deutschland von 1995 bis 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/154286/umfrage/asylantraege-erstantraege-in-deutschland-seit-1995/>.
- Stöss, R. (2005): Rechtsextremismus im Wandel, hrsg. von: Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Stöss, R. (2007): Rechtsextremismus im Wandel, hrsg. von: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. Auflage. Berlin.
- TU Chemnitz, der Rektor (2009): Niederschrift über die zweite Sitzung des Vorläufigen Senates der TU Chemnitz am 12. 05. 2009, abgerufen am 16. 11. 2014 unter: <http://www.tu-chemnitz.de/verwaltung/senat/Niederschriften%20Vorlaeufiger%20Senat/zweite090512.pdf>.
- Turn it down! (o. J.): Es ist nicht nur ‚Backstreet Noise‘ – es ist das Klima, abgerufen am 09. 02. 2011 unter <http://www.turnitdown.de/189.html> (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).
- Uhlig, S. (2010): NPD plant Aufmarsch in Chemnitz, in: Freie Presse vom 16. 02. 2010, abgerufen am 22. 10. 2014 unter <http://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/NPD-plant-Aufmarsch-in-Chemnitz-artikel1683327.php>.
- UNHCR (2014a): Global Trend 2013, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.unhcr.org/5399a14f9.html>.
- UNHCR (2014b): Asylum Trends, first half 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter: <http://www.unhcr.org/5423f9699.html>.

- UNHCR (2014c): Immer mehr tote ‚Boatpeople‘ – Europa muss jetzt handeln, 24. 07. 2014, abgerufen am 15. 01. 2015 unter <http://www.unhcr.de/home/artikel/568d594cb7510b300c3725f30732448c/immer-mehr-tote-boatpeople-europa-muss-jetzt-handeln.html?L=0>.
- Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V. (2009a): „Gewisse Dinge kriegt man nicht halb: Bonaparte, Sex und den Tod“: Kaiser Tobias Jundt spricht, in: Blaue Narzisse vom 30. 09. 2011, abgerufen am 16. 11. 2011 unter <http://www.blauenarzisse.de/index.php/aktuelles/1065>.
- Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V. (2009b): Protestaktion gegen Wandbildübermalung, Video auf YouTube, abgerufen am 07. 02. 2011 unter <http://youtu.be/YCVm4rZZ4QY>.
- Verlag Der Rechte Rand (Hrsg.) (2010a): DerRechteRand, Nr. 122, Februar 2010.
- Walther, J. (2014): Gasthof: Kreis muss Bauantrag genehmigen, in: Freie Presse vom 28. 11. 2014, abgerufen am 17. 12. 2014 unter <http://www.freiepresse.de/LOKALES/MITTELSACHSEN/FREIBERG/Gasthof-Kreis-muss-Bauantrag-bearbeiten-artikel9048865.php>.
- Weiterdenken (2010): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen, hrsg. von: Kulturbüro Sachsen e. V., Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V., Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Studierendenrat der TU Dresden, abgerufen am 05. 11. 2011 unter http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/extremismus_2010_monitor.pdf.
- Wikipedia (o. J.): Eintrag „Blaue Narzisse“, abgerufen am 16. 11. 2011 unter http://de.wikipedia.org/wiki/Blaue_Narzisse.
- Wippermann, W. (1984): Europäischer Faschismus im Vergleich: 1922–1982, Frankfurt a. M.
- Wippermann, W. (2010b): „Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende“, in: STANDPUNKTE, 10/2010, hrsg. von: Rosa-Luxemburg-Stiftung, abgerufen am 09.11.2014 unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf.
- Wippermann, W. (2010c): „Wolfgang Wippermann über Extremismus. Wippermann im Interview mit dem Diskurskombinat“, Video auf YouTube, abgerufen am 13. 12. 2011 unter http://youtu.be/hzGn_TIR4ZI.
- Zais, P. (2006): Burschen in Sachsen, hrsg. von: Kulturbüro Sachsen e.V., abgerufen am 09.09.2014 unter: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/category/14-sachsen.html?download=50:2006burschen-in-sachsen>.
- Zick, A./Klein, A./Melzer R. (2014): Rechtsextreme Einstellungen in der fragilen Mitte, in: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. von A. Zick, A. Klein und R. Melzer, Bonn, S. 32–60.
- Zick, A./Küpple B. (2014): Anti-europäische Reflexe und menschenfeindliche Abgrenzungen, in: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. von A. Zick, A. Klein und R. Melzer, Bonn, S. 119-138.

Schwärzungen auf Seite 43

In der auf Seite 43 geschwärzten Textzeile war der Name Lars Franke aufgeführt.

Herr Franke hat unter Prozessvertretung durch den Chemnitzer Rechtsanwalt Kohlmann mit einer einstweiligen Verfügung des Landgerichtes Chemnitz (Urteil des Landgerichtes Chemnitz vom 21.04.2015, Az.: 2 0 402/15) erwirkt, dass dem DGB-Bezirk Sachsen unter Meidung eines ansonsten für jeden Fall der Zuwiderhandlung fällig werdenden Ordnungsgeldes in Höhe von 10.000,00 EUR untersagt wird, zu behaupten, Herr Franke habe "Kontakt zum NSU gehabt" (Seite 43 der Broschüre in der Auflage Dezember 2014) und Herr Franke habe ein T-Shirt mit Bezug zum NS-Kolonialismus getragen, wodurch eine Nähe zur Ideologie des Dritten Reiches deutlich werde (Seite 57 der Broschüre in der Auflage Dezember 2014).

Auf die Berufung des DGB-Bezirk Sachsen hat das Oberlandesgericht Dresden mit seinem Urteil vom 11.08.2015, Az.: 4 U 739/15, das Urteil des Landgerichtes Chemnitz vom 21.04.2015 abgeändert. Dem DGB-Bezirk Sachsen wird weiterhin untersagt, es bei Meidung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 10.000,00 EUR für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen "wörtlich oder sinngemäß über Lars Franke zu behaupten, er habe Kontakt zum NSU gehabt" und die Broschüre "RECHTS' sind doch die anderen!?" mit dieser Behauptung zu verbreiten.

Begründet hat das Oberlandesgericht Dresden seine Entscheidung damit, dass dem DGB-Bezirk Sachsen der Beweis für den Wahrheitsgehalt der Aussage, Franke habe "Kontakt zum NSU" gehabt nicht gelungen sei. Zwar sei belegt, dass Franke zu den einzelnen Personen, "die später den NSU bildeten", 1995/1996 Kontakt hatte. Dies, weil Lars Franke die ihm in einer Zeugenvernehmung im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Beate Zschäpe durch Vernehmungsbeamte des Bundeskriminalamtes gestellt Frage, ob er die als Trio bekannten Personen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe kenne oder kannte, mit "Ja" beantwortete und selbst angab, dass der "Kontakt" ungefähr 1995/1996 war; er "habe sie mal auf Feiern gesehen, das war hier in Chemnitz."

Angesichts dessen wurde vom Oberlandesgericht Dresden die Aussage auf Seite 57 der Broschüre, dass Lars Franke mit dem "NSU-Trio" bekannt war, nicht beanstandet. Denn unter dem "NSU-Trio" verstehe der Leser "die einzelnen Personen, die später den NSU bildeten", so das Oberlandesgericht.

Die an der geschwärzten Stelle ursprünglich enthaltene Formulierung hingegen erwecke bei einem Leser den Eindruck, Franke habe "Kontakt zum NSU" als terroristische Organisation gehabt.

Die vorgenommene Schwärzung auf Seite 43 der Broschüre berücksichtigt somit das Urteil des Oberlandesgerichtes Dresden vom 11.08.2015. Ein weiteres Rechtsmittel gegen dieses Urteil, etwa eine Revision, ist nach der Gesetzeslage nicht gegeben.

Unter dem Titel „Rechts sind doch die anderen!?“ gibt die vorliegende Situationsanalyse einen aktuellen Überblick über die Neonaziszene und die „Neue Rechte“ in Chemnitz. Ausgangspunkt der Analyse ist die kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Rechtsextremismus“. Als Alternative werden Begriffe vorgestellt, die geeigneter sind, rassistische und neonazistische Einstellungen zu erfassen. Auf deren Grundlage lassen sich menschenverachtende Ideologien und Handlungen sowie ihre Ursachen nicht als ein Phänomen konstruierter extremer Ränder begreifen, sondern als ein gesamtgesellschaftliches Problem. Im Rückgriff auf verschiedene Studien über Einstellungen innerhalb der Bevölkerung und einen Exkurs zum Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland wird Rassismus als Alltagsproblem thematisiert. Die politische Kultur in einer Kommune – so das Fazit der AutorInnen – hat einen wesentlichen Einfluss auf das Entstehen und Fortbestehen von Rassismus und Neonazismus. Um diese Ideologien und Praxen zurückdrängen zu können, muss nicht nur politische Bildungsarbeit und eine kritische Diskussionskultur in der Kommune gefördert, sondern auch ein erhöhtes Maß an Sensibilität und Unterstützung für die Betroffenen von Ausgrenzung, rassistischer Behandlung und Gewalt in den verschiedenen Lebensbereichen angestrebt werden.



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN

